Landtag
Burgenland

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der

20. Sitzung

der

XXIII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 02.09.2026

09:02 Uhr – 17:15 Uhr

Verhandlungen

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Bernd Strobl, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Landesfinanzen am Abgrund: Rot-Grün muss endlich handeln“ (Zahl 2100-0563) (Beilage 0799)

Begründung: Bernd Strobl (S. 2872)

Redner: Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (S. 2879), Mag.a Margit Paul-Kientzl (S. 2884), Markus Wiesler (S. 2890), Landesrat Mag. Heinrich Dorner (S. 2895), Mag. Dr. Roland Fürst (S. 2898), Mag. Thomas Steiner (S. 2906), Landesrat Dr. Leonhard Schneemann (S. 2911), Michelle Whitfield (S. 2916), Jürgen Dolesch (S. 2919), Christian Ries (S. 2923), DI Carina Laschober-Luif (S. 2927), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 2929), Hans Unger (S. 2931), Gerald Handig (S. 2935), Markus Ulram (S. 2936), Patrik Fazekas, BA (S. 2940)

Annahme des Entschließungsantrages (S. 2943)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Mag.a Margit Paul-Kientzl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Klares Nein zu einem höheren gesetzlichen Pensionsantrittsalter“ (Zahl 2100-0572) (Beilage 0808)

Begründung: Mag. Christian Drobits (S. 2943)

Redner: Mag.a Margit Paul-Kientzl (S. 2947), Bernd Strobl (S. 2949), Rudolf Smolej (S. 2954), Sandro Waldmann (S. 2956), Gerhard Hutter (S. 2959), Mario Jaksch, B.A. (S. 2961)

Annahme des Entschließungsantrages (S. 2963)

09:01:58Beginn der Sitzung: 09 Uhr 02 Minuten

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die außerordentliche Tagung und 20. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 19. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Anja Haider-Wallner sowie die Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Grandits und Robert Hergovich ganztägig entschuldigt.

Hohes Haus! Ich darf darauf hinweisen, dass zwei Dringlichkeitsanträge für die heutige Sitzung eingelangt sind.

Beim ersten Antrag handelt es sich um den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Bernd Strobl, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Landesfinanzen am Abgrund: Rot-Grün muss endlich handeln“, Zahl 2100-0563, Beilage 0799, der gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, spätestens jedoch nach fünf Stunden behandelt werden wird.

Beim zweiten Antrag handelt es sich um den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Mag.a Margit Paul-Kientzl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Klares Nein zu einem höheren gesetzlichen Pensionsantrittsalter“, Zahl 2100-0572, Beilage 0808, der im Anschluss an den ersten Dringlichkeitsantrag behandelt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Einladung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Ich würde jetzt, es ist 9.03 Uhr, in die Tagesordnung übergehen. Tagesordnung liegt jedoch keine vor.

Nachdem, wie bereits erwähnt, die Behandlung des ersten Dringlichkeitsantrages frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung erfolgen kann, unterbreche ich daher die Sitzung bis 12.15 Uhr.

*(Die Sitzung wird um 9 Uhr 03 Minuten unterbrochen und um 12 Uhr 15 Minuten fortgesetzt.)*12:15:14

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werter Herr Landeshauptmann, Mitglieder der Landesregierung! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Wir kommen nun zur Behandlung der Dringlichkeitsanträge.

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Bernd Strobl, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Landesfinanzen am Abgrund: Rot-Grün muss endlich handeln“ (Zahl 2100-0563) (Beilage 0799)

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Wir kommen zur Behandlung des ersten Antrages, das ist der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Bernd Strobl, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Landesfinanzen am Abgrund: Rot-Grün muss endlich handeln“, Zahl 2100-0563, Beilage 0799.

Ich erteile nun Herrn Klubobmann Bernd Strobl das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Klubobmann.

12:15:35

Abgeordneter Bernd Strobl (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Burgenländerinnen und Burgenländer! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf den Tribünen und auch auf den Live-Streams! Eines möchte ich zu Beginn klarstellen, dieser Sonderlandtag heute ist keine politische Show, so wie versucht wird darzustellen und, Herr Landeshauptmann, heute ist auch nicht der Bund schuld.

Heute geht es um Ihre Verantwortung hier im Burgenland.

Heute erwarten wir konkrete Antworten zu den Landesfinanzen und keine neuen Nebelgranaten, die morgen für Schlagzeigen in den Medien sorgen sollen.

Wer angesichts der Zahlen, die uns vorliegen, von einer politischen Show spricht, der, glaube ich, verkennt den Ernst der Lage.

Es geht heute auch nicht um den Dringlichkeitsantrag der SPÖ und der GRÜNEN zum Thema Pensionen. Das ist nur eine weitere Nebelgranate, so ehrlich müssen wir schon sein.

Denn in diesem Sonderlandtag geht es um eine ganz andere, um eine viel wichtigere Frage: Was ist mit dem Geld der Burgenländerinnen und Burgenländer passiert?

Wie konnte das Land Burgenland 3,3 Milliarden Schulden anhäufen?

Der unabhängige Landes-Rechnungshof hat einen Befund vorgelegt, der uns alle beschäftigen muss.

Das Burgenland steuert im Zeitraum von 2020 bis 2026 auf einen Gesamtverlust von fast einer Milliarde Euro zu.

Und wer jetzt glaubt, das sei alles nur Kritik der Opposition oder des Landes-Rechnungshofes, auch Wirtschaftsexperten warnen. Der WIFO-Ökonom Hans Pitlik äußerte sich heute in den Medien dazu und rügt das Burgenland, *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Zufällig, gell?)* denn wir müssen auch darüber reden, wofür das viele Geld ausgegeben wurde.

Das Land hat in den vergangenen Jahren Unternehmen gekauft, darunter auch Betriebe, die wirtschaftliche Probleme hatten.

Dazu sagt WIFO-Ökonom Hans Pitlik sehr deutlich, der Staat war noch selten ein guter Unternehmer. Und er warnt davor, dass solche Unternehmen auch in Zukunft das Landesbudget belasten können.

Genau deshalb wollen wir wissen: Was kosten uns diese Unternehmen heute und was werden sie uns auch morgen noch kosten?

Herr Landeshauptmann, damit können Sie die Kritik nicht mehr als parteipolitisches Kleingeld abtun. Der Landes-Rechnungshof warnt, unabhängige Ökonomen warnen und die Zahlen sprechen für sich.

Deshalb braucht es auch keinen Streit über den Befund, es braucht endlich einen Plan, denn die Kassa ist praktisch leer, das Ersparte ist weitgehend aufgebraucht,

Milliarden sind in Landesunternehmen geflossen und für Außenstehende sind diese Geldflüsse kaum nachvollziehbar.

2025 sind die Kredite des Landes bei der Bundesfinanzierungsagentur auf über 600 Millionen Euro gestiegen und kürzlich verkaufte die rot-grüne Landesregierung Wohnbauförderungsdarlehen und will damit rund 100 Millionen Euro aus diesem Verkauf für die Zurückzahlung eines Teils der Schulden nutzen.

Das heißt ganz einfach, zuerst macht man Schulden, dann verkauft man Vermögen, um einen Teil dieser Schulden wieder zurückzuzahlen.

Genau das ist das Problem. Schulden machen und gleichzeitig Vermögen verkaufen, ist keine nachhaltige Finanzpolitik. Irgendwann sind nämlich nicht nur die Schulden da, sondern auch das Vermögen weg.

Das ist, als würde ich mir einen Kredit aufnehmen, um ein Auto zu kaufen und anschließend die Reifen verkaufen, damit ich einen Teil dieses Kredits wieder zurückzahlen kann. Auf dem Papier habe ich dann vielleicht weniger Schulden, zweifelsohne, aber mein Vermögen ist auch weg und fahren kann ich mit dem Auto leider auch nicht mehr.

Angesichts dieser Dimension erwarte ich mir heute von der rot-grünen Landesregierung, ganz besonders von Ihnen, Herr Landeshauptmann und Finanzreferent, zwei Dinge: Ernsthaftigkeit und Ehrlichkeit.

Die Burgenländerinnen und Burgenländer haben sich eine ernsthafte Debatte über die finanzielle Zukunft ihres Landes verdient. Sie haben sich ehrliche Antworten und eine offene Kommunikation darüber verdient, wie es tatsächlich um die Landesfinanzen steht.

Keine Beschwichtigungen, keine Schuldzuweisungen, keine Attacken auf diejenigen, die ihren gesetzlichen Kontrollauftrag erfüllen, sondern einen ehrlichen Umgang mit Fakten.

Zurück zu den Zahlen. Wir haben zehn konkrete Fragen gestellt. Wir haben Ihnen, Herr Landeshauptmann, die Möglichkeit gegeben, diese Fragen auch zu beantworten.

Zurückgekommen ist ein Brief mit nichtssagenden Floskeln und Ablenkungsmanövern, aber ohne eine einzige Zahl.

Viele Worte, wenige Botschaften, keine Zahlen. Eine Speisekarte ohne Gerichte und ohne Preise.

Das war keine Antwort. Deshalb holen wir diese Debatte heute dorthin, wo sie hingehört, hier in den Burgenländischen Landtag. Nicht weil wir eine Bühne brauchen, sondern weil die Burgenländerinnen und Burgenländer Antworten brauchen.

Herr Landeshauptmann, dass Sie heute hier sind, ist das eine, was Sie heute dazu zu sagen haben, das ist aber das Entscheidende.

Schauen wir uns an, worüber wir reden, und dabei möchte ich eines ganz deutlich sagen, nicht die ÖVP kritisiert, der Landes-Rechnungshof stellt fest.

Das sind nicht unsere Berechnungen, das sind auch keine erfundenen Horrorszenarien der Opposition, das sind Zahlen einer unabhängigen Kontrolleinrichtung dieses Landes.

Das Land steuert im Zeitraum von 2020 bis 2026 auf einen Gesamtverlust von rund 989 Millionen Euro zu. Diese Summe enthält auch die Planwerte für 2025 und 2026.

Aber bereits in den Jahren 2020 bis 2024 wurden rund 422 Millionen Euro Verlust realisiert, und die liquiden Mittel sind von 308,79 Millionen Euro im Jahr 2021 auf nur noch 17,72 Millionen Euro Ende 2024 zurückgegangen.

Das ist ein Rückgang um rund 94 Prozent.

Laut Landes-Rechnungshof musste die Zahlungsfähigkeit 2025 durch eine Barvorlage über 50 Millionen Euro abgesichert werden.

Die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur, Finanzschulden sind von rund 236 Millionen Euro im Jahr 2020 auf 610 Millionen Euro im Jahr 2025 gestiegen und zwischen 2020 und 2024 sind mehr als zwei Milliarden Euro an Landesunternehmen geflossen. Laut Landes-Rechnungshof für Außenstehende kaum nachvollziehbar. Eine Blackbox, über die wir viel zu wenig wissen.

Meine Damen und Herren! Das sind keine Peanuts, das sind auch keine parteipolitische Kleingeldwechslungen, das sind Fakten.

Hinter diesen Zahlen steht eine entscheidende Frage: Wie viel finanziellen Handlungsspielraum hat dieses Land morgen noch - für unsere Gemeinden, für Pflege und Gesundheit, für Bildung, für Wirtschaft und Arbeitsplätze, für Infrastruktur, ja vor allem für die kommenden Generationen?

Deshalb müssen wir diese Zahlen auch ernst nehmen.

Mindestens genauso problematisch wie der finanzielle Befund ist aber der Umgang damit.

Statt die Zahlen offenzulegen, wird relativiert, abgelenkt und nach Wien gezeigt. Vor allem aber wird die unabhängige Kontrolle attackiert. Von Ihnen, Herrn Landeshauptmann, und von Ihrer Doskozil-SPÖ und auch von Ihrem grünen Regierungspartner.

Ich sage Ihnen ganz deutlich, ein solches Verhalten ist eines Landeshauptmannes und eines grünen Regierungspartners, der dieses Vorgehen mitträgt und mitverantwortet, nicht würdig.

Sie reden über vieles. Heute versuchen Sie, mit dem Thema Pensionen abzulenken.

Das Thema dieses Sonderlandtages ist aber etwas anderes, nämlich das Geld der Burgenländerinnen und Burgenländer.

Der Landes-Rechnungshof hat beispielsweise darauf hingewiesen, dass Standard & Poor‘s im April 2025 den Ausblick für das Burgenland auf negativ gesenkt hat.

In der Budgetbroschüre zum Landesvoranschlag 2026 wurde diese Warnung nicht erwähnt. Dort wurde lediglich festgehalten, das Rating sei beibehalten worden.

Da frage ich mich schon: Warum sagt man den Menschen nicht die ganze Wahrheit? Wer nichts zu verbergen hat, der kann die Zahlen ohne weiteres auf den Tisch legen.

Statt über die Fakten wird über den Landes-Rechnungshof diskutiert, über seinen Direktor René Wenk, über die Darstellung, über fehlende Vergleiche und sogar über Kreditkarten des Landes-Rechnungshofes. Nur von den entscheidenden Zahlen, da will man nichts hören.

Herr Landeshauptmann, Sie haben Antworten mit Ausreden statt Zahlen geliefert, und genau dadurch entsteht der Eindruck, dass Sie von den eigenen finanziellen

Problemen ablenken wollen, denn René Wenk macht seinen Job und auch der Landes-Rechnungshof macht seinen Job. Er prüft, er kontrolliert und er legt einen Befund vor. Genau dafür haben wir eine unabhängige Kontrolle.

Ich habe diesen Vergleich schon öfter gebracht. Ich attackiere auch nicht meinen Internisten, wenn er mir schlechte Blutwerte vorlegt. Natürlich kann mich dieser Befund ärgern, ich kann auch den Arzt und das Labor kritisieren und ich kann sogar sagen, es fehlen die Vergleichswerte des Nachbarn auf diesen Befund, nur dadurch werden meine Blutwerte nicht besser. Und wer trägt die Verantwortung für meine Blutwerte? Ich selbst. Mea culpa, mea culpa, mea maxima culpa. Nicht mein Arzt, auch nicht das Labor und schon gar nicht derjenige, der mir den Befund vorlegt.

Beim Land ist es genauso, der Landes-Rechnungshof legt den Befund vor, die politische Verantwortung für die Finanzpolitik trägt aber nicht René Wenk, sie trägt der Finanzreferent. Und der Finanzreferent dieses Landes heißt Hans Peter Doskozil.

Selbst aus der Doskozil-SPÖ wird ja mittlerweile eingeräumt, dass die Zahlen des Landes-Rechnungshofes stimmen, zuletzt durch Klubobmann Fürst.

Dann frage ich mich, wenn die Zahlen stimmen, warum attackiert man denjenigen, der sie vorlegt. Warum reden wir über den Prüfer und nicht über das Ergebnis der Prüfung?

Hören wir auf, den Überbringer der schlechten Nachricht zu attackieren, reden wir über die schlechte Nachricht! Denn wenn die Zahlen stimmen, lautet die Frage nicht mehr, gefällt uns der Bericht, sondern: Was tun wir jetzt?

Herr Landeshauptmann! Der Landes-Rechnungshof wird nicht das einzige unabhängige Kontrollorgan bleiben, dessen Befund wir diskutieren müssen.

Als Nächstes wird auch der Bundesrechnungshof seinen Bericht vorlegen.

Es bringt daher nichts, René Wenk zu attackieren oder den Landes-Rechnungshof schlechtzureden. Die nächste unabhängige Kontrolle kommt, und wenn auch sie kritische Feststellungen trifft, werden Sie dann wieder die Prüfer verantwortlich machen oder akzeptieren Sie endlich, dass unabhängige Kontrolle gerade dafür da ist, unangenehme Entwicklungen aufzuzeigen?

Für uns ist nämlich klar, entscheidend ist nicht, wer einen Bericht vorlegt, entscheidend ist, was drinnen steht.

Wenn eine unabhängige Kontrolle Handlungsbedarf feststellt, muss eine verantwortungsvolle Regierung reagieren, aber nicht mit Attacken, sondern mit Konsequenzen.

Der Burgenländische Landtag hat sich einstimmig zum Landes-Rechnungshof als eigenständigem und unabhängigem Kontrollorgan bekannt, alle Fraktionen dieses Hauses.

Unabhängige Kontrolle steht nicht zur Disposition. Ein Rechnungshof ist nicht dazu da, Berichte zu schreiben, die einer Regierung gefallen oder einem Finanzreferenten nach dem Mund zu reden.

Er ist dazu da, unabhängig zu kontrollieren, gerade dann, wenn es unangenehm wird.

Und damit kommen wir zum entscheidenden Punkt. Herr Landeshauptmann! Wir reden heute nicht über Wien, wir reden über eine fast leere Landeskassa, über 610

Millionen Euro OeBFA-Finanzschulden und über mehr als zwei Milliarden Euro, die an Landesunternehmen geflossen sind. Hier im Burgenland.

Sie sind Landeshauptmann und Sie sind Finanzreferent. Der Landes-Rechnungshof hat diese Entwicklung nicht verursacht. Die Opposition hat diese Entwicklung auch nicht verursacht, und René Wenk hat sie schon gar nicht verursacht.

Der Rechnungshof kontrolliert, die Opposition fragt und die Regierung entscheidet, aber die Verantwortung trägt der politische Finanzreferent.

Diese Verantwortung, Herr Landeshauptmann, können Sie nicht delegieren, nicht nach Wien, nicht an die Opposition und nicht an den Landes-Rechnungshof,

Und genau deshalb haben wir konkrete Fragen gestellt.

Wie wollen Sie die finanzielle Situation stabilisieren?

Wie soll die Liquidität wieder verbessert werden?

Wie wollen Sie die Schuldenentwicklung bremsen?

Wie schaffen Sie volle Transparenz bei den Zahlungsflüssen in den Landesunternehmen?

Welche Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes setzen Sie um und vor allem: Was ist Ihr Plan?

Wir haben schriftlich gefragt. Fair, konkret und mit Frist.

Zurückgekommen ist ein Brief mit vielen Floskeln, aber ohne konkrete Antworten.

Zehn Fragen. Null Antworten.

Genau deshalb sind wir heute hier. Herr Landeshauptmann, jetzt ist der Zeitpunkt da, die Zahlen auf den Tisch zu legen. Antworten, Zahlen und auch Konsequenzen.

Besonders genau müssen wir bei den Landesunternehmen hinschauen. Mehr als zwei Milliarden Euro sind zwischen '20 und '24 an Landesunternehmen geflossen.

Der Landes-Rechnungshof sagt, diese Zahlungsströme seien für Außenstehende kaum nachvollziehbar.

Das kann uns aber nicht reichen, bei zwei Milliarden Euro an öffentlichem Geld. Da darf es keine Blackbox geben.

Wo ist dieses Geld hingeflossen?

Wofür wurde es verwendet?

Welche Verpflichtungen bestehen?

Welche Risiken liegen in diesen Unternehmen?

Und welche Belastungen können noch auf das Land zukommen?

Jede Familie muss wissen, was sie sich leisten kann. Jedes Unternehmen muss wissen, wie es wirtschaftlich dasteht, und jede Gemeinde muss verantwortungsvoll mit ihrem Budget umgehen.

Für das Land Burgenland darf daher kein anderer Maßstab gelten.

Wenn wir über Landesunternehmen sprechen, dann müssen wir auch darüber reden, wer kontrolliert.

Der Haus- und Hofanwalt des Landes Johannes Zink ist Aufsichtsratsvorsitzender der Burgenland Energie und war gleichzeitig wiederholt im Landesumfeld tätig.

Deshalb ist die Frage berechtigt: Wer kontrolliert hier eigentlich wen?

Denn wirksame Kontrolle braucht ohne Zweifel Distanz und vor allem Transparenz.

Wir unterstellen niemandem etwas, aber wir wollen Fakten. Deshalb nutzen wir das Informationsfreiheitsgesetz und haben 144 konkrete Fragen formuliert.

Lieber Landeshauptmann! Es reicht nicht, die Vergangenheit zu erklären. Wir wollen wissen, was Sie jetzt tun.

Wo wird gespart?

Welche Strukturen werden hinterfragt?

Welchen Beitrag leisten die Landesunternehmen?

Wie wird der finanzielle Handlungsspielraum wieder größer und wie sieht Ihr ehrlicher Finanzplan für dieses Land aus?

Denn das Budget 2027 wird zur Stunde der Wahrheit. Entweder es gibt einen echten Kurswechsel oder wir erleben das nächste Kapitel im Schönreden und Schönrechnen.

Wir erwarten transparente Zahlen und einen Finanzplan, der den Menschen ehrlich sagt, was möglich ist und was nicht.

Mit diesem Sonderlandtag ist das Thema für uns nicht erledigt. Wir werden genau hinschauen, welche Antworten heute gegeben werden und ob den angekündigten Maßnahmen auch die entsprechenden Taten folgen.

Wir fordern die Umsetzung der Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes, volle Transparenz bei den Landesfinanzen und Landesunternehmen sowie einen ehrlichen Finanzplan.

Meine Damen und Herren! Wir wollen ein Burgenland, das auch morgen noch investieren kann. Ein Land, das seinen Gemeinden ein verlässlicher Partner ist und Spielraum für Pflege, Gesundheit, Bildung, Wirtschaft und Infrastruktur hat, und ein Land, das vor allem auch kommenden Generationen Chancen hinterlässt und nicht nur Rechnungen und Schulden.

Herr Landeshauptmann! Ich komme noch einmal zu meinem Vergleich zurück. Wenn mir mein Arzt schlechte Blutwerte vorlegt, attackiere ich nicht ihn. Ich kümmere mich um meine Werte.

Sie sind der Finanzreferent dieses Landes. Sie tragen die politische Verantwortung. Also attackieren Sie bitte nicht denjenigen, der Ihnen den Befund vorlegt. Kümmern Sie sich bitte um die Zahlen!

Die Zahlen liegen auf dem Tisch. Ihre Verantwortung ist klar.

Jetzt brauchen die Burgenländerinnen und Burgenländer von Ihnen keine Ausreden und keine Ablenkungsmanöver. Sie brauchen Antworten. Sie brauchen einen Plan, und sie brauchen die entsprechenden Konsequenzen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Als erster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil.

Bitte Herr Landeshauptmann.12:34:35

Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Meine sehr geehrten Regierungskolleginnen und -kollegen! Sehr geehrte Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Klubobmann! Um einen Vergleich aufzugreifen. Ich wünsche Ihnen natürlich die besten Blutwerte. Das ist, glaube ich, wichtig im Leben, Gesundheit, und wenn es nicht so ist, hoffe ich, Sie tun auch einiges dafür.

Mich wundert es nicht, dass wir heute wieder hier sitzen wie jedes Jahr. Das ist ja nicht das erste Mal.

Letztes Jahr hat es, glaube ich, auch einen Sonderlandtag gegeben, einen Misstrauensantrag gegeben. Für mich ist es schon irgendwie ein Déjà-vu, die letzten sieben Jahre, steht immer wieder das Budget im Fokus. Stehe damit ich im Fokus.

Ich werde natürlich hier für die Finanzpolitik, die Sie so darstellen, wie Sie es als Opposition natürlich darstellen - ich verstehe das auch politisch -, verantwortlich gemacht und ich sage Ihnen: Ich bin gerne verantwortlich für diese Finanzpolitik und ich bin auch stolz darauf, was wir in den letzten Jahren gerade durch diese Finanzpolitik im Burgenland geschaffen haben, der Bevölkerung auch darstellen zu können. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Nur vielleicht ein paar Punkte, bevor ich zu den Zahlen komme, um zu Ihrer Rede kurz Bezug zu nehmen.

Wenn Sie heute einen WIFO-Experten zitieren, der sagt, die öffentliche Hand kann nicht wirtschaften, dann ist es genau dieser ÖVP-Spin, dieser wirtschaftsliberale ÖVP-Spin, der derzeit um sich schlägt.

Das merke ich in der Gesundheitspolitik, das merke ich in der Sozialpolitik, in der Pflegepolitik. Natürlich. Die öffentliche Hand kann nicht wirtschaften. Wir machen alles für Euch. Wir bauen für Euch die Spitäler. Wir betreiben für Euch die Spitäler. Wir bauen die Pflegeheime. Wir betreiben die Pflegeheime. Aber niemand hinterfragt: Wie hoch ist denn die Rendite dahinter?

Es gibt auch sehr viele Interessenten, die wollen Ärztezentren bauen, die wollen alles Mögliche für die öffentliche Hand machen, aber niemand hinterfragt, worum geht es denn eigentlich diesen Herrschaften.

Diesen Herrschaften geht es nur darum, dass Rendite gescheffelt wird. Nicht im einstelligen Bereich, wenn möglich im hohen einstelligen Bereich, sechs, sieben, acht, neun, zehn Prozent Rendite wird da verlangt.

Um nur ein Beispiel ganz konkret zu nennen. Hätten wir diesen oder wären wir diesen Weg gegangen beim Krankenhaus Oberwart, dann hätte dieses Krankenhaus geschätzt, aus heutiger Sicht, mit den damaligen Zahlen, die immer kolportiert wurden, um 60 Millionen mehr gekostet, im Vergleich dazu, wie wir es jetzt gebaut haben, um diese 180 oder etwas über 180 Millionen Euro. Und das ist der Unterschied.

Ich gebe Ihnen recht, dass man aus der Vergangenheit heraus, auch der Sozialdemokratie, da verhehle ich gar nichts, zugeschrieben hat, die Sozialdemokratie kann nicht wirtschaften. Aber es kann nicht die Antwort sein, aus diesen Lehren der

Vergangenheit, den Weg zu gehen, dass man alles verscherbelt, alles das macht die freie Wirtschaft. Die öffentliche Hand soll Rendite zahlen und wir lehnen uns zurück.

Nein. Der Antrag und Auftrag für uns in der Regierung und für uns alle in der Politik Stehende ist, das Bestmögliche für die Bevölkerung herauszuholen und dafür verantwortlich zu sein, auch gut wirtschaften zu können. Und wenn wir nicht gut wirtschaften können und diesen Beweis nicht erbringen können, dann sind wir fehl am Platz, sage ich auch ganz klar.

Aber dieses Beispiel zeigt, was wir uns nur bei diesem einen wirtschaftlichen Beispiel, bei diesem einen Riesenbauprojekt erspart haben. Und das Angebot war ganz konkret. Zu welchen Preisen vor der Wirtschaftskrise, vor der Energiekrise, dieses Spital ein Unternehmen gebaut hätte und dann natürlich auch das Spital betrieben hätte und dann, wie wir es gebaut haben. Ein ganz konkretes Beispiel.

Zum zweiten Punkt, wo Sie gesagt haben, Sie haben keine Zahlen. Ich meine, ich finde es lustig, wenn man hier als Abgeordneter sitzt. Jedes Jahr sitzt man, kriegt eine Riesenbroschüre im Budget. Im Oktober läuft es ein, im November. Im Dezember wird es beschlossen in der Regel. Dann gibt es hunderttausend Voranschlagsstellen. Da ist jede einzelne Voranschlagsstelle aufgelistet. Jede Ausgabe ist aufgelistet im Landesbudget. Die Haftungen sind drinnen. Das Vermögen ist drinnen. Die Darlehen sind drinnen. Alles ist zahlenmäßig genau erfasst.

Seitdem Sie nicht mehr in der Regierung sind, stimmen Sie dagegen. Wie Sie in der Regierung waren, haben Sie da zugestimmt/dafür gestimmt. So nebenbei bemerkt.

Das ist ja auch das politische Spiel. Das ist das politische Spiel.

Sie wissen ganz genau, wie es um die Landesschulden im Landeshaushalt bestellt ist. Weil sonst frage ich mich: Wozu bekommen Sie Ihr Geld als Klubobmann? Wozu sitzen Sie in der Budgetsitzung? Wozu diskutieren Sie das Budget? Und wozu setzen Sie sich mit diesen Zahlen auseinander? Dort sind die Zahlen evident.

Ich habe es Ihnen jetzt schon gesagt und damit bin ich beim Landesbudget. Wir haben mittlerweile natürlich - unbestritten -, wir haben es auch kommuniziert in dieser Art und Weise, durch den Verkauf der Wohnbaudarlehen, wo auch andere Dinge damit erledigt werden, nicht nur Schulden abgebaut werden, wie Sie das darstellen, wir haben bereits über 100 Millionen an Schulden zurückbezahlt. Und nicht, so, wie Sie es sagen, es könnte sein, sondern es ist so.

Der Darlehensstand des Landes beläuft sich gegenwärtig auf zirka 550 Millionen Euro und das ist einzigartig. Niemand - alle Länder, mein Regierungskollege wird das dann ausführen, alle Länder, fast alle Länder sind diese Schritte gegangen *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*, alle Länder haben Wohnbaudarlehen veräußert, aber kein einziges Bundesland - ich will jetzt nicht mit dem Finger auf die anderen zeigen, Sie haben schon recht mit dem vergleichen, aber trotzdem -, kein einziges Bundesland hat Schulden rückgeführt.

Wissen Sie, was in der Steiermark gerade passiert, damit ich nicht immer auf Niederösterreich zeigen muss? Die Steiermark kann sich gegenwärtig nicht einmal leisten, die versprochene GIS-Gebühr, es wurde angekündigt, die fällt weg, das zu realisieren. Da geht es um nicht viel. Da geht es um vergleichsweise, wenn man umrechnet auf unsere Landesfinanzen, um ein paar Millionen Euro. Die Steiermark kann sich nicht mal mehr leisten, ist alles abgeblasen, ist in den Medien auch bekannt geworden, sie können auf das nicht verzichten, so schaut es in deren Budget aus.

Und da sind wir weit davon entfernt im Burgenland. Sie werden es auch sehen, wenn jetzt, und die Diskussion wird im September starten, wenn wir um Heiligenkreuz, um den Standort Lenzing-Heiligenkreuz, diskutieren.

Sie werden sehen, wie schwierig es sein wird, in Zeiten wie diesen, einen Investor zu finden. Einen Investor, der sich wirklich auch inhaltlich damit auseinandersetzt, nicht nur einen Finanzinvestor, der Dividende abschöpfen will.

Sie werden sehen, wenn es drauf ankommt - und das habe ich immer kommuniziert -, ist das Land handlungsfähig. Das Land ist handlungsfähig, und wir werden diesen Standort nicht sterben lassen. Wir sind so finanziell aufgestellt, dass wir diesen Standort übernehmen könnten, wenn es notwendig ist.

Nur so viel sei gesagt und da komme ich zum dritten Punkt und dann bin ich schon in der Holding. Wir haben vielleicht einen Fehler gemacht in der Vergangenheit, dass wir nicht differenziert haben in der Holding zwischen gemeinnützig und wirtschaftsorientiert.

Wir sind einen Weg gegangen in der Holding, wo wir gesagt haben, okay, wir konsolidieren alle Unternehmen, und alle Landesunternehmen kommen in die Holding rein. Ich kenne kein zweites Bundesland, das alle Landesbeteiligungen in einer Holding konsolidiert, darstellt und verändert. Das ist aus meiner Sicht einzigartig.

Wenn man dann von Schulden redet in der Holding, die es unbestritten gibt, keine Frage, dann muss man differenzieren. Gemeinnütziger Bereich. Das ist ein Bereich, der wird finanziert durch das Budget, im Wesentlichen, nicht immer - Pflege wird differenziert finanziert -, aber die wird dadurch finanziert, dass jeder Landtag im Dezember das Budget beschließt, und damit ist der gemeinnützige Bereich finanziert.

Und dann gibt es den wirtschaftlichen Bereich, auf der freien Wirtschaft tätigen Bereich der Holding. Da gehört die Burgenland Energie dazu, da gehören die Tourismusbetriebe beispielsweise dazu und dort, die müssen liefern, und die Schulden, die die aufbauen, müssen die erwirtschaften.

Ich sage Ihnen zwei Beispiele, ganz klare und klassische Beispiele, wie wir auch Vermögen schaffen. Und nicht so, wie Sie gesagt haben, das Vermögen ist weg. Das ist so ein Blödsinn, das ärgert mich richtig. Sonst ärgere ich mich eh nicht, aber das ärgert mich, weil es nicht stimmt. Mich ärgern immer nur diese Dinge, wenn sie nicht stimmen.

Und Sie sagen von irgendwelchen Inszenierungen oder sonstigen Dingen, aber Sie erzählen ja Dinge, die nicht stimmen. Es ist kein Vermögen weg!

Der erste Punkt, die Therme Lutzmannsburg nur als Beispiel. Wenn dort Schulden aufgenommen werden, wir haben Topauslastungen, wir haben die alten Schulden über den Betrieb der Therme Lutzmannsburg abgebaut. Dann wird es auch zukünftig so sein, dass die neuen Schulden, die Erweiterung der Therme Lutzmannsburg, natürlich geht es um 25 bis 30 Millionen Invest, der Betrieb der Therme Lutzmannsburg, abbauen muss. Nicht die öffentliche Hand, nicht der Steuerzahler, sondern der Betrieb der Therme muss es abbauen.

Ein zweites Beispiel, Burgenland Energie. Die ja auch konsolidiert in der Landesholding drinnen vertreten ist. Wir haben dort eine Riesenoffensive gestartet, was die Photovoltaik, die Windenergie und den Ausbau betrifft. Sie werden es, glaube ich, wissen. Der Landes-Rechnungshof dürfte es nicht wissen, sonst hätte er das nicht so dargestellt wie seitens des Landes mit der Burgenland Energie ein gemeinsames Unternehmen gegründet, wo 51 Prozent die Mehrheit das Land auf sich vereint und 49 Prozent die Burgenland Energie.

Dieses Unternehmen ist verantwortlich für den Photovoltaikausbau.

Ja, natürlich sind dort Schulden drinnen. Das wird, was den Eigenmittelanteil betrifft, den wir eingebracht haben, ausgenommen, denn was die Burgenland Energie eingebracht hat, wird fremdfinanziert.

Das wurde öffentlich bekannt gegeben, da wurden sogar die Banken präsentiert, von der deutsch Baden-Württemberger bis zur Bank Austria, keine Ahnung, wer da aller noch dabei war.

Aber, das ist risikolos.

Wir haben genau, und das war die Vorgabe, danach getrachtet, dass jede einzelne Energieanlage, jede einzelne Photovoltaikanlage, die dort gebaut wird, ÖMAG-gefördert ist.

Wir sind alle auf den Zeitraum der Refinanzierung und darüber hinaus abgesichert. Wir haben eines noch gemacht, und da bin ich jetzt beim dritten Punkt, den Sie angesprochen haben.

Es gibt kein Vermögen, alleine wenn man in den Athena Fonds hineinschaut und die Beteiligungen im Athena Fonds anschaut, dann sind die mehr als werthaltig. Dort haben wir die AAA Lumitech. Die werden sich alle bei Ihnen bedanken, wenn Sie sagen, das Land hat kein Vermögen.

Wir sind mindestens mit 40 Prozent beteiligt. Da geht es um höchstwahrscheinlich schon dreistellige Millionenbeträge.

Wir haben mit der Burgenland Energie eigentlich etwas erschaffen, das irrsinnig nachhaltig und vermögenswertbildend werden wird.

Nur damit Sie auch wissen, was wir mit diesem Geld gemacht haben. Dort haben wir beispielsweise Eigenmittel in der Höhe von mittlerweile 120 Millionen Euro hineingegeben.

Das wird jene Gesellschaft sein, die dann am Ende des Tages, wenn es wirtschaftlich passt, an die Burgenland Energie zurückverkaufen werden wird und damit werden wir das Krankenhaus in Gols bezahlen.

Das ist zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik und das ist Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik, wo wir auch sicherstellen können, dass die Gesundheitsversorgung im Burgenland sichergestellt ist. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

So gibt es einige Vermögenswerte, die ich darstellen kann und das ärgert mich in Wirklichkeit auch beim Rechnungshof.

Ich werde jetzt nicht auf die Person René Wenk eingehen, das passt nicht.

Ist auch nicht in Ordnung, höchstwahrscheinlich, seitens der Regierung zumindest, aber er hat eines gemacht. Er hat sich auf das politische Diskussionsfeld begeben. Er hat sich nämlich deshalb auf das politische Diskussionsfeld begeben, weil er genau das, was Sie sagen, in Wirklichkeit vorgegeben hat.

Er attestiert dem Land, es gibt keine Vermögenswerte, es wurde das Letzte „verscherbelt“.

Wir haben im Land zwei, drei kleine Vermögenswerte und ich habe schon mehr aufgezählt, das stimmt einfach nicht.

Daher das politische Argument, er ist in die Diskussion eingestiegen und hat gesagt, wir investieren falsch in der Gesundheitsversorgung.

Das steht einem Rechnungshofdirektor nicht zu, zu entscheiden und zu beurteilen, wohin wir investieren.

Die Politik entscheidet immer noch, ob im Burgenland in Gesundheit investiert wird und ob im Burgenland in die Pflege investiert und wie, ob im öffentlichen Verkehr investiert, das entscheidet die Politik und nicht der Rechnungshofdirektor. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Der dritte Punkt, den ich Ihnen anlasten muss, ist inhaltlicher Natur, muss ich ganz ehrlich sagen, wo beispielsweise die Genossenschaften geprüft wurden. Nichts aufgefallen.

Da ist ihm nicht aufgefallen, dass die Zinsen vielleicht nicht passen, da ist ihm nicht aufgefallen, dass die Thematik mit den Anliegerwohnungen nicht passt, das wäre in Wirklichkeit viel einfacher gewesen.

Ich frage mich nun, warum hat er das dort nicht gesehen?

Er kommt in Summe schon zur Beurteilung, dass er, und das tut dem Land nicht gut, und ich bin auch nicht glücklich darüber. Ich bin sehr glücklich darüber, muss ich ehrlich sagen, als parteipolitischer Vertreter der Sozialdemokratie, dass es Sie als Klubobmann gibt. Da bin ich sehr glücklich darüber.

Wenn jetzt der René Wenk, der Ihnen ja in der Argumentation immer ähnlicher wird, und ich sage, in Ordnung, der ist der ÖVP zuzurechnen, da wäre ich auch glücklich.

Aber, in Wirklichkeit ist er Rechnungshofdirektor und in Wirklichkeit schadet er damit dem Land.

Es gibt in Österreich vergleichsweise keinen anderen Rechnungshofdirektor und schon gar nicht auf Bundesebene, der in dieser Art und Weise agiert.

Jetzt könnte ich lange in die Diskussion einsteigen, warum das so ist. Das will ich aber nicht, weil es um die Person geht.

Aber, es geht mir darum, dass Dinge falsch dargestellt werden. Wenn Dinge falsch dargestellt werden, dann ist das nicht in Ordnung.

Es stimmt, und das ist der letzte Punkt, den ich kritisieren will, es kann doch wohl nicht sein, wenn man Dinge investiert, wo der Rechnungshof selber hier vor Jahren gesagt hat, ich glaube, es war 2024, 2022, 2023 keine Ahnung, das Land hat zu viele Bar-Rücklagen, wir müssen diese auflösen.

So, dann investieren wir in schwierigen Zeiten, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in Zeiten der Finanzkrise, in Zeiten der Corona-Krise, in Zeiten der Energiekrise und da kann man jetzt darüber diskutieren, was hat der Bund dazu beitragen?

Ich weiß, dass wollen Sie nicht, weil da ist ja die ÖVP auf Bundesebene verantwortlich, oder war die ÖVP für die Finanzmisere verantwortlich, die uns alle beschäftigt, die die Gemeinden beschäftigt?

Dann investieren wir, bauen diese Rücklagen ab und dann heißt es plötzlich, warum wurden diese Rücklagen abgebaut?

Die haben ja keine Rücklagen mehr.

Ich meine, das muss man sich einmal vorstellen. Auf der einen Seite das zu fordern und auf der anderen Seite nicht nur das zu kritisieren, sondern dann zu sagen, damit wurden Verluste produziert.

Na ist es denn ein Verlust, wenn wir seit diesem Prüfungszeitraum 2019 - 2025 mit Voranschlag 2026 insgesamt 1,3 Millionen Euro in die Gesundheit investiert haben, Entschuldigung 1,3 Milliarden Euro?

1,3 Milliarden Euro sind in unsere Spitäler geflossen, in den Bau, in den Betrieb, in die Infrastruktur.

Will dann der Herr Rechnungshofdirektor entscheiden, dass das nicht notwendig war?

Sagen Sie den Burgenländerinnen und Burgenländern, fahrt nach Graz, fahrt nach Wien, wir brauchen das alles nicht.

Das ist doch ein Witz.

Über 200 Millionen Euro sind in die Gemeinden geflossen. Dann sagt man natürlich schon, ich verstehe das auch, als Bürgermeister, das Geld muss zu den Gemeinden.

Aber, es ist auch klar, das sind Förderungen des Landes. Das muss nicht so sein, das ist so, weil wir das machen. Weil wir die Gemeinden nicht alleine lassen, weil wir sie bei den Infrastrukturprojekten nicht alleine lassen.

Wenn in Oberwart diese Schule entstanden ist, ein Campus, der mit diesem Geld auch bezahlt wurde, teilweise von uns, dann zu argumentieren, das ist ein Verlust, na das ist ja eine besondere Chuzpe!

Das ist auch kein Verlust für die Gesellschaft, das ist einfach ein Gewinn für die Gesellschaft, dass es moderne Spitäler gibt, ein Gewinn, dass es entsprechende Pflegeeinrichtungen gibt und ein Gewinn, dass es entsprechende Bildungseinrichtungen gibt.

Wir haben uns darüber aufgeregt, denn wir sehen das nicht als Aufgabe des Rechnungshofes. Der kann das darstellen, das ist keine Frage und das ist unbestritten, die Zahlen passen ja, aber die Bewertung, was mit dem Geld passiert, die Bewertung, dass wir in Gesundheit investieren und die Bewertung, wie wir das zukünftig auch sicherstellen wollen, das bleibt uns überlassen.

Diese Verantwortung, wie gesagt, trage ich, die trage ich gerne.

In diesem Sinne, herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Klubobfrau Mag.a Margit Paul-Kientzl das Wort.

Bitte Frau Klubobfrau.

12:52:56

Abgeordnete Mag.a Margit Paul-Kientzl (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und vor dem Stream! Ich möchte die Debatte einmal mit einem klaren Bekenntnis beginnen, und zwar zum Landes-Rechnungshof.

Wir GRÜNEN waren seinerseits eine der Kräfte, die dafür gekämpft haben, uns eingesetzt haben, dass dieser Landes-Rechnungshof installiert wird.

Wir waren auch maßgeblich daran beteiligt, dass er in seiner Unabhängigkeit gestärkt wird und seine Befugnisse auch erweitert wurden.

Dieser Landes-Rechnungshof hat eine klare Aufgabe. Er prüft, er bewertet, er analysiert und er gibt auch Empfehlungen ab.

In seinem Bericht über den Rechnungsabschluss 2023 hat er auch das getan. 47 Empfehlungen insgesamt und die beziehen sich auf die Darstellung der Haushalte, der Anlagen zu den Haushalten, zum Rechnungsabschluss, aber auch über freiwillige Angaben, die er notwendig findet oder die er sich wünscht und auch zur Planungsqualität.

Diese Empfehlungen sind nachvollziehbar, sind teilweise nicht nachvollziehbar, ich habe mir das angeschaut.

Alles, was Transparenz betrifft, begrüßen wir natürlich, aber ich habe auch gesehen, dass sehr viele Feststellungen sich darauf beziehen, dass man sich etwas wünscht, was eigentlich in der VRV gar nicht zwingend vorgesehen ist.

Es gibt auch Stellungnahmen von der Fachabteilung vom Land, wo darauf hingewiesen wird, wir stellen die Zahlen und die Informationen VRV-gemäß dar. Das muss man auch anerkennen.

Auch der Rechnungshof hat anerkannt, dass gewisse Empfehlungen, die ganz wichtig sind, nun umgesetzt worden sind.

Ich beziehe mich jetzt auch auf diese Empfehlungen, die er 2021 oder 2022 bezüglich des Abbaus der liquiden Reserven gegeben hat.

Das hat das Land gemacht. Jetzt, im Bericht zum Rechnungsabschluss 2023, wurde das kritisiert.

Also, es ist eine zweischneidige Sache, indem man sagt, in Ordnung, wir haben jetzt diese Zahlen da und die Zahlen lügen nicht. Das hat der Rechnungshofdirektor öfter auch gesagt, die lügen nicht.

Aber, und das fehlt mir, der Kontext sowohl im Bericht als auch in der öffentlichen Debatte, man muss die Zahlen auch in Beziehung setzen.

Denn diese Rahmenbedingungen, in denen diese Zahlen entstanden sind, die wurden eigentlich auch im Bericht sehr vernachlässigt.

Was waren diese Rahmenbedingungen?

Diese Rahmenbedingungen sind außergewöhnlich und sie sind einzigartig. Seit der Nachkriegszeit haben wir so eine Situation noch nie gehabt. Eine Situation mit abwechselnden multiplen Krisen. Seit dem Jahr 2020 leben wir in diesem Krisenmodus, ich sage nur Corona und Ukraine-Krieg, Teuerung, Kriegsschauplätze.

Dieser Kontext, der muss auf alle Fälle berücksichtigt werden. Das kann man ja nicht außer Acht lassen und in so einem Kontext sind diese Zahlen auch erklärbar und müssen Teil einer sachlichen Bewertung sein.

Wie gesagt, der Blickwinkel ist essentiell, denn in guten Zeiten würde man sagen, wenn man Schulden macht, naja, das ist Missmanagement.

In Zeiten, wo es um Teuerung, wo es den Menschen an Jobs mangelt oder auch die Energiekosten teurer sind, muss man den Menschen helfen.

Das ist zumindest unser Verständnis von Politik. Nämlich, für die Menschen da zu sein, den Menschen zu helfen und Ausgaben und Investitionen tätigen, die ihre Lebensqualität sichern.

Der Rechnungshof, wie gesagt, zeigt Risiken auf, er zeigt aber auch Schwächen auf. Er zeigt Verbesserungspotentiale auf, denn das ist seine Aufgabe.

Aber, die Aufgabe der Politik ist es, Maßnahmen zu setzen, Prioritäten zu definieren und dafür Verantwortung zu übernehmen.

Das ist eindeutig die Aufgabe der Politik und dieses Handeln haben Rot-Grün bewiesen.

Bereits im November des vorigen Jahres hat der Landeshauptmann angekündigt, dass es ein Stabilitätsgesetz, einen Stabilitätspakt geben wird, und im Jänner 2026 haben wir als rot-grüne Koalition dieses Stabilitätsgesetz verabschiedet.

Da frage ich mich dann schon, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, wo Sie denn da waren?

Ja, Sie waren schon hier im Landtagssitzungssaal, aber Ihre Stimmen haben gefehlt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Natürlich.)*

Sie haben diesem Stabilitätsgesetz nicht zugestimmt, und das Stabilitätsgesetz ist ein ganz klares Bekenntnis zu einem strikten Budgetkurs und zu Zukunftsinvestitionen, die wir tätigen.

Die Eckpunkte - möchte ich noch einmal kurz darstellen - sind:

Die Verschuldung des Landes wird bis 2028 auf maximal 600 Millionen Euro gedeckelt und kontinuierlich verringert. Das ist ein Handeln, das ist im Gesetz jetzt festgelegt.

Die Einsparungen betreffen die kommenden Jahre. Da sollen 200 Millionen Euro eingespart werden.

Es ist heuer schon im Jahr 2026 eine Einsparung von insgesamt 105 Millionen Euro gemacht worden.

Schutzzentrale Bereiche sind diejenigen Bereiche, die wir von diesem Einsparungskurs, vom Sparkurs, ausnehmen. Das sind die Gesundheit, die Pflege, der Herr Landeshauptmann hat das bereits gesagt, aber auch Investitionen in Renaturierung und Katastrophenschutz.

Vermögensaktivierung, das sind die berühmten Wohnbaudarlehen, die wir jetzt der Bevölkerung, den Berechtigten, mit einem Nachlass von 25 Prozent angeboten haben.

Jetzt kommen die Genossenschaften an die Reihe und wenn die auch diese Option, dieses Angebot annehmen, erst dann werden die Darlehen an Investoren verkauft.

Damit haben wir auch die Bevölkerung, die Häuslbauer geschützt. Wir brauchen keine 10.000 Euro pro Ersthäuslbauer, sondern, wir haben das Geld jetzt schon bereits denjenigen gegeben, die Häuser besitzen und dafür möchte ich mich bedanken. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die es sich leisten können - Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

Zusammengefasst bedeutet das, unsere Handlungsmaxime ist investieren, wo es nötig ist und sparen, wo es möglich ist.

Es ist ein verantwortungsvoller Pfad, den wir hier begehen und ein Pfad, der uns bis 2028 und darüber hinaus leitet.

Ja, die Welt ist instabil, aber das Burgenland hat trotzdem gehandelt.

Seit 2020, wie gesagt, erleben wir diese multiplen Krisen und diese Energiepreisschocks. Diese Instabilität ist wirklich einzigartig. Das Burgenland hat aber nicht gewartet und hat auch nicht gespart, wo es weh tut, wo man den Menschen in dieser schwierigen Zeit noch etwas wegnimmt, sondern hat sie unterstützt und investiert, wo es nötig ist.

Diese Investments, weil die ÖVP gefragt hat: „Ja, was ist mit dem Geld passiert, was ist mit diesen Milliarden passiert, was habt ihr damit gemacht?“ Da kann ich jetzt eine Antwort darauf geben: Wir haben Sie investiert, wie schon gesagt, in die Zukunft.

In die Zukunftsvorsorge der Menschen. An oberster Stelle steht die Gesundheit mit 1,3 Milliarden Euro. Hier wurde vom Landeshauptmann schon die neue Klinik in Oberwart ebenso erwähnt wie eine Fünf-Spitäler-Garantie, die Herzchirurgie oder der Notarzthubschrauber.

In das Soziale, in die soziale Sicherheit, haben wir 463 Millionen Euro investiert. Da waren die Wohnbeihilfe, das Schulstartgeld, die Mittagessenförderungen, der Klimafonds, die Förderungen im Klimafonds, die viele Menschen unterstützt haben, als sie es brauchten, unter anderem auch mit der Deckelung der Energiekosten und des Wohnungsdeckels.

Wir haben in die Gemeinden investiert, wir haben die Gemeinden nicht alleine gelassen. 35 Gemeinden sind momentan in Konsolidierung, weil natürlich auch in diesen instabilen Zeiten nicht nur das Land mit dieser Herausforderung zu kämpfen hat, sondern auch die Gemeinden.

Wir sehen das in die Gemeindefinanzen, die kämpfen genauso, wie alle anderen, auch der Bund natürlich. Das schlägt sich ja durch, aber das Land hat die Gemeinden nicht fallen gelassen. Ich kann das aus eigener Erfahrung mit unserer Gemeinde berichten.

Bedarfszuweisungen, Sonderprojekte unterstützt, die kommunalen Haushalten nicht nur mit finanziellen Mitteln unterstützt, sondern auch mit Beratung. Auch das muss erwähnt werden, dass wir hier 251 Millionen Euro ausgegeben haben.

Mobilität, 271 Millionen Euro. Wir investieren in den Ausbau des Busverkehrs, wir montieren nicht die Räder von einem Auto herunter und verkaufen sie, sondern, wir setzen auf ein ganz neues System, weil die Situation ein neues System verlangt. Das ist eines, was klimafreundlich ist, das mehr Menschen zur Mobilität bringt.

Wir haben dafür 271 Millionen Euro in die Hand genommen und die Verkehrsbetriebe Burgenland damit ausgestattet. Investitionen in klimafreundliche Mobilität. Natürlich sind auch in die Energiewende, in unser Herzstück von den GRÜNEN, Investitionen getätigt worden. 230 Millionen Euro sind das Ziel für unser Lieblingsprojekt „Raus aus Öl - rein in Photovoltaik, Windkraft und Energieautarkie“. Raus aus Putins Abhängigkeit und autark werden.

Natürlich auch Bildung und Kinderbetreuung. In die Kinderbetreuung haben wir 274 Millionen Euro investiert. Das Burgenland ist hier Vorreiter. Wir haben den Gratiskindergarten, wir haben die Betreuungsangebote ausgebaut. Das ist hier eine

Vorreiterstellung und da können wir stolz darauf sein, dass wir hier den Eltern dieses Angebot machen, denn die sind auch entlastet.

Ich sehe darin im Übrigen ganz besonders eine Entlastung für die Frauen. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

Nicht zu vergessen, die Pflege mit 129 Millionen Euro. 71 Pflegestützpunkte werden errichtet, ein Anstellungsmodell für betreuende Angehörige gibt es ebenfalls.

Last but not least der Katastrophenschutz, denn der wird uns ja leider immer wieder beschäftigen. 41 Millionen Euro, wir erinnern uns an die Hochwasserkatastrophe 2023 und auch heuer, in diesem irren trockenen Sommer, hat es Hochwasser und Flugkatastrophen gegeben. Das sind in Summe, wenn Sie das alle zusammenrechnen, diese 3 Milliarden Euro, die Sie vielleicht suchen.

3 Milliarden Euro an Investitionen in die Zukunft. Das sind keine Luxusprojekte. Das sind Investitionen in die Lebensqualität, in die Sicherheit und die Zukunft des Burgenlandes.

Jetzt möchte ich wissen, wer von Ihnen den Menschen sagen will, das war unnötig, das haben wir nicht gebraucht. Der kann sich da gerne zu Wort melden.

Ich glaube nicht, dass die Burgenländerinnen und Burgenländer das so sehen, sondern sie anerkennen die Wichtigkeit in diese Investitionen. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

Ein Wort zur Klimakrise. Ich weiß, das ist ein Wort, das sehr oft schon bei Beiträgen der GRÜNEN gefallen ist, aber wir haben sie ja heuer in diesem Sommer hautnah leider erlebt.

Es gab einen Sommer mit einer Dürre, die seit Aufzeichnung der Messgeschichte neuartig und einzigartig war, begleitet im Burgenland von einer extremen Hitze und verbunden mit einem historischen Tiefstand der Wasserstände. Das ist das, was uns erwartet, wenn wir nicht handeln.

Das ist das, was unseren Bauern erwarten, nämlich, dass Ernten gefährdet sind, die Böden austrocknen und die Wasserressourcen unter Druck gesetzt werden. Diese Extreme werden nicht weggehen. Sie sind auf alle Fälle auch nicht gewöhnlich, so, wie das ein Herr Petschnig kürzlich in einem Interview gesagt hat, das ist nichts Ungewöhnliches.

Na, wenn das jetzt noch nicht klar ist, wo wir jetzt bereits sind, in welcher Ausnahmesituation, dann kann ich nur davor warnen, dass solche Menschen Verantwortung in einem Land bekommen, wenn man das nicht anerkennen kann. Wir müssen dagegen etwas tun, weil es für die Menschen im Burgenland notwendig ist.

Wir müssen handeln. Abgesehen davon wäre es wahnwitzig, jedes Jahr diese Katastrophenschäden zu bezahlen, wenn wir uns nicht wappnen und nicht schützen. Jedes Jahr Millionen Euro an Schäden für Überschwemmungen oder für die Dürreschäden an die Bauern zu bezahlen, das wäre einfach nicht leistbar und das wäre auch komplett widersinnig.

Wir müssen jetzt das Haus Burgenland flott machen für die Zukunft, für unsere Kinder und jetzt diese Investitionen tätigen und die Schulden tilgen, weil uns die Zukunft wichtig ist und uns die Zeit davonläuft, wenn wir nichts machen.

Noch etwas zu den Zahlen. Es gibt ganz viele Zahlen, aber man muss hier immer nur aufpassen, wie man sie verwendet, in welchem Kontext man sie zieht und welche

Zahlen man aggregiert. Nehme ich jetzt das Vermögen von der Bilanz, also vom Vermögenshaushalt des Landes, zähle ich dann noch die Landesholding dazu oder nicht?

Also, diese Zahlen, wir reden hier von ganz verschiedenen Ansätzen, sind höchst komplex, aber ich frage mich wirklich, wie Sie auf 11.000 Euro Schulden pro Kopf kommen? Ich habe jetzt mehrere Versuche angestellt und mehrere Berechnungsmethoden angestellt. Also, auf diese Zahl komme ich nicht. Im Gegenteil, die Zahlen sind weit niedriger und zwar laut Statistik Austria 6.348 Euro. Das heißt, es ist nicht nachvollziehbar, wie Sie auf diese Zahlen kommen. Auch hier muss ich dann Ihre Ehrlichkeit einmahnen.

Wir handeln, wie bereits gesagt, mit einem Stabilitätsgesetz. Wir haben diesen Pfad auch bereits bestritten und werden ihn auch weiter gehen. Wenn ich jetzt sage, sparen, wir haben einen Sparkurs, weil in diesem Paket ja auch ein Sparkurs enthalten ist und uns wird vorgeworfen, wir sparen nicht, wir würden das Geld quasi „verscherbeln“ oder beim Fenster hinauswerfen, dann kann ich das nur mit Nachdruck zurückweisen.

Ich frage mich wirklich, bei der Opposition, bei diesen Anträgen, die wir jetzt im Laufe dieser Legislaturperiode bekommen haben, da sind immer Ausgaben enthalten, wo man sich denkt, wieso sollen wir die ausgeben, die sind nicht budgetiert, die sind überhaupt nicht vorgesehen gewesen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In Summe, haben meine Kollegen ausgerechnet, sind das bereits 800 Millionen Euro, die Ihre Anträge uns gekostet hätten, wenn wir sie zugelassen hätten. Also, da frage ich mich schon, wo da Ihr Sparwille geblieben ist? *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

Entscheidend ist die Zukunft, um jetzt einen Ausblick über das Jahr 2028 hinaus zu wagen, denn es stehen ja Finanzausgleichsverhandlungen an.

Da ist jetzt auch unser Abänderungsantrag, der daran anknüpft. Bei diesen Finanzausgleichsverhandlungen werden wir schauen, dass das Burgenland besser aussteigt, weil die kleinen Länder strukturell in diesem Berechnungsmodell benachteiligt werden und wir uns hier auf alle Fälle ins Zeug legen werden, um mehr Geld aus diesem Finanzausgleich für das Burgenland zu bekommen, weil wir, auch die Gemeinden, immer mehr Aufgaben haben, immer mehr Aufgaben zu erfüllen, so, wie das Land.

Wenn ich jetzt sage, Gesundheitsversorgung, Pflege, wir haben eine alternde Bevölkerung. Das heißt, die Kosten werden mehr, daher muss auch mehr aus dem Finanzausgleich für uns hinausschauen und das wollen wir in unserem Abänderungsantrag beschließen.

Noch ein Wort zu den drohenden Zahlungen, die wir befürchten müssen, wenn wir die Klimaschutzziele nicht erreichen. Das ist nämlich ein drohendes Szenario, das noch über unseren Köpfen schwebt, wenn wir diese Klimaschutzziele nicht erreichen, die die Europäische Union vorgibt, denn dann müssen auch die Länder mitzahlen.

Eines muss ich da schon festhalten: Wir, die in die Zukunft investieren, wir, das Land Burgenland, das seine Hausaufgaben macht, wir werden uns hier sicher nicht an einer Politik beteiligen, nur weil der Bund nicht fähig war, diese Ziele zu erreichen. Wir sind das, was wir tun und wir werden unsere Klimaschutzziele auch mit unseren Maßnahmen, die wir beschlossen haben, erreichen.

Wir sehen es aber sehr kritisch, wenn wir dann vom Bund aus noch zu Strafzahlungen verpflichtet werden. Ich ersuche um Zustimmung zu unserem Abänderungsantrag, wo wir eben diese Finanzausgleichsverhandlungen für uns

erfolgreich abschließen wollen und bekennen uns selbstverständlich zu Transparenz in den Berichten des Rechnungshofes. Vielen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Markus Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.13:10:43

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst das Menschliche, dann das Politische. Herr Landeshauptmann! Es ist erfreulich, dass Sie wieder so fit sind, dass Sie bei den Landtagssitzungen teilnehmen können und Ihre Arbeit aufnehmen können! Weiterhin alles Gute dafür. *(Allgemeiner Beifall)*

Ich darf nun zum Politischen kommen. Eigentlich sollten wir alle auf der Inform sein, bei der Eröffnung, um mit den Menschen und den Unternehmen sprechen zu können, die Anliegen und Sorgen aus erster Hand mitnehmen zu können.

Doch diese Sonderlandtagssitzung ist ebenfalls von besonderer Bedeutung, denn hier geht es um die finanzielle Lage des Burgenlandes und damit natürlich auch um die Zukunft der Bevölkerung, der heimischen Wirtschaft, der Betriebe und natürlich um die Zukunft der kommenden Generationen.

Deshalb ist es unsere Pflicht, hier im Landtag über die finanzielle Lage des Burgenlandes zu sprechen und zu diskutieren. Ich möchte mit dem Satz beginnen, Luftschlösser bauen, Schuldenberge auftürmen und dabei ein bisschen Drama. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist die Finanzpolitik von Rot-Grün im Burgenland. Nur, bekanntlich wacht man nach jedem Traum, ich möchte fast sagen Albtraum, auf und dann liegt irgendwann die Rechnung auf dem Tisch.

Der Landes-Rechnungshof hat diesen Weckruf schwarz auf weiß, schonungslos und unabhängig, geliefert. Ich rede gar nicht davon, dass das ganze Vermögen fort ist, so, wie es der Landeshauptmann gesagt hat, dennoch sind die Reserven aufgebraucht, der finanzielle Spielraum massiv eingeschränkt, die Schulden in die Landesunternehmen gewandert und in den Jahren 2020 bis 2026 hat sich ein Gesamtverlust von beinahe 1 Milliarde Euro angesammelt.

Das ist keine erfundene Oppositionsgeschichte, wie es der Herr Klubobmann Fürst immer gerne berichtet, das ist der Befund des Landes-Rechnungshofes. Was macht die rot-grüne Landesregierung? Auch das haben wir schon gehört. Sie diskutiert nicht über die Zahlen, die vorliegen, sondern über denjenigen, der sie vorgelegt hat.

Sie greift den Landes-Rechnungshof an, zweifelt seinen Prüfantrag an, versucht den Überbringer der schlechten Nachricht schlecht zu machen.

Geschätzte Damen und Herren! Wenn ein Rauchmelder anschlägt, schlägt man nicht auf den Rauchmelder ein, sondern man versucht, den Brand zu löschen. Aber, genau das ist die Doskozil-Methode, denn wenn die Zahlen nicht mehr passen, werden sie schöngeredet. Das haben wir auch vorher so vernommen.

Wenn die Kritik zu laut wird, wird der Kritiker angegriffen, wenn die Schulden sichtbar werden, werden sie in die Landesholding verschoben. Das ist keine transparente Finanzpolitik, das ist ein finanzpolitisches Hüttchenspiel, das wir vorher wieder gehört haben.

Man muss die Schulden differenzieren. Es ist mir ganz gleich, Schulden sind Schulden. Da braucht man, meiner Meinung nach, nichts differenzieren. Auf die Zahl möchte ich nicht weiter eingehen, die hat der Klubobmann Strobl schon gebracht, aber, Herr Landeshauptmann, Ihr Finanzplan ist eine Zeitbombe mit roter Zündschnür und grünem Beipackzettel.

Natürlich hören wir jetzt wieder, haben wir auch schon vernommen, es werden ja Schulden zurückgezahlt und weitere Tilgungen sollen folgen, aber, wer im Wirtshaus alles leer trinkt und danach ein Achterl Wasser bestellt, ist noch lange kein Abstinenzler.

Wir glauben nämlich, dass das Schuldenmachen trotz Schuldenzurückzahlung weitergehen wird. Jede echte Tilgung wäre natürlich grundsätzlich zu begrüßen, aber wer Milliarden an Schulden anhäuft, kann nicht sagen, wenn er paar Millionen zurückzahlt, er ist der große Sparmeister in diesem Land und kann sich dafür feiern lassen.

Noch dazu kommen ja diese Millionen nicht aus Erwirtschaftungen, sondern aus der Rückzahlung vorzeitiger Wohnbaudarlehen. Entscheidend ist für uns nicht, welche Zahlen die SPÖ oder der Herr Landeshauptmann aus dem Hut zaubern, so, wie vorher.

Entscheidend ist die Gesamtlage des Burgenlandes, einschließlich Holding, Unternehmen, Haftungen, Zuschüssen und langfristiger Verpflichtungen. Genau dort herrscht für uns eben keine Klarheit. Das ist der eigentliche Skandal, dass das Burgenland nicht nur ein Schuldenproblem hat, es hat auch, unserer Ansicht nach, ein massives Transparenzproblem. Und dieses Problem endet nicht bei der Holding. Es zieht sich bislang auch in den Gesundheitsbereich hinein und in die Versorgung. Warum?

Das Burgenland baut seine Gesundheitsversorgung stark aus. Seine gute medizinische Versorgung ist wichtig. Ist auch grundsätzlich zu begrüßen, aber sie muss auch ordentlich, nachvollziehbar und wirtschaftlich finanziert werden.

Sie sagen immer, die Gesundheit ist vom Schuldenmachen ausgenommen. Kann man auch machen. Spitzenmedizin ist aber kein Freibrief für unwirtschaftliches Arbeiten. Der Geschäftsbericht der Gesundheit Burgenland hat es ja gezeigt, von 2025. Er weist einen Jahresfehlbetrag von 18,8 Millionen Euro aus. Dieser wurde durch die Auflösung von Gewinnrücklagen in gleicher Höhe ausgeglichen. Das Eigenkapital sank um 18,8 Millionen Euro. Gleichzeitig stiegen die Bankverbindlichkeiten um 71 Millionen.

Und eines muss uns klar sein, wer im Gesundheitsbereich heute jeden finanziellen Warnruf ignoriert, gefährdet morgen genau jene Versorgung, die er angeblich eigentlich schützen und ausbauen will. Wenn die Schulden und Bankverbindlichkeiten weiter steigen, das Eigenkapital weiter sinkt und die Rücklagen aufgebraucht sind, wird die derzeitige Leistungsqualität meiner Ansicht nach nicht zu halten sein. Dann fehlt schlichtweg das Geld für Ärzte, Pflegepersonal, Behandlungen, medizinische Geräte und auch die regionalen Standorte werden vielleicht fallen müssen.

Die Versorgung wird nicht besser, sondern schlechter werden wie sie vorher war, wenn man genauso weiterwirtschaftet wie die rot-grüne Landesregierung. Verantwortungsvolle Budgetpolitik ist daher kein Angriff auf das Gesundheitssystem, sondern die Voraussetzung dafür, dass sie auch in Zukunft noch funktionieren kann, Herr Landeshauptmann.

Rot und Grün behaupten, mit immer mehr Schulden im Gesundheitsbereich die Gesundheitsversorgung zu retten. In Wahrheit wird eine Versorgung auf Pump aufgebaut, die vielleicht morgen nicht mehr bezahlt werden kann. Die entscheidende Frage lautet daher für uns: Wie lange geht sich das noch aus, wenn man genauso weitermacht?

Kann ein Beispiel bringen von einem Landwirt. Zum Beispiel, wenn der Bauer sagt: Ich will jetzt meinen Betrieb wirtschaftlich führen und arbeiten, außer die Traktoren nehme ich hier raus von den Sparmaßnahmen, die besten Modelle, so viel wie möglich am besten, obwohl er nur zehn Hektar bewirtschaftet. Der Betrieb wird nicht lange wirtschaftlich zu führen sein. Und genauso schaut das Landesbudget aus.

Oder man kann auch von den Gemeinden sprechen. Viele müssen sparen. Ist okay. Wenn die Gemeinde sagt, aber die Gehsteige und die Straßen, die nehme ich aus. Am besten hat der Gemeinde Oberschützen-Bürgermeister sehr viele Ortsteile. Na probiere was Neues zu machen. Lange wird das nicht gut gehen. Die Gemeindeabteilung *(Der Abgeordnete klopft dabei zweimal auf das Rednerpult.)* wird wahrscheinlich anklopfen.

Also, so kann es aus unserer Sicht nicht sein. Gesundheit darf natürlich nicht kaputtgespart werden, aber ein finanzieller Blindflug macht in Zukunft keinen Patienten gesund.

Geschätzte Kollegen! Haben wir schon gehört auch, der Finanzreferent heißt Hans Peter Doskozil. Deshalb trägt der Herr Landeshauptmann auch die politische Verantwortung. Wir haben gehört, das macht er sehr gerne. Er will ja das ganze Burgenland besitzen, neu ordnen. Jetzt besitzt nicht er, aber das Burgenland vor allem eines, nämlich Schulden.

Man kann nicht jedes Unternehmen kaufen, jeden Bereich unter die Kontrolle des Landes ziehen, einen aufgeblähten Konzern errichten und anschließend wundert man sich, wenn Schulden, Zuschüsse und Haftungen explodieren.

Besonders bitter ist die Situation jetzt schon für die Gemeinden geworden. Während das Land seine Strukturen immer weiter aufbläht, werden den Gemeinden laufend Mittel aus ihren Ertragsanteilen abgezogen. Die Bürgermeister müssen bei Straßen, Feuerwehren, Kindergärten, Vereinen und der örtlichen Infrastruktur sparen. Im Landhaus hingegen werden neue Gesellschaften und Strukturen gegründet, hat man auch weiter vor, haben wir ja vernommen.

In den Gemeinden wird darüber diskutiert, welches kleine Schlagloch denn heuer zugeschüttet werden kann. Das kann es ja aus unserer Sicht nicht sein, dass man die Gemeinden so in einen finanziellen Würgegriff hält.

Wenn die rot-grüne Landesregierung wirklich sparen will, dann sollen sie endlich damit beginnen. Bei aufgeblähten Strukturen, bei fragwürdigen Beteiligungen, bei politischen Prestigeprojekten und einem Landesapparat, der immer größer, aber nicht automatisch besser wird.

Die SPÖ hat das genannt: Die Showhand, die Vollgasshow, da halt so. Weil es geht ja praktisch um nichts. Nein, meine Damen und Herren, das ist keine Show. Die eigentliche Show besteht darin, Milliarden an Verpflichtungen hinter einer roten Kulisse zu verstecken und dem Publikum zu erzählen, alles sei in Ordnung. Das ist eigentlich die eigentliche Show.

Besonders bedenklich ist, dass Sie, Herr Klubobmann Fürst, ausgerechnet die finanziellen Mittel des wichtigsten Kontrollorganes des Landtages in Frage gestellt haben. Es hat den Anschein, als wolle die SPÖ dem Landes-Rechnungshof die finanziellen Mittel streichen oder weniger geben. Weniger finanzielle Mittel bedeuten natürlich zwangsläufig weniger Personal, weniger Prüfungen und damit weniger Kontrolle. Das käme der SPÖ gerade recht. Genau in dieser Zeit. Wer den Landes-Rechnungshof nach einem kritischen

Bericht angreift, beantwortet keine einzige Zahl. Es zeigt nur, wie wenig Kritik dieses System, welches hier aufgebaut wird, eigentlich verträgt.

Am Montag habt Ihr ja eine Pressekonferenz gehabt. Ich habe von Ihnen schon sehr gute Pressekonferenzen gehört. *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Meistens.)* Das war aber eine der schlechteren. Das darf ich Dir, Herr Klubobmann, sagen, denn die derzeit verfügbaren Zahlen *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Das war die erste nach der Sommerpause.)* sprechen nicht für Entwarnung. Die derzeitigen Budgetzahlen sprechen nicht für Entwarnung, Herr Klubobmann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten.)*

Beim Pro-Kopf-Schuldenvergleich der Bundesländer liegt das Burgenland keineswegs besonders günstig. Aktuelle, öffentlich zugängliche Auswertungen weisen das Burgenland im vorderen Bereich der Verschuldung aus, Herr Klubobmann.

Vor allem darf man nicht nur die unmittelbaren Landesschulden vergleichen und gleichzeitig einen wesentlichen Teil der wirtschaftlichen Tätigkeit in die Landesholding und weitere Gesellschaft verlagern.

So vergleicht man nämlich nur in Schachteln, ohne zu wissen, was genau in dieser Schachtel drinnen liegt.

Der Angriff auf den Landes-Rechnungshof ist fachlich sehr, sehr schwach, Herr Klubobmann. Die Aussage, ein Prüfbericht sei ohne Bundesländervergleich unwissenschaftlich, nicht zuverlässig, nicht valide, halte ich für verfehlt.

Der Landes-Rechnungshof Burgenland prüft die finanzielle Lage des Burgenlands und da hat er eben festgestellt: Die Reserven sind aufgebraucht, das Eigenkapital sinkt, die Verbindlichkeiten steigen, und das ist ein Gesamtverlust von nahezu einer Milliarde Euro. Besteht derzeit.

Infolgedessen besteht ein akuter und erheblicher Handlungsbedarf. Dieser Befund wird dadurch nicht falsch, weil andere Bundesländer ebenfalls Schulden aufweisen. Wenn bei einem Haus ein Dach undicht ist und es wird nicht, wird es wegen dem auch nicht dicht, weil es beim Nachbar reinregnet, Herr Klubobmann.

Außerdem räumen Sie, Herr Klubobmann Fürst, selbst ein, dass hier die Zahlen des Landes-Rechnungshofes richtig sind. Damit bestätigen Sie ja den entscheidenden Teil des Berichtes. Sie bekämpfen ja das nur lediglich aus der politischen Wirkung heraus, sonst nichts.

Auch das Argument, ich komme noch zu den Wohnbaudarlehen, stimmt ja so nicht, wie Sie es erwähnt haben, dass rund 13.000 Darlehensnehmer durch ihre vergünstigte Rückzahlung etwa 85 Millionen eingespart haben. Das ist für die Menschen erfreulich. Das kann man sagen. Aber daraus folgt ja nicht, dass das Land keinen Verlust erlitten hat. Was die Darlehensnehmer weniger bezahlen, erhält das Land weniger zurück. So einfach ist das.

Wirtschaftlich handelt es sich um einen Verzicht auf Forderungen beziehungsweise zukünftige Einnahmen. Man kann diesen Verzicht politisch als Förderung rechtfertigen. Ist auch okay. Aber man kann ihn nicht einfach aus der Rechnung wegstreichen, weil es wäre ja mehr Geld hereingeflossen. *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Gewinn für die Bevölkerung. Ja. Du hast recht.)*

Die korrekte Aussage wäre: Das Land hat bewusst auf einen Teil seiner Forderungen verzichtet und damit Darlehensnehmer entlastet, weil man Geld benötigt und das in rauen Mengen, weil sich sonst kein Landesbudget mehr ausgeht und es geht sich

auch nicht aus die Art der Politik des Landeshauptmannes. Dafür hat man diesen genialen Schachzug gemacht. Das ist bei den anderen Bundesländern, glaube ich, ein bisschen anders.

Zu behaupten, es habe überhaupt keinen finanziellen Nachteil für das Land gegeben, ist Schönfärberei und das ist Show.

Besonders problematisch wird es, wenn die Einnahmen aus diesen Rückzahlungen anschließend zum Stopfen laufender Budgetlöcher verwendet werden. Es wird genannt: Zur Tilgung der Schulden.

Dann wird Vermögen aus der Vergangenheit verbraucht, um gegenwärtige Ausgaben zu finanzieren. Ganz logisch.

Und in diesem Zusammenhang darf ich nun zu den Grünlingen in der Regierung kommen. Die GRÜNEN sind mit einem großen Versprechen in diese Landesregierung eingetreten. Sie wollten kontrollieren, aufklären und für Transparenz sorgen.

Heute müssen wir feststellen, die GRÜNEN kontrollieren nicht, sie klären nicht auf. Sie schauen nur noch zu und tragen am Ende alles mit, was die SPÖ ihnen vorsetzt.

Noch im Jänner 2025 beklagten die GRÜNEN selbst die sogenannte Blackbox-Politik der Landesregierung. Sie kritisierten, dass Abgeordnete bei Ausübung ihrer Kontrollrechte behindert würden. Sie stellten Fragen zu den Finanzen der Landesbeteiligungen und beschwerten sich darüber, dass die Fragen nur sehr spärlich beantwortet würden.

Frau Klubobfrau, auch jetzt werden die Fragen nur spärlich beantwortet, setzen Sie sich ein, dass das auch ausführlicher wird, dass das nicht so schwer zugänglich wird. Das wollten Sie alles.

Die Landeshauptmann-Stellvertreterin Anja Haider-Wallner warnte damals sogar. Das Modell Burgenland könnte wie ein Kartenhaus gebaut sein, das zusammenfällt, sobald man eine Karte herauszieht. Was ist aus diesen Forderungen geworden. Wo ist heute die grüne Kontrolle über die Landesholding? Wo ist die angekündigte Transparenz? Wo ist die vollständige Offenlegung der Finanzströme? Wo ist der Durchblick bei den Beteiligungen und Tochtergesellschaften?

Ich traue mich wetten. Mit Sicherheit haben die GRÜNEN selbst in der Regierung nicht einmal einen Einblick, was sie da tut. Aber glauben Sie mir, die Bevölkerung hat zumindest den Durchblick über die GRÜNEN, wie sie sich verhalten. Das ist zumindest, das hat die Bevölkerung zumindest mitbekommen.

Ja, Herr Landeshauptmann, ich darf nochmal zur Aufforderung kommen. Legen Sie endlich die vollständigen Zahlen auf den Tisch! Keinen Zahlensalat und ein Wirrwarr. Was man da vor hat und dann nochmal schiebt und da herschiebt. Es braucht keine Ausreden, keine Angriffe auf den Rechnungshof. Auch keine Angriffe auf die Opposition und schon gar keine neuen Belastungen für die Bevölkerung.

Denn neue Abgaben, wie Baulandabgabe, hoher Landesanteil der ORF-Gebühren, Landesradar, Windkraft-, Photovoltaikabgabe, eine massive Erhöhung der Ortstaxe, LKW-Maut und eine wahrscheinlich bevorstehende Leerstandsabgabe, Abzüge der Ertragsanteilen der Gemeinden sind keine Budgetsanierung.

Das ist nur der Versuch, den Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen, um die Fehler, um die verfehlte Politik der Landesregierung bezahlen zu können.

Und es gefährdet vor allem auch den wirtschaftlichen Standort im Burgenland. Wer das Geld mit beiden Händen aus dem Fenster wirft, Frau Kollegin der GRÜNEN, darf anschließend nicht bei den Burgenländern an der Haustür, von Haus zu Haus gehen und abkassieren.

Diese Schulden werden früher oder später durch höhere Steuern, noch mehr neue Abgaben, steigende Gebühren oder Leistungskürzungen bei der Gesundheitsvorsorge bezahlt werden müssen. Die Menschen spüren das ja jetzt schon auf Gemeindeebene und auch auf Landesebene und das aufgrund Ihrer verfehlten Politik.

Verantwortlich für diese Entwicklung ist nur ein Mann. Das haben wir schon gehört. Das ist der Herr Landeshauptmann. Und, Herr Landeshauptmann, da können Sie hinhauen auf uns Blauen, wie Sie wollen. Das war ja schon bei der Regierungserklärung so, was die Blauen nicht alles sind und Sie können uns auch ausgrenzen, aber ich sage Ihnen: Mit Ihnen ist kein Staat zu machen, weil alles nach einem Kopf gehen muss. Das merkt man bei den Parteienverhandlungen. Das ist nur vorgetragen. Es wird niemand gehört. Auch nicht von den Unternehmen, bei den Verkehrsbetrieben zum Beispiel. Also das können Sie sich ins Stammbuch schreiben.

Die zukünftigen Generationen im Burgenland werden es schwer haben. Auch die kommenden Landesregierungen werden noch jahrelang mit diesen Schulden und ausgelagerten Risken und wirtschaftlichen Abhängigkeiten leben müssen, wenn es Doskozil schon lange nicht mehr gibt.

Dieser Verstaatlichungszwang mit der Vorstellung der totalen Kontrolle mit den Menschen im Burgenland, das wird den Menschen im Burgenland schon zu blöd. Letztes Beispiel, der Kauf in Oberwart, das Wirtshaus. Da können Sie reden, das ist ein Traditionsbetrieb, was Sie wollen. Die Leute draußen und die Unternehmer sehen das ganz anders.

Also, die SPÖ ist nicht das Land Burgenland und Hans Peter Doskozil ist alleine nicht der Staat. Freiheit, Eigentum und Selbstbestimmung, Wahlfreiheit, unabhängige Kontrolle, starke Gemeinden und eine funktionierende Privatwirtschaft sind keine Hindernisse, sondern das Fundament unseres Heimatlandes Burgenland.

Dieses Verstaatlichungssystem und dieses Verstaatlichungsprojekt muss beendet werden, bevor vom freien und selbstbestimmten Burgenland nur ein hochverschuldeter roter Verwaltungskonzern übrigbleibt.

Das Burgenland braucht keine Luftschlösser, wie eingangs erwähnt, es braucht eine finanzielle Bodenhaftung. Der Traum von Rot-Grün wird für die Burgenländer immer mehr zum finanziellen Albtraum. Es ist höchste Zeit, aufzuwachen und das Ganze zu beenden. Spätestens bei der nächsten Wahl. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ und der ÖVP.)*

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Als nächster Redner ist Herr Landesrat Heinrich Dorner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

13:29:59

Landesrat Mag. Heinrich Dorner (SPÖ): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Regierungskollegen! Kolleginnen, Kollegen hier im Landtag, Zuhörerinnen, Zuhörer! Herr Klubobmann, Sie haben begonnen in Ihren Ausführungen, dass es heute nicht um den Bund geht und dass es nicht um Vergleiche geht.

Ich muss Sie ein wenig enttäuschen, ich würde das schon gerne ansprechen und genau die zwei Wörter ein wenig ausführen, warum es doch relevant ist, vielleicht darüber zu sprechen.

Ich denke schon, dass wir uns einig darüber sind, dass die Vorgängerregierung im Bund unter einem ÖVP-Kanzler und einem ÖVP-Finanzminister uns alles andere als schöne Budgetmittel und Finanzen hinterlassen hat. Das ist das eine.

Und deshalb finde ich es ja grundsätzlich skurril, dass Sie als ÖVP hier heute genau zu diesem Thema einen Sonderlandtag einberufen, wo Sie sich vielleicht viel mehr die Frage stellen sollten, ja, was ist denn bei uns selbst im Bund in der letzten Periode alles schiefgelaufen?

Ich möchte einen Punkt ansprechen und der tut mir heute noch weh, dass es nicht gelungen ist, die Inflation in dieser schwierigen Phase mit richtigen Maßnahmen zu bekämpfen. Andere Länder haben das geschafft. Hier wurden Maßnahmen getroffen, die genau das Gegenteil bewirkt haben, die, aus meiner Sicht, die falschen Maßnahmen waren, die für den Staat und in weiterer Folge für die Länder und in weiterer Folge für die Gemeinden gut gewesen wären.

Österreich hat es geschafft mit dieser Regierung, *(Zwischenruf des Abg. Patrik Fazekas, BA)* die Inflation immer hochzuhalten und damit verbunden *(Abg. Roman Kainrath: Ist ja die Wahrheit.)* auch die hohen Zinsanstiege, mit denen dann nicht nur der Bund, sondern jeder einzelne Bürger und jede Bürgerin und auch wir als Land - und zwar auch als Darlehensgeber von Wohnbauförderungsdarlehen - konfrontiert waren.

Warum erwähne ich das? Weil, wir als Land haben in einer Phase, wo genau das passiert ist, wo ganz viele Mieterinnen und Mieter plötzlich mit exorbitanten Mietanstiegen konfrontiert waren und ich vom Bund keine Unterstützung festgestellt hätte. Wir haben als Land reagiert, haben den sogenannten Wohnkostendeckel eingeführt und haben hier sehr viel Geld im Sinne der Menschen, der Burgenländerinnen und Burgenländer, investiert, damit das Leben für die Burgenländerinnen und Burgenländer leistbar bleibt. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Wir könnten diese Diskussion - und ich komme aber gleich auf einen anderen Punkt - ganz lange weiterführen. Weil in weiterer Folge könnten wir über gemeinnützige Bauvereinigungen sprechen, die wir zwar hier im Boot hatten, aber die keine Cashmittel eingebracht haben, weil es ein sogenanntes Wohngemeinnützigkeitsgesetz nicht erlaubt, sondern hier „nur“ die Darlehen gestreckt haben.

Das wären so spannende Fragen, die wir hier viel intensiver diskutieren sollten, aber es ist ein Detail und das muss man am Ende vielleicht dann auch verstehen und man muss sich auch damit auseinandersetzen.

Der Punkt, der heute schon mehrmals angesprochen wurde und zwar der Verkauf, der vorzeitige Kauf der Wohnbauförderdarlehen. Sie wissen - und das ist oftmals schon gesagt worden und hier bin ich bei dem Wort Vergleich - ich finde es schon legitim, hier zu vergleichen, wie es andere Bundesländer gemacht haben - und zwar immer - und die hohe Anzahl an Bundesländern, nicht immer nur Niederösterreich, von denen man spricht, sondern Oberösterreich, Kärnten, Salzburg, viele Bundesländer haben das gemacht, in regelmäßigen Abständen.

Manche Bundesländer haben das dauerhaft eingerichtet, auch spannend. Und hier würde ich gerne vergleichen, wie haben es die anderen Bundesländer gemacht und wie haben es wir gemacht.

Und Kollege Wiesler, danke, Sie haben die Zahlen genannt, wir haben es in einer ersten Phase nämlich den Burgenländerinnen und Burgenländern angeboten und hiermit ein riesiges Entlastungspaket den BurgenländerInnen somit angeboten. Und es wurde sehr gut angenommen, weit über 50 Prozent haben dieses Angebot angenommen.

Und Kollege Wiesler, nur so nebenbei, ich wollte ja gar nicht näher auf Sie eingehen, aber es ist jetzt passiert, dass Sie da ein paar Wortmeldungen zu dieser Aktion von sich gegeben haben. Sie müssen sich irgendwann entscheiden, was Sie wirklich wollen.

Weil jetzt sich herzustellen und diese Aktion zu kritisieren, sie kritisch zu präsentieren und auf der anderen Seite die letzten Jahre und Jahrzehnte, ich glaube 2015 habe ich einen Artikel gefunden, genau das einzufordern, das geht sich nicht aus. Sie müssen sich überlegen, will ich jetzt so eine Aktion, die ich jahrelang gefordert habe*, (Abg. Markus Wiesler: Die letzten zehn Jahre.)* oder will ich sie nicht. Und da müssen Sie fair bleiben und sagen, genau das, liebe Burgenländische Landesregierung, was wir lange gefordert haben, habt ihr umgesetzt. Und da müssen Sie sich ein bisschen an der Nase nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Die zweite Phase, und die ist für mich wirklich wichtig, wir haben bei der zweiten Phase mit den Gemeinnützigen, den vieren, die im Burgenland aktiv sind, sehr viele Gespräche geführt, sehr viel diskutiert, was die beste Möglichkeit ist, hier ein Angebot zu schaffen und zwar mit folgendem Ziel, auch wieder den Burgenländerinnen und Burgenländern, die in Mietformen wohnen, hier zur Seite zu stehen.

Ich sage Ihnen, Sie kennen das ja, dass zum überwiegenden Teil die Wohnbauförderungen in drei Zeittranchen zurückbezahlt wurde, in der Vergangenheit in Zehn-Jahres-Schritten und die unterschiedlich verzinst waren. Und diese dritte Phase die ist für viele dann sehr, sehr hart zu stemmen, weil der Zinsanstieg ein sehr hoher ist.

Jetzt will ich nicht kritisieren, dass das in der Vergangenheit so gemacht wurde, Sie wissen, dass wir das System umgestellt haben, 30 Jahre fix, 0,9 Prozent, damit es diese Sprünge nicht gibt. Wir haben aber ganz viele Tausende von diesen Darlehensnehmerinnen und Darlehensnehmer über die Gemeinnützigen, die mit dieser Situation konfrontiert sind. Und unser Ziel war es, hier die Mieten zu stabilisieren und im besten Fall runterzubringen.

Das ist wieder neben der Phase eins für die Privaten eine zweite positive Geschichte für die burgenländischen Mieterinnen und Mieter. Und mich stört es ein wenig, wenn Sie das Gesamte, dieses Thema rund um diese vorzeitige Rückzahlung immer nur einseitig betrachten. Sie müssen schon darüber nachdenken, was wir damit auch als Ziel uns vorgenommen haben. Und das Ziel ist, den Burgenländerinnen und Burgenländern zu helfen.

Sie müssen nämlich darüber nachdenken, macht man es nicht, was wäre denn Ihre Alternative? Schauen wir zu, wie die Mieten nach oben schießen? Schauen wir zu, wie keiner die Inflation bekämpft? Ist das Ihr Ansatz von Politik?

Ich frage mich ja grundsätzlich schon sehr lange, wie Sie überhaupt ein Politikverständnis haben, weil nach Ihrer Methode alles forcieren zu lassen. Da gibt es den Adam Smith, die unsichtbare Hand. Lesen Sie einmal nach, ob das die gescheiteste Idee war, von diesem Ökonomen, der gesagt hat, es wird sich schon alles richten.

Ich sage Ihnen, nicht bei den Punkten, die die Daseinsvorsorge betreffen. Nicht bei den Punkten Gesundheit, Pflege, Mobilität und Wohnen. Da sehe ich unseren Auftrag und

genau in diese Themenfelder wird auch investiert mit den Einnahmen dieser Möglichkeit der Darlehensrückzahlung.

Es geht Geld in die Gesundheit, in die Infrastruktur, in die Renaturierung, all das sind wichtige Punkte und die kommen am Ende des Tages den Burgenländerinnen und Burgenländern zu Gute. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Und es sei mir erlaubt, noch einen Abschluss zu finden, weil auch der liebe Landesparteivorsitzende der ÖVP da ist. Ich habe Ihr Sommergespräch verfolgt, Herr Kollege, ich würde Sie bitten, in Zukunft keine Unwahrheiten von sich zu geben und damit der Bevölkerung etwas zu vermitteln, was nicht stimmt.

Sie können sich dort nicht hinsetzen und sagen, wir haben 400 Busse gekauft, wenn wir keine 400 Busse gekauft haben. Entweder lassen Sie sich einmal beraten, wie das wirklich vonstattengeht oder Sie sagen gar nichts dazu, weil Sie sich nicht auskennen. Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN – Zwischenruf des Abg. Markus Ulram)*

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Klubomann Roland Fürst. Bitte Herr Klubobmann.

13:38:20

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir, dass ich zu Beginn zwei persönliche Anmerkungen mache.

Heute ist ein besonderer Tag. Lieber Herr Landeshauptmann, lieber Hans-Peter, wir freuen uns riesig, dass Du wieder, nach einer sicher schwierigen Zeit für Dich, nach fünf Monaten, wieder da bist. Das ist heute ein über den politischen Moment hinausgehender Tag, weil Du ja auch Vorbild für viele Menschen bist und wahrscheinlich kommt jeder einmal in die Lage, ein Problem zu haben, ein schwieriges Problem.

Du bist ein großes Vorbild, Respekt, dass Du das so gut gemeistert hast. Danke, dass Du wieder da bist. Alles Gute und auf eine weitere gute Zusammenarbeit. *(Allgemeiner Beifall)*

Zweiter. Ist sicher nicht entgangen, dass heute jemand Wichtiger fehlt. Es sind viele Wichtige da, unser Klubvorsitzender Robert Hergovich feiert just heute seinen 50. Geburtstag, das ist aber nicht der Grund warum er nicht da ist - weil da hätte er mit mir ein Problem bekommen - sondern er liegt wirklich seit einigen Wochen krankheitsbedingt leider im Bett.

Also lieber Robert, ich weiß nicht, ob ich in eine Kamera schauen kann, von uns allen hier, dass darf ich vielleicht sagen, alles Gute zum heutigen Geburtstag. Wir werden an anderer Stelle das gebührend mit allen auch nachfeiern. *(Allgemeiner Beifall)*

Jetzt kommen wir zu den Themen, dass wir ja jetzt wirklich sehr oft - der Herr Landeshauptmann hat es auch schon gesagt - ich bin jetzt das siebente Jahr hier im Landtag und das ist irgendwie wiederkehrend, same procedure as every year. Jedes Jahr kommen Sonderlandtage, kommen Misstrauensanträge, immer dasselbe Thema. Es werden Horrormärchen erzählt, Schauermärchen, also dass das Burgenland vor dem Abgrund steht, dass hier der Finanzkollaps passiert.

Das ist alles nicht eingetreten bis jetzt und Sie wissen, was passiert mit jemanden, der immer Märchen erzählt die nicht eintreten? Man glaubt ihm nicht, irgendwann einmal nicht mehr. Und das hat sich ja bei den letzten Wahlen gezeigt, dass die ÖVP mit diesem

Spin keinen Erfolg hat, weil sie ja die Glaubwürdigkeit, was das betrifft, bei der burgenländischen Bevölkerung verloren hat.

Also vielleicht solltet Ihr Euch einmal überlegen, in Zukunft eine andere Platte aufzulegen, ein anderes Märchen zu erzählen, denn mit diesem Märchen seid Ihr gescheitert, grandios, das zeigt sich auch heute wieder. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Es ist nämlich kein Kollaps gekommen, kein Abgrund ist gekommen, es ist die Klinik Oberwart gekommen, der Wohnpreisdeckel, der Mietpreisdeckel, der Wärmepreisdeckel ist gekommen, Verkehrsbetriebe Burgenland Ausbau, der BAST ist gekommen, dann ist das Anstellungsmodell gekommen.

Es kommen die 71 Pflegestützpunkte, es wird massiv in erneuerbare Energie investiert. Es wird investiert in sehr schwierigen Zeiten und das ist genau, sozusagen, auch der Unterschied, dass es hier Fakten gibt, die hier geschaffen werden, insofern fällt ja Eure Politik ja nicht auf fruchtbaren Boden. Was ja gut ist, weil die Menschen im Burgenland ja klug genug sind, auch zu verfolgen, wem sie hier auch vertrauen können.

Und da genießt halt unsere Landesregierung, die sehr gut arbeitet, das haben Sie heute wieder gemerkt, das werden Sie auch noch merken. Da genießt unsere Landesregierung, an der Spitze mit Herrn Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, das vollste Vertrauen der Bevölkerung und das wird auch in Zukunft so bleiben. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Ja, es ist richtig, das Burgenland investiert massiv, das Burgenland gibt wirklich viel Geld aus, das ist richtig, das haben Sie auch miterlebt, das ist auch gut so.

Und heute ist etwas passiert, der Kollege Strobl hat das ja auch, diesem Ökonomen vom WIFO, wir haben das jetzt ein bisschen gegoogelt, der just heute in der Früh über die APA plötzlich eine Aussendung, zufälligerweise, wo er die burgenländische Situation als dramatisch einsetzt, hat er etwas gemacht, das habt Ihr, glaube ich, nicht mitbekommen. Ich habe es schon gelesen.

Nämlich, er hat das erste Mal eine offizielle Zahl genannt, wo die Schuldenstände von Gemeinde, Holding und dem Land zusammengezählt werden. Wir kennen das jetzt die letzten Jahre, Ihr habt auch immer gesagt, wir geben so viel Geld aus, das Land ist so verschuldet. Jetzt gibt es da Statistiken, wo das Land hier im Mittelfeld ist.

Dann sagt man, ja, die Gemeinden. Ja okay, da sind wir auch noch immer im oberen Mittelfeld. Dann haben Sie gesagt, wir verstecken. Verstecken, was ja gar nicht möglich ist, die Schulden in der Landesholding. Und heute ist auch dieses Märchen, dieses Schauermärchen geplatzt. Weil der Ökonom ausweist, dass wir mit diesen drei Schuldenständen pro Kopf, weil sonst macht das ja keinen Sinn, das so auszuweisen, auf Platz drei sind. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, aber im negativen Sinn.)* Auf Platz drei.

Ja, aber weißt Du, wer vor uns ist, und da gibt es eine Konstante, es ist immer die ÖVP in der Regierung, nämlich in Kärnten und in der Steiermark. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Die sind vor uns, nämlich weit vor uns. Und es sind ein zweihundert Euro Unterschied pro Kopf und das wird sich wahrscheinlich in einem Jahr, mit unserem Haushaltsstabilitätsgesetz auch ändern, dann werden wir auf vier oder fünf sein.

Und wir werden das Burgenland sein, das in der Krise am meisten für die Menschen im Burgenland investiert haben. Und Ihr werdet Euch wahrscheinlich genieren

über diese Show, die Ihr hier in letzten Jahren auch abgezogen habt. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Aber wir haben uns total gefreut, dass wir den Sonderlandtag, ich habe mich wirklich gefreut, also dass Ihr uns eine wunderbare Gelegenheit gebt, sozusagen, über das Thema zu reden. Es ist ja nicht so, dass uns das unangenehm ist, und das habt Ihr ja gehört. Und es wird ja noch viel besser und das ist auch schön.

Ich will mich jetzt gar nicht auf die Ausführungen des Kollegen Strobl beziehen, deswegen weil ÖVP und Finanzen, wie Ihr auf die 3,3 Milliarden kommt, das ist wirklich unfassbar. Ihr nehmt die Haftung der Holding, die Schulden der Holding, also Ihr nehmt das doppelt, dass Ihr halt auf irgendeine Zahl kommt, das ist Voodoo.

Aber wie gesagt, Finanzen, Finanzverantwortung und ÖVP, Kollege Rutter, das ist ein Oxymoron, wie wir wissen. Das sind zwei Begriffe, die komplett widerstrebend sind und die passen in einem Kontext überhaupt nicht zusammen. Und wahrscheinlich ist der Ökonom vom WIFO der, der Euch geholfen hat, die Republik an die Wand zu fahren.

Also auf das baue ich gar nicht auf, auf das reflektiere ich gar nicht. Das Einzige, was mir gefallen hat, ist das, das Storytelling vom Kollegen Strobl. Vielleicht sollte man sich überlegen, welche Stories man hier erzählt, nämlich ich möchte das noch einmal plakatieren.

Du hast gesagt, wenn Du zum Arzt gehst, zum Internisten, nehme ich an und der Dir schlechte Blutbefunde gibt, oder Befunde gibt, dass Du nicht den Arzt attackierst. Das ist richtig, das würde kein vernünftiger, attackieren ist vielleicht, oder zumindest kritisierst.

Aber stell Dir jetzt vor, Lieber, du verzichtest jetzt auf Deine Videos „Mahlzeit, Bernd!“ und nimmst wirklich ab und machst Sport, nimmst zwanzig Kilo ab, senkst Du Deine Werte in verschiedensten Bereichen und dieser Arzt setzt sich *(Zwischenruf des Abg. Bernd Strobl)* dann - hör zu - dieser Arzt setzt sich dann ins Fernsehen und sagt, na, der Strobl ist ein Wahnsinnn dem seine Werte und zählt nur die negativen Werte auf, zählt nicht dazu, Du hast zwanzig Kilo abgenommen, ich möchte wissen, wie Du reagierst, lieber Bernd, ob Du noch immer so entspannt bist gegenüber dem Internisten oder ob Du vielleicht den Internisten wechselst. *(Abg. Bernd Strobl: Ich bin absolut bei Dir. Aber Du kannst sie Dir morgen anschauen. Sie sind in Ordnung. Es gibt absolut keinen Handlungsbedarf. Im Gegensatz zum Bericht des Rechnungshofes. - Abg. Doris Prohaska: Das glaube ich. - Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)*

So weit sind wir ja noch nicht, dass wir uns hier gegenseitig die Werte vorlegen. Gott sei Dank. Bevor ich zum Bericht komme, zwei Vorbemerkungen jetzt.

Das Erste ist und das ist eine ganz klare, und wenn Sie den Ausführungen, wir haben keinen einzigen Punkt und den Landes-Rechnungshof, dem burgenländischen, den wir auch selber installiert haben, das wissen Sie, kritisiert, das kommt heute erst in vollem Umfang.

Wir haben hier den Landes-Rechnungshof nicht, weil wir zu 100 Prozent hinter dem Landes-Rechnungshof stehen, und man kann ja sagen, das ist der teuerste Landes-Rechnungshof, ja, aber das zeigt ja, wie sehr wir wollen, dass wir auch gut kontrolliert werden und wie sehr wir wollen, dass wir vom Landes-Rechnungshof entsprechende Hinweise bekommen, damit wir unsere Politik verbessern.

91 Prozent der Empfehlungen des Landes-Rechnungshofs setzen wir um. Das ist sozusagen ganz klar und wenn - das ziehe ich ein bisschen vor - der Herr Landesrechnungshofdirektor sagt, er ist eine „Persona non grata“, dann stimmt das nicht,

weil was ist das, eine unerwünschte Person, und falls Sie sich nicht mehr erinnern können oder falls wir uns nicht mehr erinnern können, der Herr Landesrechnungshofdirektor ist mit der SPÖ-Mehrheit gewählt worden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Einstimmig!)*

Ja genau, einstimmig, ja, aber auch die SPÖ, also insofern ist es ganz wichtig, zu betonen, die machen eine hervorragende Arbeit und arbeiten da fleißig und viele, viele Berichte sind auch sehr sinnvoll und mit dem können wir auch gut was anfangen.

Die zweite Bemerkung, ja, das ist jetzt dem Rechnungshofdirektor betreffend. Er hat sich, glaube ich, selber keinen guten Dienst erwiesen, dass er plötzlich die Rolle verlassen hat und ins politische Spielfeld gelaufen ist und hier politisch agiert, politisches Wording betreibt. Und wer in das politische Spielfeld im Burgenland einsteigt, braucht dann nicht wehleidig sein, wenn er politisch behandelt wird. Das ist einmal das Erste.

Weil was hat der Herr Landesrechnungshofdirektor gemacht? Der hat, und das ist beispiellos, der Herr Landeshauptmann hat es anskizziert. Wir haben uns das über den Sommer ganz genau angeschaut. Es findet sich kein einziger Landesrechnungshofdirektor, der entsprechendes Wording verwendet. Keine einzige Landesrechnungshofdirektorin, die sich ins Fernsehen setzt oder dann auch „Kronen Zeitung“-Interviews gibt, der uns dann Tipps gibt, wie wir die Politik zu machen haben. Das werden Sie nicht finden, weil es das nicht gibt. Insofern kann man das schon kritisieren.

Ich möchte jetzt ein paar Zitate vorlesen. Haben wir uns die Mühe gemacht, das herauszusuchen, wo jetzt gar nicht klar ist, es gibt ja drei Absender, ÖVP- und FPÖ-Politiker und den Herrn Direktor Wenk und eine Botschaft.

Der Herr Dr. Wenk sagt zur APA am 08.07.2026: Man kann sagen, das letzte Tafelsilber wurde dann verwendet.

Was sagt der Kollege Petschnig am 17.12.2025? Dass das Familiensilber völlig vernichtet wird.

Was sagt der Kollege Strobl, habe ich leider kein Datum, ist aber auf der Homepage der ÖVP Burgenland: Wer das Familiensilber verkauft, um laufende Rechnungen zu bezahlen, saniert keinen Haushalt, sondern verschiebt die Rechnung und so weiter und so fort. Skurrilerweise dasselbe Wording.

Jetzt habe ich noch ein Beispiel. Da der Herr Dr. Wenk mehrfach sagt, Zahlen lügen nicht, und das sagt er in einem Kontext, was ich problematisch finde. Unabhängig habe ich gelernt, auch im wirtschaftlichen Bereich, hüte dich vor Menschen und von Institutionen, die ständig glauben, sie sind die Einzigen, die die Wahrheit verbreiten. Muss man immer vorsichtig sein. *(Heiterkeit und Beifall in den Reihen der ÖVP)*

Kollege Ulram, wir können das ja auch diskutieren da heute, nur das betrifft den Rechnungshof ja genauso und da hat der Herr Dr. Wenk auch in der „Kronen Zeitung“ oder auf „LinkedIn“ dann gesagt, Zahlen lügen nicht.

Dasselbe hat der Kollege Petschnig im Juni gesagt erst, die nackten Zahlen lügen nicht *(Abg. Michelle Whitfield: Außer die SPÖ-Excel-Tabelle.)* und Ihr habt das sogar unter einem Motto gestellt bei einer Klubtagung oder Klausur: Zahlen lügen nicht.

Und dann das Dritte, und dann höre ich schon auf, weil ich will Sie nicht weiter quälen oder Folgendes und da hat es mir schon die Hutschnur hochgehaut. Sagt er in der „Kronen Zeitung“, doppelseitiges Interview, Folgendes: Bisher hat Doskozil kein einziges sachliches Argument eingebracht - 9.8. ist das -, in welchem wir falsch liegen. Das ist für mich ein Beweis, dass es keinen Punkt gibt, an dem man Kritik ansetzen kann.

Wenn die SPÖ deshalb nun die Kommunikation auf eine gegen mich gerichteten Ebene führt und mich als Persona non grata betrachtet, dann dürfte der Partei wirklich jegliche sachliche Munition ausgehen. „Sachliche Munition“ - ich weiß nicht, na sei es drum.

Und da hat er die Unwahrheit gesagt, der Herr Rechnungshofdirektor. Das muss man an dieser Stelle ganz klar sagen, weil es zwei Monate vorher - wie Sie wissen -, und das ist auch einsehbar gewesen, eine Stellungnahme des Landes gegeben hat, wo es detailliert, die Margit hat da schon vorgegriffen, auf 30 Seiten, auf diesen Rechnungshofbericht eingegangen wurde, sachlicher geht es gar nicht mehr. Es war so sachlich, dass ich es mir zweimal durchlesen habe müssen, weil es so sachlich war und wenig dramaturgisch spannend aufgebaut war.

Und wissen Sie, wer diesen Bericht gezeichnet hat? Der Landeshauptmann. Hans Peter Doskozil.

Und der Rechnungshof setzt sich jetzt ins Fernsehen und in die „Kronen Zeitung“ und sagt eigentlich hier und zeichnet ein Bild, das schlichtweg nicht richtig ist. Das ist nicht korrekt, das haben wir auch ausgerechnet, das werde ich ihm bei Gelegenheit auch noch einmal selber sagen und ersuche auch den Herrn Landesrechnungshofdirektor, wieder zurückzukommen zur Sachebene, und dann wird das alles sicher auch in Zukunft alles kein Problem sein.

Jetzt kommen wir zum Bericht. Es wurden schon viele Zahlen genannt, das habe ich mir gedacht. Also insofern lasse ich jetzt einmal einige Zahlen weg, weil ich da weder Sie noch jemand anderen auch entsprechend verwirren will. Ich habe mir das aus einer anderen Perspektive angeschaut. Ich tu da rekurrieren ein bisschen, was der Kollege Wiesler und andere gesagt haben.

Da gibt es ja den Paul Watzlawick, ein großer Österreicher, der sich treffend darüber unterhalten hat und Philosophien entwickelt hat, dass man sagt, sie sehen da mein Glas stehen, das ist halb leer. Das kann man jetzt als halb leer sehen oder als halb voll.

Also insofern ist es immer der Philosophie, es gibt kein Richtig und kein Falsch, wenn man Konstruktivist ist, sondern man versucht, über Kommunikation zu einem Konsens zu kommen, also zu irgendeiner Form, wenn man so will, wo sich alle einigen können.

Das ist etwas, wo ich mir jetzt das nicht aus finanztechnischer Sicht angeschaut habe, sondern wie ist dieser Bericht aufgebaut. Und da kenne ich mich wirklich gut aus. Das habe ich jetzt 15 Jahre, 16 Jahre damit verbracht, habe ich Vorlesungen gemacht und auch viel geforscht und ich habe mir das als methodologischer Sicht angeschaut.

Wie kommt man, welche Methoden wendet man an, welche Zahlen verwendet man, dass man zu einem Erkenntnisgewinn kommt? Wie funktioniert hier das systematische Vorgehen?

Und jetzt, ganz offen, wenn man diesen Bericht und das ist ja nichts anderes wie eine wissenschaftliche Arbeit, weil das soll eine Aussagekraft haben, die reliabel, verlässlich und valide, gültig ist.

Wenn man die Kriterien einer wissenschaftlichen und eines Berichtes anwendet, dann muss ich sagen, der enthält große Schwächen. Also ich hätte diesen Bericht nicht approbiert, also nicht abgenommen, sondern hätte ihn noch einmal zurückgeschmissen und hätte gesagt, schaut euch nochmal die Methoden an, weil das werde ich gleich

nochmal erklären, weil das für uns jetzt, ein Hilfsorgan - der Landes-Rechnungshof - des Landtages und von einem Hilfsorgan erwarte ich mir, dass er uns aussagekräftige Empfehlungen gibt und keine Schlagzeilen produziert.

Das ist mein Anspruch. Ich weiß nicht, was Ihrer ist, das ist aber mein Anspruch und da ist sehr wenig davon, weil, bei den Stellungnahmen werden ein paar Dinge umgesetzt, die meisten werden zur Kenntnis genommen, weil hier wenig Brauchbares ist, und ich möchte auch erklären, warum das so ist.

Der Eingangsfehler, was passiert ist, jeder, der das gemacht hat, weiß, dass „wurscht“ welche Arbeit - Bachelor, Master, et cetera - eine Arbeit steht und fällt, indem man den Fokus des Forschungsgegenstandes eingrenzt, möglichst eng, wenn man weiß, wenn man den erweitert ständig, dann wird meistens diese Aussagekraft weniger und die Stringenz fehlt, der rote Faden geht verloren, sagen wir mal. Und da ist nun mal der Anfangsfehler.

Was hat nämlich der Rechnungshof gemacht? Er ist nämlich mit der Prüfungsabsicht hineingegangen, den Rechnungshofabschluss 2023 zu machen. Okay. Was hat er dann gemacht? Dann hat er 2020, 21, 23 genommen, 24 und hat dann noch in die Glaskugel geblickt und hat dann 25, 26, wo es ja noch keine Ist-Zahlen gibt, auch hergenommen.

Also das ist mehr wie eine 100-prozentige Erweiterung des Forschungsgegenstandes, und ich sage ganz offen, das ist auch relativ schwer, auch mit viel Personal, in irgendeiner Form sinnvoll zu administrieren. Da ist meines Erachtens, Kritik von meiner Seite, einmal ein Eingangsfehler passiert, der nicht passieren hätte sollen. Die Erweiterung ist ja kein Problem, aber dann hätten wir halt wahrscheinlich auch das Forschungs- oder das Prüfdesign ein Stück weit anpassen müssen.

Und da ist jetzt der zweite Punkt, wo uns externe Experten, wir haben das auch diskutiert, diesen Bericht, gesagt haben, das ist für sie die größte Inkriminierung und die größte Schwachstelle des gesamten Berichtes, ich sehe da eine andere größere Schwachstelle, aber ich bin jetzt auch kein Finanzexperte, sondern eher ein Experte, wie man Zahlen aufbereitet.

Die sagen uns, dass es eigentlich komplett unprofessionell ist, Ist-Werte, also das, was man weiß, was haben die Rechnungsabschlüsse dann ergeben, also das ist faktisch, wenn man so will, das geht bis 2024, mixt mit Planwerten, also die voraussichtlich sein werden. Weil wir haben ja noch keine Rechnungsabschlüsse von 2025. 2026 schon gar nicht. Dass man das mixt, das hat man auch absichtlich offensichtlich gemixt, um eben auf diese knappe Milliarde dann zu kommen, das erkläre ich dann in einem zweiten Gang.

Punkt drei, und jetzt wäre es toll, wenn die Kollegen, vor allem der Kollege Wiesler und andere, die gesagt haben, Zahlen lügen nicht, Zahlen haben wir nicht bestritten, aber die Frage ist, wenn ich Zahlen verwende oder andere Zahlen nicht, dann verlieren die Zahlen an Aussagekraft - nämlich ganz dramatisch.

Der größte Fehler meines Erachtens, was der Rechnungshof gemacht hat, ist, er hat eine Längsschnittstudie gemacht. Was bedeutet das? Er hat sich zu fast 100 Prozent, 99 je nach Rechnungsart, nur die Finanzentwicklung des Burgenlands angeschaut. Von 2019 bis 25. *(Abg. Michelle Whitfield: Landes-Rechnungshof.)*

Was habe ich gesagt? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Passt eh.)* Entschuldigung, ich verrede mich ab und zu. Dann bin ich immer dankbar auf vernünftige Hinweise. *(Abg. Michelle Whitfield: Was soll er sonst machen?)* Na, dann hör vielleicht zu, dann werde ich es erklären, gerne erklären. So.

Eine Längsschnittstudie und da sind alle Experten - alle - bei so einer komplexen Geschichten wie Finanzen, noch dazu bei einem System wie bei einem Bundesland herzugehen und keine Bezüge herzustellen, erstens einmal, auf die schwierige globale Finanzsituation, die sich dramatisch niederschlägt auf die nationale und natürlich auf alle anderen Gebietskörperschaften, das ist einmal Kunst, hier keinen Bezug herzustellen.

Und das Zweite für mich viel Schlimmere ist, es wird kein Bezug nahezu, kein Bezug zu den anderen acht vergleichbaren Systemen, nämlich die anderen Bundesländer, hergestellt.

Jetzt frage ich mich, ist das bewusst passiert oder ist das unbewusst passiert? Ich kann da nicht etwas sozusagen nur dem Burgenland - ohne das in einem Kontext, in einen Querschnitt zu setzen. Das macht relativ wenig Sinn. Es ist keine Aussagekraft. Das muss ja jedem in irgendeiner Form verständlich, auch nachvollziehbar sein.

Sie haben schon gemacht, wir haben gesagt, zwischen einem und 1,5 Prozent sind andere Bundesländer als Bezugsgröße hergenommen. Wisst Ihr wo? Dort, wo sie keinen Sinn macht oder dort, wo das Burgenland schlecht aussteigt und meines Erachtens irrelevant ist, nämlich, dass das Burgenland - jetzt, wissen wir es dank dem Rechnungshof - das Burgenland die letzten sind, die einen Rechnungshofabschluss beschlossen haben. Da haben wir die anderen Bundesländer genommen.

Aber nicht dort, wo man dann große Schlagzeilen mit dieser einen Milliarde produziert hat und wir haben, und das ist, glaube ich, will ich auch nicht näher darauf eingehen, ist es ja auch so gewesen, dass wir nicht der Meinung sind, dass der Ergebnishaushalt, jener Haushalt ist, den man unbedingt hernehmen muss, um hier eine adäquate, valide Vergleichbarkeit zu machen, weil hier eben die Ressourcen abgebildet werden.

Es haben sich, glaube ich, die Community seit 2015 - wie die Reform war - darauf geeinigt, eher den Finanzierungshaushalt herzunehmen, weil die Darstellbarkeit der Geldflüsse besser auch abzulesen ist. Vielleicht auch aufgrund einer besseren Vergleichbarkeit herzustellen, et cetera.

Da hätten wir vieles machen können, weil, der Finanzierungshaushalt schaut ja ungleich besser aus und mit einer halben Milliarde oder 500 Millionen kommt man dann nicht so vielleicht in die Schlagzeilen, also man hat offensichtlich diese Milliarde auch gewollt.

Wir sind aber jetzt hergegangen und haben die Arbeit des Rechnungshofs gemacht, die letzten Wochen, und haben eigentlich diesen Ergebnishaushalt, den man nicht nehmen sollte, nur diesen, vielleicht hätte man den Vermögenshaushalt dazu nehmen können, hergenommen und haben uns die anderen Bundesländer angeschaut.

Also die Ist-Werte bis 2024 und dann die spekulative 25 und 26. Und da schaut es wieder ganz anders aus, weil da liegen wir, wenn man das hernimmt, pro Kopf an vierter Stelle. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich glaube nur den Statistiken, die ich selber gefälscht habe. - Abg. Doris Prohaska: Wie der Schelm denkt, so ist er.)*

Die Unterstellung ist eine Frechheit. Kollege Steiner, man merkt, dass Du nie eine wissenschaftliche Ausbildung genossen hast - offensichtlich. Ich habe halt mein Jus-Studium nicht, aber wenigstens ein abgeschlossenes Studium, ist schon okay. Aber diese Aussage ist eine Frechheit. Das kannst nachprüfen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, genau.)*

Wir liegen genau, wenn wir diesen Ergebnishaushalt hernehmen, auf Platz vier. Das hätte der Rechnungshof durchaus machen könne, dann wäre er aber nicht durchgekommen. Weil, ich sage Ihnen die anderen Horrorzahlen. Wien, da ist die Pro-Kopf in absoluten Zahlen, Wien fast zwölf Milliarden Schulden. Niederösterreich, ÖVP-FPÖ-Regierung, 6,3 Milliarden Schulden. Steiermark 3,3 Milliarden Schulden. Tirol mit 2,5 Milliarden.

Das habe ich von keinem anderen Rechnungshofdirektor in keinem anderen Bundesland gehört, der mit diesen Horrorzahlen in den Medien gegangen ist. Damit wird hoffentlich verdeutlicht, liebe Kollegen und Kolleginnen, dass hier viele andere gute Zahlen, die das Burgenland auch finanztechnisch hat, eben nicht verwendet worden sind. Auch diese Zahlen lügen nicht.

Es liegen - diese Zahl, ist nachprüfbar, abrufbar - dass das Burgenland seit 2019 den geringsten Schuldenzuwachs aller Bundesländer hat. Und jetzt sage ich aber nicht, das ist die alleinige Statistik, sondern das muss man sich wahrscheinlich auch genau anschauen, von welchem Niveau der Zuwachs war.

Da gibt es Bundesländer, die haben 115 Prozent Zuwachs, ich habe mir jetzt angeschaut die Bundesquote, Bund, die Schulden haben sich um 53 Prozent, der Schuldenzuwachs, vornehmlich unter ÖVP-Kanzler und ÖVP-Finanzminister zugewachsen. Und wir haben lediglich einen Zuwachs von zehn Prozent.

Das wären alles Zahlen gewesen, die sind auch offengelegt worden, die hat der Rechnungshof, aus welchen Gründen auch immer, leider nicht verwendet, weil, hier hätte es dann nämlich ein ausgewogeneres Bild dargestellt.

Dass wir, was die Verschuldung betrifft, im oberen Drittel sind, keine Frage, das könnte man auch besser machen, das haben wir auch jetzt eingeleitet mit Haushaltsstabilitätsgesetz, mit vielen anderen Maßnahmen, wir haben den Sachaufwand gedeckelt, seit 2022 haben wir hier über 100 Millionen eingespart, das soll bis 2028 200 Millionen Euro Einsparung bringen.

Das heißt, wir haben ja, da ist übrigens auch nichts zu lesen im Landes-Rechnungshof. Das haben wir im Prinzip alles gemacht.

Insofern sind wir hier komplett entspannt. Wir haben hier solide Finanzen, einen klaren Budgetpfad, es ist die Lage nicht dramatisch, dafür garantiert hier vor allem Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, der aber in allen Bereichen bei der Bevölkerung eine sehr hohe Vertrauensquote auch genießt.

Aus gutem Grund, weil, er beweist mit seinem Team, mit uns, dass wir seit mittlerweile vielen, vielen Jahren, seit 2017, aber die Sozialdemokratie kein Zufall ist, dass diese seit 62 Jahren auch die Landesräte stellt, auch die Landesregierung stellt, die Regierung stellt, weil die Bevölkerung uns hier vertraut.

Es ist alles gut, wenn wir hier diskutieren. Es ist wichtig, der Opposition hier kritische Entwicklungen zu benennen, aber das muss ich auch in einer Form machen, damit wir auch für das Burgenland etwas erreichen. So, wie Ihr das macht, dass Ihr Märchen erzählt, die dann eines nach dem anderen platzen, weil sie nicht stimmen und unwahr sind, funktioniert das nicht.

Wir schaffen Fakten anhand von dem, was die Bevölkerung braucht. Wir geben das Geld dort aus, wo die Menschen etwas davon haben. An denen können sich die Menschen orientieren. Über Fakten schafft man auch Vertrauen und dies ist letztens die Währung, bei der wir uns bei jeder Wahl gerne stellen.

Wir haben in über einem Jahr die Möglichkeit, bei Kommunalwahlen, wieder dieses Vertrauen, wie alle anderen Parteien, auch einzufordern und vielleicht auch zu bekommen.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass die burgenländische Bevölkerung hier ein gutes Gespür hat und auch klug genug ist, zu wissen, was ein Horrormärchen ist, was irgendwelche Abseits- und Ablenkungsmanöver sind und was eine ehrliche Politik ist, zu der man steht.

Wenn man sagt, man gibt viel Geld für die Menschen aus, man nimmt hier ein Ranking im oberen Bereich ein, ja, andere Bundesländer stehen schlechter da, machen das nicht, sparen Spitäler ein und kürzen in Sozial- und Pflegeleistungen.

Das tun wir nicht. Für das steht diese Regierung nicht zur Verfügung. Das garantieren wir den Burgenländerinnen und Burgenländern. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

14:03:22

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich auf meine Vorredner kurz eingehen, wollte ich ursprünglich nicht, aber ist, glaube ich, sehr angebracht, Kollege Fürst.

Ich meine, dass wir dem Rechnungshof und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechnungshofes, die kompetent sind, die hervorragend arbeiten, mehr glauben als einer selbstgebastelten Schautafel von Ihnen, das werden Sie uns hoffentlich nicht übelnehmen.

Und wenn Sie über die wissenschaftlichen Qualitäten oder Ihre wissenschaftlichen Qualitäten reden und sagen, *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Darüber können wir gerne reden.)* na ja, einer, der Rechtswissenschaften studiert hat, ist quasi sozusagen oder *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Ihr habt es nicht im Studium; das ist ganz einfach.)* spielt nicht mit bei diesen Dingen.

Ich glaube, Sie haben Politikwissenschaften oder irgend so etwas studiert, da sitzen ja einige Juristen auch herinnen, können wir gerne den Vergleich antreten, was die Qualität der Studien betrifft. *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Ja, können wir.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der zweite Punkt ist, Kollege Landesrat Dorner, der sich zu Wort gemeldet und begonnen hat mit der Aussage, es sei skurril, dass sich die ÖVP mit den Finanzen beschäftigt. Also, lieber Herr Landesrat, diese Aussage ist äußerst skurril von Dir oder von Ihnen in dem Fall, weil, sich zu beschweren, dass in der Corona-Zeit, in der Energiekrise, sehr viele budgetäre Maßnahmen auf Bundesebene getroffen worden sind, da kann man im Nachhinein sagen, ist gut oder schlecht.

Aber, ich habe noch gut im Ohr, Eure Rufe nach noch mehr, nach noch mehr Förderungen, nach noch mehr Unterstützungen, gerade aus der SPÖ ist das gekommen. Und wenn Ihr da, wenn Ihr das damals schon gewusst hättet, dass das alles nicht funktioniert und dass das ein Wahnsinn ist, dann frage ich mich, warum dann die Betriebe des Landes Burgenland gerne diese Corona-Hilfen entgegengenommen haben.

Alleine die Kulturbetriebe 800.000 Euro, einfach mit einem Augenzwinkern genommen und dann kritisieren, das ist skurril und das ist nicht glaubwürdig und nicht in Ordnung. *(Zwischenruf von Landesrat Mag. Heinrich Dorner - Beifall bei der ÖVP)*

Der Herr Landeshauptmann, der jetzt schon den Sitzungssaal verlassen hat, auch da möchte ich das eine oder andere Wort sagen. Ich war jetzt von seiner Rede, wie soll ich sagen, insofern überrascht, als sie doch über weite Strecken sachlich war, allerdings hat er die Kritik an den Landesrechnungshofdirektor wiederholt.

Auch der Kollege Fürst hat das wieder getan und er hat gemeint und auch Du, Herr Klubobmann, hast das gesagt, das sei einzigartig, dass ein Rechnungshofdirektor überspitzt formuliert, dass ein Rechnungshofdirektor die Dinge auf den Punkt bringt, dass er auch kritisiert.

Und es gäbe das in ganz Österreich nicht, und kein Rechnungshofdirektor dieser Welt würde das tun. Also eine einfache Google-Suche würde Euch eines Besseren belehren. *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Zeig es mir! Leg es vor!)*

Das ist Gang und Gäbe. Es ist Gang und Gäbe, dass Rechnungshofdirektoren Kritik an Regierungen üben, ich habe gegoogelt und habe auf Anhieb einen Artikel gefunden von der Direktorin Kraker, also Direktorin des Rechnungshofes, des Österreichischen Rechnungshofes.

Ich möchte das vielleicht auch kurz zitieren, die Überschrift ist, und das Interessante bei diesem Fall ist, sie kritisiert da die Bundesregierung nicht aufgrund einer Prüfung, sondern aufgrund des Regierungsprogrammes, das kommt da noch dazu.

Also wenn das bei uns der Fall wäre, na dann möchte ich erst sehen, was die SPÖ im Burgenland machen würde, und sie sagt hier: In der Rechtsbereinigung vermisst sie ebenso Entscheidungen wie bei der Mindestsicherung, bei der Sozialversicherungsreform werde nur Türschildpolitik betrieben und gemacht und im schwarz-blauen Programm - es war nämlich damals die ÖVP-FPÖ-Regierung - fehle über weite Strecken die Finanzierung.

Na, wenn das nicht eine Kritik ist, *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Da wird sie recht gehabt haben. - Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP und SPÖ)* die zumindest ebenbürtig mit der sachlichen Kritik des Landesrechnungshofdirektors, dann weiß ich ehrlich gesagt auch nicht mehr, also selektive Wahrnehmung gut und schön, aber schaut Euch einfach an, wie Rechnungshofdirektoren manchmal auch öffentlich *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Das ist das Einzige, was Du gefunden hast?)* sich äußern, um natürlich die Dinge auf den Punkt zu bringen und natürlich auch die Öffentlichkeit entsprechend wachzurütteln. *(Beifall bei der ÖVP)*

Übrigens, witzig habe ich gefunden, Kollege Fürst, Deine akribische Aufzählung, wer das Wort Familiensilber oder Tafelsilber verwendet hätte, auch hier reicht ein kurzes Googeln, in dem Fall der damalige SPÖ-Landesparteichef in Salzburg, der gemeint hat, nachdem nämlich die ÖVP-Regierung die *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Das ist ein Politiker, oder?)* Wohnbauförderung verkauft hat: Verscherbeln von Familiensilber ist nicht der richtige Weg, das Wohnbauförderungsgeld soll für die Familien verwendet werden.

Also, auch das ist nichts Ungewöhnliches, *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Das habe ich eh nicht gesagt; das ist ein Politiker.)* das ist eine Wortwahl, die hat es wahrscheinlich schon hunderttausendmal in Österreich gegeben, in jedem Gemeinderat, wenn irgendetwas verkauft wird, in jedem Landtag und auch im Nationalrat.

Also insofern, ein bisschen weniger Wehleidigkeit und ein bisschen mehr Hinwenden zur Sachlichkeit wäre angebracht. *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Alles Politiker! - Beifall bei der ÖVP)*

Die heutige Sitzung des Burgenländischen Landtages, finde ich, ist eine wichtige Sitzung, eine Sondersitzung des Landestages, in der ein Bericht diskutiert wird, der auch besonders ist. Das ist unbestritten, denn er hat sehr klar und deutlich aufgezeigt, dass es in einigen Bereichen der burgenländischen Landesfinanzen Handlungsbedarf gibt.

Ich möchte schon sagen, dass die Rechnungshöfe, ganz besonders auch der Burgenländischen Landes-Rechnungshof, objektiv agiert, umfassend und mit höchster Qualität prüft.

Ich möchte auch von dieser Stelle aus sagen, dass ich alle Verantwortungsträger in den Rechnungshöfen ermuntern möchte, dass sie sich auch durch Kritik, die von politischen Parteien oder Politikern kommen, nicht einschüchtern lassen, sondern dass sie ihre Arbeit weitertun und dass sie das machen, wofür es sie gibt, nämlich Politik und Verwaltung zu kontrollieren und auch Wege aufzuzeigen, wie man die Dinge da und dort besser machen kann.

Ein Rechnungshof ist keine Polizei, ein Rechnungshof ist keine Staatsanwaltschaft, ein Rechnungshof ist kein Gericht, aber ein Rechnungshof ist eine wichtige demokratische Institution, ein Organ der Gesetzgebung in dem Fall sogar, das unverzichtbar geworden ist.

Ich meine, wenn wir unsere Möglichkeiten als Abgeordnete zur Kontrolle der Regierung anschauen, muss man sagen, ist der Rechnungshof eigentlich eines der ganz wenigen effektiven Mitteln, die eingesetzt werden können, und deswegen bitte sich nicht einschüchtern zu lassen, auch wenn es manchmal oder oft unsachlich wird.

Es soll auch ein Appell sein an uns selber, an die Politik, an die Verwaltung, dass wir Berichte der Rechnungshöfe nicht als persönliche Kritik sehen, sondern als Unterstützung in inhaltlichen, organisatorischen und rechtlichen Fragen.

Dass wir alle gemeinsam die richtigen Schlüsse daraus ziehen und ganz einfach dort verändern, wo Veränderungsbedarf ist und dort verbessern, wo Verbesserungsbedarf ist, und unter diesen Aspekten sehe ich auch die Arbeit des Landes-Rechnungshofes.

Meine geschätzten Damen und Herren! Intransparenz ist heute im Jahr 2026 etwas Gefährliches für eine Demokratie, denn Transparenz und Kontrolle schafft Vertrauen und Vertrauen ist halt einmal ein wichtiger Teil der Demokratie und der Rechnungshof trägt, meiner Meinung nach, mit seiner Kontrolle sehr stark zum Vertrauen in der Bevölkerung bei.

Aber es ist eben nicht nur die Aufgabe des Rechnungshofes, Vertrauen zu schaffen und Vertrauen zu festigen, sondern es ist auch die Aufgabe aller Politikerinnen und Politiker, dieses Vertrauen in der Bevölkerung zu festigen.

Deswegen ist, glaube ich, jeder von uns auch aufgefordert, aufzustehen und Haltung zu zeigen, wenn es systematische Angriffe auf eine solche Institution gibt, wenn es persönliche Angriffe auf einzelne Mitarbeiter oder auch auf den Direktor gibt.

Und natürlich, das möchte ich schon auch dazu sagen, kann man über einen Rechnungshofbericht diskutieren, natürlich kann man anderen Meinung sein, natürlich kann man Gegenargumente bringen, aber das muss sich eben alles auf einer sachlichen Ebene abspielen und bewegen und deswegen noch einmal, mein Appell hier, vielleicht

noch einmal nachzudenken über die Art und Weise, wie wir uns insgesamt über solche Berichte auseinandersetzen.

Wenn man bedenkt, weil das wieder angespielt wurde vom Kollegen Fürst, so quasi, irgendwie so eine Milchmädchenrechnung, gemessen an der Bevölkerung ist der Rechnungshof im Burgenland der teuerste.

Das könnte man in vielen Bereichen übrigens auch machen, man könnte die Regierungsbüros hernehmen und schauen, wie das im Verhältnis zu Vorarlberg ist, das halte ich aber alles nicht für den richtigen Weg.

Die Wahrheit ist, die Kosten für den Landes-Rechnungshof sind im Vergleich zum Nutzen mehr als gerechtfertigt. Im Gegenteil, ich glaube, dass der Rechnungshof mehr Ressourcen haben sollte, damit auch mehr geprüft werden kann, damit schneller geprüft werden kann.

Deshalb treten wir als Volkspartei immer für eine Verbesserung der Ressourcen des Landes-Rechnungshofes ein, und ich würde persönlich auch für eine Rederecht des Landesrechnungshofdirektors in solchen Landtagssitzungen eintreten, nämlich nicht einmal ein Rederecht, sondern eine Redepflicht.

Denn er verantwortet ja uns gegenüber und der Bevölkerung gegenüber diesen Berichten und sollte auch die Möglichkeit haben, in der Öffentlichkeit und auch im Dialog diese Berichte „zu verteidigen“. *(Beifall bei der ÖVP)*

Trotz vieler Kontrollmöglichkeiten auf allen Ebenen, natürlich auch im Land, die geschaffen wurden in den letzten Jahren, besteht nach wie vor, aus meiner Sicht, ein veritables Defizit an Transparenz.

Das hat auch viel damit zu tun, dass eben viele Politikbereiche von der öffentlichen Verwaltung in die privaten Betriebe, in die Holding ausgegliedert sind. Darauf ist ja heute schon auch eingegangen worden, und ich muss ehrlich sagen, im Übrigen an die Adresse der GRÜNEN, mit dem Eintritt der GRÜNEN in die Landesregierung hat sich hier nichts geändert.

Im Gegenteil, die GRÜNEN zeigen sehr, sehr deutlich, dass sie in Wahrheit keine stringenten politischen Werte vertreten, dass das, was vor zwei Jahren noch, sozusagen, in einer Bundeslade vor sich hergetragen wurde, heute nichts mehr gilt, und dann, wenn es um den persönlichen Vorteil geht, plötzlich alles anders ist.

Das ist eine Kritik, die muss man wirklich sagen, ich habe das total vermisst und das ist auch heute wieder nicht geschehen, dass hier ein Grüner, eine Grüne sich herstellt und sagt, so geht man mit einem Rechnungshof nicht um, so geht man mit Menschen nicht um. Das ist wirklich äußerst bedauerlich, um das einmal gelinde auszudrücken.

Ich habe vorhin gesagt, und das ist auch meine feste Überzeugung, natürlich ist es legitim, über einen Bericht des Rechnungshofes zu diskutieren, natürlich darf man ihn auch kritisieren, aber es gibt natürlich schon auch Grenzen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Vorwürfe zu machen, der Rechnungshof agiere parteipolitisch, er würde sich der Sprache der Opposition bedienen, er würde Prüfungen nicht ernst nehmen, er würde Prüfungen politisch anlegen, er würde wie ein Oppositionspolitiker agieren oder dem Direktor vorzuwerfen, er möchte eine Kreditkarte haben, um zu repräsentieren, das alles sind Vorwürfe, die jeder sachlichen Grundlage entbehren.

Das sind alles Vorwürfe, die von Vertretern der SPÖ gemacht wurden, insbesondere vom Klubobmann Fürst. Da ist, finde ich, die rote Linie deutlich überschritten, die rote Linie im wahrsten Sinne des Wortes. Hier wird nämlich systematisch versucht, Personen und demokratische Institutionen zu verunglimpfen, unglaubwürdig zu machen und am Ende des Tages auch mundtot zu machen.

Das, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist am Ende des Tages ein extrem gefährliches Spiel mit der Demokratie und das soll nicht sein, das darf nicht sein. Verantwortungsträger haben sich sachlich mit solchen Dingen auseinanderzusetzen. Wer den Rechnungshof bewusst in Misskredit bringen möchte, nur um von eigenen Fehlern abzulenken, der gefährdet am Ende unsere demokratischen Grundstrukturen.

Der Kollege Fürst, irgendjemand hat heute schon darauf hingewiesen, hat am Montag eine sehr bemerkenswerte Pressekonferenz gegeben. Er hat nämlich eine Grundbotschaft gesendet und hat nach Wochen der Diskreditierung des Rechnungshofes öffentlich mitgeteilt, die Zahlen in diesem Bericht stimmen.

Damit hat er sich im Grund selbst entlarvt, denn nach wüsten parteipolitischen Anschuldigungen sagt er nun, die Zahlen stimmen. Aber, er kritisiert dann trotzdem! Was hat er kritisiert? Na ja, dass der Landes-Rechnungshof sich sicher nur mit dem Burgenland beschäftigt hat. Wörtlich sagt er: „Die größte Schwäche dieses Berichtes ist es, dass er sich ausschließlich auf das Burgenland bezieht.“

Na, auf was soll er sich denn beziehen? Soll der Burgenländische Landes-Rechnungshof Vorarlberg prüfen oder Tirol oder Ungarn oder sonst irgendetwas? Das ist doch eine lächerliche Argumentation, wo ja eigentlich jedem der Mund offenstehen muss, wenn man so etwas hört, weil, im ersten Moment habe ich mir gedacht, dass kann er aber jetzt nicht gesagt haben, das muss irgend so ein Deep-fake-Video sein. Nein, er hat das wirklich gesagt und auch heute wiederholt, er meint das offensichtlich auch so.

Das stimmt mich sehr bedenklich. Er hat gesagt, na ja, das kann ja nicht sein, dass der Landes-Rechnungshof sich nur mit dem Burgenland beschäftigt und dann noch die anderen Bundesländer damit nicht vergleicht. Na, den Vergleich kann er gerne haben, er hat das heute ja auch gesagt.

Ich meine, der rühmt sich, stellt sich hin und sagt, wir sind nur Drittschlechtester, das ist ja ohnehin super. Je nachdem, wie man übrigens die Verschuldung rechnet, sind wir entweder Zweitschlechtester oder Drittschlechtester, je nachdem, ob man die Gemeinden dazuzählt, oder nicht.

Das sind schon gewaltige Unterschiede. Im Burgenland, wenn man Land und Gemeinden zusammenrechnet, sind es 7.783 Euro pro Person, in Salzburg sind es zum Vergleich 4.200 Euro pro Person. Also, schon gewaltige Unterschiede, die hier entstanden sind.

Oder, schauen wir uns die Entwicklung des Schuldenstandes in den einzelnen Bundesländern an. Von 2018 bis 2025 hat sich die Schuldenhöhe des Burgenlandes um 83 Prozent erhöht. Dann, nehmen wir einmal Kärnten her, denn das ist ja immer Schuldenkaiser. Dort waren es 29 Prozent. Oder, nehmen wir Niederösterreich her. Die sind überhaupt ganz die Argen, weil dort waren es 17 Prozent.

Auch, geschätzte Kollegin Paul-Kientzl, mit den gleichen schlechten Rahmenbedingungen, auch mit Corona, auch mit der Inflation, auch mit der Energiekrise. Also, ganz ehrlich, diesen Vergleich sollte man zwar, aus meiner Sicht, machen, aber man

sollte sich nicht erwarten, dass deswegen das Burgenland gleich auf dem Siegerpodest stehen kann.

Meine geschätzten Damen und Herren! Zum Bericht selber noch abschließend, dessen Zahlen übrigens stimmen, da stimme ich dem Kollegen Fürst zu, ohne jetzt auf die einzelnen Zahlen eingehen zu wollen, aber das ist heute schon gesagt worden.

Das Nettovermögen sinkt dramatisch, die liquiden Mittel sind aufgebraucht, die Zahlungen an die Landesunternehmungen steigen massiv, die Verschuldung steigt und das Rating hat sich auch verschlechtert.

Übrigens, noch eine Fußnote und Anmerkung: Es wird ja dann immer wieder gesagt, ja, eigentlich trifft uns hier keine Schuld, denn der böse Bund ist hier säumig, der gibt uns ja keine Ertragsanteile und das ist ein Wahnsinn, dass die Ertragsanteile so zurückgehen.

Ich möchte nur daran erinnern, dass die Ertragsanteile, die vom Bund an das Land gekommen sind, sich von 2020 von 495 Millionen Euro auf 690 Millionen Euro im Jahr 2024 erhöht haben und das würden dann im Jahr 2026, also heuer, 728 Millionen Euro sein. Also, die Ertragsanteile sind in dieser Zeit um 47 Prozent gestiegen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Also, da zu sagen, der Bund trägt hier eigentlich die Schuld, weil die Ertragsanteile so schlecht sind, ist schwierig. Übrigens auch die Ertragsanteile, Bruttoertragsanteile der Gemeinden im Burgenland sind in den letzten Jahren massiv gestiegen. Netto ist eben weniger übergeblieben.

Also, insofern kann man schon diese Vergleiche machen, aber, man sieht dann auch, dass die Parameter für das Burgenland aus unterschiedlichsten Gründen schlechter werden.

Es zeigt sich aber auch, aus meiner Sicht, dass jetzt der Zeitpunkt wäre, sich ganz einfach neue Dinge in der Finanzpolitik zu überlegen, sich überhaupt eine neue Finanzpolitik, eine neue Finanzstrategie zu überlegen, die nicht unfinanzierbare Projekte im Blick hat, sondern eine Finanzpolitik, die unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder sowie unserer Kindeskinder im Blickfeld hat.

Deswegen kann ich abschließend nur noch einmal appellieren: Nutzen wir und Sie, vor allem, seitens der Regierung, die Chancen dieses Berichtes, ändern Sie die Finanzpolitik und hören Sie vor allem auch auf, den Rechnungshof zu verunglimpfen.

Das ist sehr schädlich für die Demokratie und das wollen wir, glaube ich, alle nicht. *(Beifall bei der ÖVP)*

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Dr. Leonhard Schneemann.

Bitte Herr Landesrat.

14:23:24

Landesrat Mag. Dr. Leonhard Schneemann (SPÖ): Danke schön. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann, geschätzte Regierungskolleginnen, Herr Regierungskollege, werte Abgeordnete, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Saal und via Livestream.

Es ist vieles schon gesagt worden und ich werde mich in meinen Ausführungen bemühen, mich nicht zu wiederholen, aber ich werde mich im Rahmen meiner Ressort-Zuständigkeiten darauf fokussieren, auch aus der konkreten Regierungsarbeit heraus,

darzustellen, wie und eigentlich wofür die Mittel des Landes Burgenland sinnvollerweise eingesetzt werden.

Nämlich, um den Standort, den Wirtschaftsstandort, abzusichern, um die Gemeinden bestmöglich zu unterstützen, um unser Sozialsystem möglichst treffsicher zu gestalten und aufrecht erhalten zu können.

Wenn man sich den Titel dieser heutigen Sonderlandtagssitzung anhört „Landesfinanzen am Abgrund“ dann suggeriert man ja unmittelbar und möchte man der Bevölkerung transportieren, dass wir finanziell vor dem Zusammenbruch stehen.

Dieser Antrag ist, aus meiner Sicht, kein Dringlichkeitsantrag, sondern tatsächlich entpuppt es sich als eine Nebelgranate, dass die ÖVP hier versucht zu inszenieren ist tatsächlich Panikmache auf dem Rücken der Bevölkerung und des Wirtschaftsstandortes. Man hat da und dort immer wieder auch das Gefühl, man möchte bewusst das Land Burgenland über die Landesgrenzen hinweg schlecht darstellen.

Das tut dem Wirtschaftsstandort auf der einen Seite mit Sicherheit nicht gut, wenn man diesen Spin weitertransportiert und ich denke, oder ich bin mir sicher, dass das auch die burgenländische Bevölkerung nicht goutiert und das auch entsprechend bei der nächsten Wahl honorieren wird.

Das Bild, das da gezeichnet wird, entspricht in keinster Weise der Realität und es kann hier nicht um das Burgenland gehen. Ja, das Burgenland steht vor riesen Herausforderungen, wie alle anderen Bundesländer auch, wie die Gemeinden, wie Unternehmer, wie jeder private Haushalt auch.

Da wollen wir gar nichts schönreden, aber zwischen Herausforderung und dem Slogan, wir stehen vor dem finanziellen Abgrund ist doch ein gravierender Unterschied. Wenn man sich anschaut, was da in der Diskussion passiert, dann möchte, in dem Fall die ÖVP, teilweise auch die FPÖ, eine Krisensituation, eine finanzielle Krisensituation, herbeireden, die ich nicht sehe und im Prinzip wird hier der Blick vor einer mutigen Standortpolitik einfach verwehrt.

Es wird, denke ich, aus reinem Parteikalkül gemacht. Ich sage Ihnen heute mit aller Klarheit: Die burgenländischen Landesfinanzen sind stabil, wir haben einen Schuldenabbau, der bereits erläutert wurde, der ist objektiv und nachvollziehbar festzustellen und wir haben mit dem Haushaltsstabilisierungsgesetz versucht, unsere Finanzen in den nächsten Jahren auch legistisch zu untermauern.

Der burgenländische Weg ist erfolgreich und wir lassen uns das durch eine Schlechtredenrhetorik sicherlich auch nicht anders darstellen. Weil es in der Diskussion gekommen ist: Natürlich macht es einen Unterschied, wofür Schulden gemacht werden und natürlich muss man hier entsprechend differenzieren.

Ich möchte mich hier nicht wiederholen, der Herr Landeshauptmann hat es sehr transparent dargestellt. Man muss sehr wohl unterscheiden, wofür Geld aufgenommen wird. Ob es in den gemeinnützigen Bereich hineingeht oder ob es privatwirtschaftlich begründbar ist, in der Landesholding, wo eben Einnahmen gegenüberstehen und diese Schulden aus diesen Einnahmen zu finanzieren sind.

Wir setzen hier, und das hat der Landeshauptmann und auch das gesamte Regierungsteam ja in den letzten vergangenen Jahren auch durch das Handeln eben dargestellt, das wir hier nicht zuschauen, sondern, dass wir aktive Wirtschaftspolitik betreiben, weil es um die Existenz von Menschen geht, weil es um die Familien geht, die

dahinterstehen, und es auch um hunderte Arbeitsplätze geht, die es immer wieder gilt durch unsere aktive Standortpolitik sicherzustellen.

Ein aktuelles Beispiel ist hier auch schon kurz erwähnt worden: Der Standort Lenzing ist durch eine Konzernentscheidung in Frage gestellt worden. Was ist im Burgenland passiert?

Wir haben die Hände nicht in den Schoß gelegt, sondern wir haben sofort versucht, Maßnahmen zu ergreifen. Allen voran unser Landeshauptmann, denn es ist mit der Konzernspitze der Kontakt hergestellt worden, wir haben mit dem Management vor Ort gesprochen, mit dem Betriebsratsvorsitzenden, auch mit dem gemeindeverantwortlichen Bürgermeister.

Das heißt, wir prüfen alle Optionen, um Restrukturierung zu gewährleisten, um die Förderkulisse auszuloten oder auch, wenn es notwendig ist, eine strategische Beteiligung hier herbeizuführen. Wir kämpfen hier im Burgenland um jeden einzelnen Arbeitsplatz.

Ich denke, das wird auch so gesehen, aber wenn die Opposition so tut, als wäre die staatliche Beteiligung und die gezielte Wirtschaftsförderung ein Vergehen, dann können wir das so nicht stehen lassen, weil anhand verschiedener Beispiele und es sind zwei genannt worden, ich werde ein drittes dazugeben, zeigt sich ja, dass diese strategischen Beteiligungen sinnvoll sind.

Dass wir dadurch hunderte Arbeitsplätze in der Vergangenheit geschaffen haben, beispielsweise bei Aviation Academy Austria/AAA, wo die Ausbildung der Piloten weltweit hier im Burgenland stattfindet von vielen, oder bei AustriaPet, wo es gelungen ist, durch eine strategische Beteiligung dieses Unternehmen abzusichern.

Es sind mittlerweile ja auch Erweiterungsinvestitionen durchgeführt worden. Das heißt, dieser Standort ist durch unsere strategische Beteiligung abgesichert und es wurden damit auch für das Land, das ist hinlänglich diskutiert worden, Vermögenswerte geschaffen und Reserven geschaffen, auf die wir immer wieder zurückgreifen könnten.

Ein letztes Beispiel, dass auch eindrucksvoll beweist, wie sinnvoll das ist, ist die Firma Sanochemia. Sanochemia ist 2019 in den Konkurs geschlittert. Wir haben uns hier strategisch beteiligt und das Ganze ist gutgegangen. Es wurden über hundert Arbeitsplätze gesichert und wir sind wieder aus dieser strategischen Beteiligung mit über zwei Millionen Euro ausgestiegen.

Das zeigt anhand konkreter Beispiele, wie wichtig und sinnvoll es ist, dass das Land hier aktive Wirtschaftspolitik betreibt und das lassen wir uns auch nicht schlechtreden, denn das ist sinnvoll investiertes Geld und ja, das schlägt sich auch in den Landesfinanzen nieder. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Der zweite wesentliche Punkt, ist der Bereich der Gemeinden. Wir wissen in der makroökonomischen Betrachtung, wenn es den Wirtschaftsbetrieben gut geht, dann sprießen auch die Kommunaleinnahmen und deshalb ist es ja auch wieder entscheidend, hier nicht zuzustehen, sondern aktiv zu handeln.

Allein die Zahl 2025 wurden im Burgenland an Kommunalsteuern 98,5 Millionen Euro ausbezahlt und das stärkt unsere Gemeinden. Allein die Stadt Eisenstadt hat daraus 14,2 Millionen Euro, Oberwart 8,9 Millionen Euro bekommen und ich könnte diese Zahlen fortsetzen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wann war das? Ich glaube 2016!)*

Jeder Euro ist daher ein direktes Ergebnis unserer Standort- und Wirtschaftspolitik und jeder Betrieb, der hier damit abgesichert ist, sichert auch die Gemeindefinanzen und

den Fortbestand unserer Gemeinden und wir lassen hier dieses Schlechtreden ganz einfach nicht zu.

Wir wissen, in den Gemeinden wird hervorragend gearbeitet. Das weiß ich selbst auch aus meiner Zeit als Bürgermeister, wie wertvoll und wichtig diese Arbeit ist. Ich möchte mich deshalb auch bei allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern für Ihr Engagement in diesen schwierigen Zeiten bedanken. Dass sie ständig bestrebt sind, sachlich und auch gut ihre Gemeinden in die Zukunft zu führen.

Die klare Botschaft der Burgenländischen Landesregierung lautet: Das Land wird auch weiterhin ein verlässlicher Partner unserer Gemeinden sein, egal welche politische Couleur. *(Abg. Markus Ulram: Das ist einmal fix falsch!)* Es geht nämlich immer um die Menschen vor Ort und nicht um die Parteipolitik und ich kann Ihnen auch das wieder mit dem einen oder anderen Beispiel untermauern, wo wir konkrete Projekte fördern.

Nehmen wir die Gemeinde Hornstein her. *(Abg. Markus Ulram: Sie haben von allen Gemeinden gesprochen und das ist fix falsch! Das ist die Unwahrheit am Tablet.)* Die Gemeinde Hornstein hat um Unterstützung für den Bau eines Feuerwehrhauses, für das Fahrzeug, angesucht. Kostenpunkt, glaube ich, über vier Millionen Euro. *(Abg. Markus Ulram: Das ist so. Hier drei herauszunehmen von 171 Gemeinden, das ist ein Blödsinn!)*

Herr Abgeordneter, Sie wissen, das Land Burgenland hat hier mit über drei Millionen Euro die Gemeinde Hornstein unterstützt. So könnte ich weitere wesentliche Beispiele anführen, *(Abg. Markus Ulram: So viele sind es ja nicht! Die werden wir ja gleich finden. – Abg. Dr. Mag. Roland Fürst zum Abg. Markus Ulram: Drei sind es. Drei ÖVP Gemeinden. Gell!)* wo es um große Beträge geht, wo das Land Burgenland die Gemeinden unterstützt und sie nicht im Stich lässt. *(Abg. Markus Ulram: So eine subjektive Darstellung hat es ja noch nicht gegeben.)*

Ganz konkret, damit ich mich nicht wiederhole. Ganz konkret. Im Jahr 2024 hat das Land Burgenland die Gemeinden mit insgesamt 82 Millionen Euro unterstützt. Im Jahr 2025 waren es 89 Millionen Euro. Ich habe mir das aufgeschrieben. Ich kann Ihnen das auch konkret sagen. Diese 89 Millionen Euro setzen sich aus 47 Millionen Euro Bedarfszuweisungen, knapp 28 Millionen Euro außerordentliche Unterstützung und 14 Millionen Euro Sonderprojekte zusammen.

Bereits jetzt, wenn man die weiteren Investitionsprogramme, die wir von Seiten des Landes unterstützen, heranziehen, sind es weitere über 64 Millionen Euro, die den Gemeinden zufließen werden und dass zeigt, was ich vorhin gesagt habe, wir lassen die Gemeinden nicht im Stich und wir werden auch weiterhin ein verlässlicher Partner für unsere Gemeinden sein. Das ist mit diesen Zahlen untermauert und auch nicht wegzureden. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN – Abg. Bernd Strobl: Aber diese Bedarfszuweisungen sind keine Landesmittel!)*

Ich weiß schon, dass ein Teil dieser Bedarfszuweisungen über den Finanzausgleich kommt, das ist überhaupt keine Frage. Deswegen habe ich auch die Zahlen genannt, aber es ist ein erträglicher Anteil rein aus den Landesfinanzen mit dabei. Anstelle, dass Sie als Landes-ÖVP das goutieren würden, haben Sie vieles blockiert, denn Sie haben auch das Gemeindepaket vom Landeshauptmann abgelehnt.

Da hätten wir, glaube ich, von Seiten des Landes ein riesiges Entlastungspaket für die Gemeinden schaffen können. *(Abg. Markus Ulram: Ja, durch die Übernahme des Wasserleitungsverbandes!)* Das haben Sie abgelehnt. Die ÖVP-Bürgermeisterinnen und Bürgermeister werden Ihnen das mit Sicherheit irgendwann in Diskussion stellen, weil,

dahinter entpuppt sich natürlich ein reines Parteikalkül und es wäre, aus unserer Sicht, eine sinnvolle Maßnahme gewesen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir zögern nicht lange, wir handeln, wie ich bereits gesagt habe. Wir unterstützen die Gemeinden. Nicht nur finanziell. Wir haben auch ein Gemeindeservicereferat aufgebaut. Wir unterstützen die Gemeinden mit Beratungen, mit den erwähnten Bedarfszuweisungen und im Extremfall haben wir auch einen Gemeindefonds aufgestellt, damit wir Gemeinden, wenn es wirklich anders nicht mehr geht, eben auch auffangen können. Das zeigt, dass das Land felsenfest hinter seinen Gemeinden steht.

Einen dritten Punkt, für den ich auch noch zuständig sein darf, möchte ich auch noch näher beleuchten, nämlich den Sozialbereich. Wir müssen einfach annehmen, dass sich die Gesellschaft, die Familienstrukturen verändert haben und dass sich die alternde Bevölkerung eben sehr rasant vermehrt. Unser Ziel ist es, auf diese neuen Herausforderungen zu reagieren.

Die Kollegin Paul-Kientzl hat es gesagt: Ja, ich möchte mich da nicht wiederholen. Wir haben dort zahlreiche Maßnahmen geschaffen. Mit den Pflegestützpunkten, mit den pflegenden Angestellten und so weiter.

Das braucht natürlich einiges an Geld. Wenn immer so getan wird, na ja da ist in der Vergangenheit so viel Geld ausgegeben worden; dann müssen Sie da ehrlich sein. Sagen Sie uns, wo würden Sie konkret einsparen? Wo würden Sie im Sozialbereich einsparen?

So würden Sie im Behindertenbereich einsparen, in der Kinder- und Jugendhilfe einsparen. Im gesamten Sozialbereich, wenn es um die Altenbetreuung geht. Wo würden Sie einsparen, wenn es um die Unterstützung der Gemeinden geht? Dann müssten Sie ehrlich hier heraustreten und es uns sagen. Das wäre eine ehrliche Diskussion, der wir uns stellen könnten, die höre ich aber nicht.

Wenn wir auch hier ein paar konkrete Zahlen in der Behindertenhilfe in den letzten fünf Jahren in diesem Beobachtungszeitraum insgesamt 441 Millionen Euro an Landesbudget verwendet haben, dann ist das, glaube ich, schon etwas, was für sie spricht und zeigt, dass das einfach eine falsche Darstellung ist, wenn man so tut, als ob das Land Burgenland das Geld beim Fenster hinausschmeißt und für irgendetwas verwendet. Es zeigt ja auch die Veränderung im Zeitablauf.

2020 haben wir für die Behindertenhilfe 54,6 Millionen Euro budgetiert. Im Jahr 2025, Sie werden es vielleicht nicht mehr so genau im Kopf haben, aber es waren 100 Millionen Euro, die wir dort budgetiert haben, für das Jahr 2025.

Wir haben die Schulassistenz ausgeweitet, *(Abg. Markus Ulram: Bei den Schwächsten habt Ihr gespart! In den Schulen Leute abgezogen! Kündigungen ausgesprochen, Einschränkungen vorgenommen, Stunden weggenommen! Das gehört ins Protokoll!)* die persönliche Assistenz ausgeweitet. Sie kennen das alles. Wir haben das Chancengleichheitsgesetz - übrigens einstimmig - beschlossen. In der Kinder- und Jugendhilfe waren es im Jahr 2020 24 Millionen Euro. Im Jahr 2025 waren es bereits 46 Millionen Euro.

Das heißt, wir haben von 2020 bis 2025 knapp 200 Millionen Euro für die Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben. *(Abg. Markus Ulram: Das ist gelogen!)* In der Altenpflege wissen wir ohnehin auch, wer die großen Budgets verschlingt. Das ist die stationäre Betreuung.

Genau deshalb gibt es diese neue Struktur mit den Pflegestützpunkten, wo wir auf Tagesbetreuung setzen, weil wir glauben, weil eben diese Familienstrukturen anders geworden sind, denn es gibt nicht mehr die Zwei-, Dreigenerationenhaushalte, dass wir damit die Bevölkerung wohnortnah am besten unterstützen können.

Ich glaube, diese Beispiele zeigen eindrucksvoll, wie verantwortungsvoll die Budgetpolitik des Landeshauptmannes im Burgenland ausgelegt ist und wir können mit unseren stabilen Landesfinanzen auch weiterhin gewährleisten, dass wir genügend Spielraum haben, um unsere Gemeinden zu unterstützen und dass wir genügend Spielraum haben, um unser Sozialsystem in dieser Form auch weiter zu finanzieren, um eben der Bevölkerung bestmöglich damit zu dienen. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Als nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Michelle Whitfield zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

14:38:09

Abgeordnete Michelle Whitfield (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Geschätzte Kollegen, liebe Zuschauer! Ich möchte damit anfangen, dass, was der Herr Landesrat jetzt gerade gesagt hat, dass keine Vorschläge vorgebracht werden. Wir würden gerne Vorschläge bringen, wenn wir wüssten, wie das Budget auch in der Landesholding aussieht.

Wenn wir wüssten, wo genau das Geld wo ausgegeben wird. Wo könnten wir dann dort einsparen? Dann werden da Vorschläge von der Opposition natürlich auch kommen. Aber, dies passiert nicht. Jedes Mal, wenn man genau wissen will, wie es in der Landesholding ausschaut beziehungsweise in den Landesunternehmen, bekommen wir Schweigen wieder zurück. Leider Gottes.

Ich möchte jetzt mit dem ehemaligen Rechnungshof-Präsident anfangen. Der Dr. Franz Fiedler, der im Bund Präsident war, der hat betont, damals, wie er noch Präsident war, dass der Staat eine strategische Eigentümerfunktion für langfristige Werte behalten sollte.

Das hat er aber auch nach seiner Funktion gesagt, wie er dann weiterhin in anderen Unternehmen dann auch tätig war. Das passiert, leider Gottes, hier nicht. Das wird nicht ernst genommen, was einst der Rechnungshof-Präsident gesagt hat.

Wir reden hier von fast einer Milliarde Euro. So hoch ist der kumulierte Verlust, den der Burgenländische Landes-Rechnungshof für die Jahre 2020 bis 2026 erwartet. Gleichzeitig hören wir von der SPÖ immer wieder dasselbe.

Nämlich, das Burgenland sei handlungsfähig und das Land zahle Schulden zurück und alles sei stabil. *(Abg. Doris Prohaska: Das stimmt.)* Der Herr Landeshauptmann ist leider nicht mehr da. Ein paar Dinge davon stimmen schon, aber es gehören natürlich immer zwei Hälften dazu. Nur die halbe Wahrheit ist nicht die ganze Wahrheit. Denn die entscheidende Frage ist auch, woher kommt das Geld?

Der Landes-Rechnungshof zeigt uns, dass sich die Verschuldung zunehmend in die Landesunternehmen verlagert. Ende 2024 hatte der Konzern Burgenland rund 2,18 Milliarden Euro Finanzschulden.

Jetzt kommt die Zahl, die man sich merken muss. Rund 71 Prozent davon lagen in den Landesunternehmen, das sind mehr als zwei Drittel. Das ist nicht ohne. Aber, wir

dürfen dort nicht hineinschauen. Die Landesunternehmen bewegen weitaus mehr Geld, als das Land selber. Sie repräsentieren auch weitaus mehr Vermögen, als das Land.

Das Land wird mit rund einer Milliarde Euro und die Landesholding mit rund vier Milliarden Euro bewertet. Aber, wir dürfen dort nicht hineinschauen. Wir dürfen natürlich nur in einen kleinen Teil von dort Einblick haben. Aber, in den größeren Teilen ist das tabu. Bitte nicht hineinschauen!

Wir haben auf jeden Fall gefordert, dass auch der Rechnungshof-Direktor im Landtag zu Themen, die den Landes-Rechnungshof betreffen, auch reden soll. Das wurde, leider Gottes, von der SPÖ und von den GRÜNEN abgelehnt.

Jetzt wissen wir auch warum. Sie wollen ja nicht hören, was der Rechnungshof-Direktor zu sagen hat, denn es ist Ihnen zu kritisch. Mehr als zwei Drittel dieser Konzernschulden liegen in den Unternehmen, wie ich vorhin schon gesagt habe. Genau diese Unternehmen waren von den Finanzstrategien des Landes ausgenommen. So stelle ich mir aber keine saubere Gesamtsteuerung eines Milliardenkonzerns vor.

Dann hören wir immer wieder von Seiten der SPÖ, wir zahlen die Schulden ja zurück. Aber, hier auch wieder: Woher kommt das Geld? Das ist das Um und das Auf. Ein wesentlicher Teil kommt aus der „Verscherbelung“ von Vermögen, wie, zum Beispiel, den Wohnbaudarlehen. Natürlich ist das für die Darlehensnehmer eine tolle Sache, aber für das Land und für die Steuerzahler absolut nicht. Denn, es wurde eine vorzeitige Rückzahlung mit einem Abschlag von 25 Prozent angeboten.

Dadurch kommt natürlich Geld in den Landeshaushalt. Damit können auch Kredite getilgt werden. Aber, es war ein Buchwert von einer Milliarde Euro, die um 650 Millionen Euro verkauft wurde.

Ich weiß es nicht. Also, wenn ich oder sagen wir einmal, ein anderer da die Miete zahlen müsste, hat aber kein Geld, hat aber eine Uhr, die 1.000 Euro wert ist und muss es aber schnell verkaufen. Der Nächstanbieter kauft es um 650 Euro ab. Natürlich ist es super für denjenigen, der das abkauft, aber natürlich schlecht für denjenigen, der es verkauft.

Mit 650 Euro kann ich vielleicht meine Ratenzahlung für ein Monat tilgen, aber das war es dann auch schon. Wenn ich Vermögen zu Geld mache, um damit Schulden zu zahlen, habe ich weniger Schulden. Das stimmt schon, aber ich habe auch weniger Vermögen.

Ich kann aber nur einmal dieses Vermögen mobilisieren und einmal diese Reserven aufbrauchen, danach geht das nicht mehr. Genau das macht diese Landesregierung. Danach muss der Haushalt funktionieren.

Aber das ist genau in diesem Fall ein Problem. Denn, genau das Gegenteil ist passiert. Denn dieser Haushalt funktioniert absolut nicht, wie wir sehen. Der Landes-Rechnungshof berichtet von aufgebrauchten Reserven. Er berichtet von einem Höchststand der Verschuldung des Landes im Jahr 2025 und er erwartet ebenfalls eine Milliarde Euro kumulierten Verlust für die Jahre 2020 bis 2026.

Das kann man nicht mit einem Satz: „Na, wir sind eh handlungsfähig“, vom Tisch wischen, das geht einfach nicht. Denn die Zahlen sitzen. Und auch das Rating ändert auch nichts daran.

Österreich selbst hat ein sehr gutes Rating, andere Bundesländer aber ebenso. Das Burgenland hatte einmal ein besseres Rating als jetzt. Und das Rating sagt eigentlich

nichts darüber aus, ob die zukünftigen Finanzstrategien und Entwicklungen sinnvoll sind, sondern sagt nur, dass der Schuldner kreditwürdig ist.

Denn Standard & Poor‘s hat sechs Bundesländer hier in Österreich geratet. Sechs Bundesländer, drei davon waren besser. Doppel-A+, das war Tirol, Oberösterreich und Vorarlberg. Drei waren gleich bewertet mit Doppel-A mit negativem Ausblick, das ist Burgenland, Niederösterreich und die Steiermark.

Und seit 2025 wurde Burgenland mit diesem Doppel-A, mit negativem Ausblick bewertet, seitdem die Defizite explodieren. Und seit dem 2024 ist immer wieder ein jährlicher Abgang von minus 230 Millionen Euro oder sogar noch mehr. Und auch diese Ratingagentur hat auch aufgezeigt, dass diese Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben immer auseinandergeht, hier im Burgenland.

Und auch dieses Rating sagt aber auch nichts über die Transparenz und auch nichts über die Konzernübersicht und es ersetzt aber auch keine gemeinsame Finanzierungsstrategie. Und dazu kommen noch Haftungen von circa 1,56 Milliarden Euro. Die SPÖ sagt, Haftungen sind ja keine Schulden. Na ja, noch nicht, aber irgendwann sind sie Schulden.

Ich würde gerne drei Häuser kaufen, haftet das Land als Gläubiger für mich und *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* zahlt dann vielleicht in zehn Jahren dann meinen Kredit zurück? Das hätte ich aber schon gerne.

Und von den Finanzschulden des Konzerns waren von diesen 1,56 Milliarden Euro haftet das Land für circa 1,38 Milliarden Euro davon. Das ist ja, und dann sagen sie, na ja wir sind eh stabil.

Bei solchen Summen braucht es Kontrolle, Transparenz und einen guten Plan und das langfristig. Denn im Jahr 2036 werden bei der Landesholding endfällige Finanzierungen von mehr als 250 Millionen Euro fällig.

Dafür haftet eventuell das Land und das ist nichts, wir sollten nicht ein Jahr vorher draufkommen, hoppala, wir haben 250 Millionen Euro zurückzuzahlen. Sondern wir brauchen jetzt schon, es hätte eigentlich schon längst eine Strategie hermüssen, wie das zurückbezahlt werden soll.

Denn das Land hat fast keine Reserven mehr. Was sie noch hat, die Aktien von der Burgenland Energie. Sagt sogar der Landesrechnungshof, sonst sind keine Reserven und kein Vermögen mehr vorhanden. Was passiert, wenn das dann auch noch aufgebraucht ist?

Und noch etwas, wenn ich höre, wie begeistert hier mit Vermögensmobilisierungen, ausgelagerter Strukturen und Schuldenabbau argumentiert wird, hier von der SPÖ, dann erinnert mich das fast an frühere Zeiten der österreichischen Finanzpolitik. Der Herr Karl Heinz Grasser hat Privatisierungen, Auslagerungen und Beteiligungsmanagement auch gerne als großen Erfolg verkauft.

Liebe SPÖ, ich würde ihn nicht als Vorbild nehmen, denn es scheint genau das zu passieren. Denn wir wissen, wie sein politischer Weg geendet hat. Deswegen haben wir auch Abstand dazu genommen. Wenn Vermögenswerte und ausgelagerte Gesellschaften als Beweis für finanzpolitische Genialität verkauft wird, ist eine ordentliche Kontrolle umso wichtiger.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPÖ sagt, wir reden das Burgenland schlecht, das stimmt nicht. Wir reden das Burgenland absolut nicht schlecht, sondern wir wollen einfach nur wissen, wie die Finanzpolitik hier im Burgenland genau ausschaut,

nicht nur im Land, sondern auch in der Landesholding, in den einzelnen Landesunternehmen.

Und wir wollen, dass das genau kontrolliert werden kann, dass es transparent ist. Denn wer Milliarden hinterfragt, tut genau das, wofür ein Landtag da ist. Das ist ja unser Job. Deshalb, verlangen wir von den Freiheitlichen, eine vollkommene Konzernfinanzübersicht. Wir wollen wissen, wo liegen die Schulden, wo liegen die Haftungen?

Wann werden die Kredite fällig, welche Risiken liegen in den Gesellschaften? Welche Vermögenswerte werden noch mobilisiert und wie sieht die gesamte Finanzierungstrategie für das gesamte System aus? Denn für das Land gibt es einen Finanzierungsplan, für die Landesholding leider nicht, die wurden davon ausgenommen.

Denn am Ende geht es um den finanziellen Handlungsspielraum unseres Landes. Wir haben, oder besser gesagt, wir haben nicht fast eine Milliarde Euro unerwarteten kumulierten Verlust, 2,18 Milliarden Euro Konzernfinanzschulden, 71,3 Prozent davon in den Landesunternehmen, 1,56 Milliarden Euro Haftungen und mehr als 250 Millionen Euro endfällige Kredite, die im Jahr 2036 zurückbezahlt werden müssen.

Das ist keine Fantasie von der Opposition, das haben wir nicht erfunden, sondern das sind Zahlen, die der Landesrechnungshof festgestellt hat. Man kann den Präsidenten oder den Landesrechnungshof schlechtreden wie man will, dadurch verschwinden die Zahlen nicht.

Und diese Zahlen kann man auch nicht mit einem Rating oder mit einem Bundesländervergleich oder mit dem Ausbau von Krankenhäusern, Kindergärten, Gratiskindergarten und so weiter mit dem öffentlichen Verkehr schönreden.

Das geht einfach nicht. Diese Zahlen sitzen und wir müssen jetzt eine Lösung finden, wie wir jetzt damit umgehen.

Die Burgenländer haben ein Recht auf die ganze Wahrheit und genau diese Transparenz werden wir Freiheitliche anfordern, denn die Uhr tickt, liebe SPÖ. *(Beifall bei der FPÖ)*

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Jürgen Dolesch.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Jürgen Dolesch (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Zuseher, Zuseherinnen beziehungsweise Zuhörer via Livestream! Ich wollte eigentlich gar nicht auf die Vorrednerin eingehen, aber manche Dinge muss man öfters erklären, damit sie auch verstanden werden.

Auf zwei Positionen möchte ich kurz eingehen, der Kollege, Landesrat Dorner, hat das auch bereits erwähnt, das Thema Verkauf der Wohnbaudarlehen, was damit eigentlich passiert ist beziehungsweise wie die Vorgehensweise war.

Und das ist ein burgenländisches Modell, das wir gelebt haben, das ist einzigartig.

Denn wir haben im Vergleich zu anderen Bundesländern im Vorfeld die Burgenländerinnen und Burgenländer damit konfrontiert, ob sie eine vorzeitige Rückzahlung in Kauf nehmen möchten.

Der zweite Schritt war dann, die gemeinnützigen Bauvereinigungen - und ich glaube, das ist ein wichtiger Schritt - denn dadurch und das war auch das Thema der

Inflation, der Senkung der Mietzinse, dass dementsprechend das auch den Burgenländerinnen und den Burgenländern zugutekommt.

Das zweite Thema, was ich noch kurz erörtern möchte, ist eben das vorhin erwähnte, die Haftungsobergrenze von der Frau Kollegin Whitfield, die Haftungsobergrenze ist korrekt mit 1,3 Milliarden. Stimmt.

Man muss allerdings die Doppelhaftungen rausnehmen, die bereits im öffentlichen Schuldenstand drinnen sind.

Das sind 1,1 Millionen, die kann man abziehen.

Die dementsprechende Ausnutzung der Haftungsobergrenze liegt bei 27 Prozent. Das können Sie auch dem Rechnungshofbericht entnehmen, Seite 399 bis 402, können Sie gerne nachlesen, danke. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Eines noch vorab, weil der Rechnungshofdirektor in der massiven Kritik aktuell auch steht beziehungsweise auch kritisiert wird, wie das so vernommen wird. Das ist leider nicht das erste Mal, denn auch 2009, 2010 gab es bereits Kritik an dem damaligen Rechnungshofdirektor, den Herrn Franz Katzmann. Die Anschuldigung kam damals vom damaligen Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl.

Also es ist nicht das erste Mal, dass dementsprechend eine Kritik an den Rechnungshofdirektor gerichtet wird. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Man kann Äpfel mit Birnen auch vergleichen.)*

Nichtsdestotrotz, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stehen heute hier, wir haben bereits Blutbefunde diskutiert, aber viel wichtiger ist, dass wir den Bericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes über den Rechnungsabschluss 2023 und die weitere Entwicklung und den finanzpolitischen Ausblick unseres Landes diskutieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Und eines möchte ich gleich vorab klarstellen. Wir nehmen diesen Bericht ernst. Wenn der Rechnungshof Verbesserungspotenzial bei der Rechnungslegung, bei der Budgetplanung oder bei der Darstellung einzelnen Positionen aufzeigt, dann haben wir uns damit auseinanderzusetzen.

Aber genauso wichtig ist es, und Roli, Du hast den Bericht methodologisch gelesen. Ich habe mir die Ziffern ein bisschen genauer angeschaut, wir müssen aber auch die richtigen Zahlen, wir müssen darüber reden. Wir müssen sie richtig einordnen und wir müssen ein Gesamtbild betrachten und darstellen.

Denn aus einem Rechnungshofbericht nur jene Zahlen herauszunehmen, die sich für eine politische Schlagzeile eignen, wird weder diesem Bericht gerecht noch der tatsächlichen finanziellen Situation.

Aber schauen wir uns das Jahr 2023 an, der operative Geldfluss des Landes war 2023 positiv und zwar nicht um ein paar Millionen Euro, sondern der Saldo aus der operativen Gebarung betrug 106 Millionen.

Das bedeutet, aus der laufenden Gebarung wurde ein positiver Geldfluss erwirtschaftet.

Gleichzeitig weist der Rechnungsabschluss einen Geldfluss aus der investiven Gebarung, ein Minus von rund 170 Millionen aus und genau diese beiden Zahlen gehören gemeinsam genannt.

Denn es ist ein fundamentaler Unterschied, ob ein Defizit entsteht, weil die laufenden Ausgaben nicht mehr finanzierbar sind oder ob ein Land erhebliche Investitionen tätigt.

Wir haben investiert, wir haben Leistungen für die Menschen finanziert. Wir haben in Infrastruktur, Gesundheit, Pflege, Bildung und soziale Sicherheit investiert.

Und wir haben das in Jahren getan, und die Kollegin Paul-Kientzl hat das bereits erörtert, und der Kollege Schneemann hat das auch schon erwähnt und das in verschiedensten Krisen. Die Pandemie, die Energiekrise, die Inflation, steigende Kosten im Gesundheitsbereich, Du hast die Ziffern bereits vorher auch genannt, steigende Kosten in der Pflege, was ein immenser Teil ist, was ein immenser Brocken ist.

Und gleichzeitig gab es eine wirtschaftliche Entwicklung, die auch die Einnahmenseite der Länder und Gemeinden massiv unter Druck gesetzt hat.

Wer heute die Entwicklung seit 2020 analysiert, diese Rahmenbedingungen aber ausblendet, der erzählt nur die halbe Geschichte.

Und gerade als Bürgermeister weiß ich, diese Entwicklung betrifft nicht nur das Land, sie betrifft praktisch jede Gemeinde in Österreich und sie betrifft auch die anderen Bundesländer.

Deshalb lohnt sich auch der Blick über die burgenländischen Landesgrenzen, denn manchmal könnte man bei der Debatte meinen, Budgetdefizite und steigende Schulden wären eine burgenländische Erfindung.

Aber wer daraus ein ausschließlich burgenländisches Problem konstruiert, ignoriert die finanzielle Realität praktisch aller österreichischen Bundesländer.

Die Finanzschulden betrachtet, des Landes Burgenland betrugen 2023 831 Millionen, Ende 2024 waren es rund 786 Millionen, wir haben in diesem Jahr die Schulden abgebaut.

Kommen wir zurück zum Rechnungsabschluss. Das Nettoergebnis betrug ein Minus von 90 Millionen Euro, auch diese Zahl gehört auf den Tisch.

Aber, was man auch hier erklären muss, ist Folgendes, dass auch rund 57 Millionen des Finanzaufwandes, Abschreibungen auf Zuschüsse von Landesunternehmen waren.

Das zeigt, ein negatives Ergebnis ist nicht automatisch dasselbe wie ein entsprechender Geldabfluss oder eine entsprechende Neuverschuldung. Und gleichzeitig stand diesem Nettoergebnis, und ich wiederhole es bewusst noch einmal, ein positiver, operativer Geldfluss von 106 Millionen Euro gegenüber.

Der Landes-Rechnungshof zeigt aber auch Schwachstellen auf.

Er kritisiert unter anderem die Qualität der Budgetplanung und erhebliche Abweichungen zwischen Voranschlägen und tatsächlichen Entwicklung, das müssen wir ernst nehmen und werden wir auch ernst nehmen.

Eine Budgetplanung muss möglichst realistisch sein. Transparenz muss gewährleistet sein und Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes sollen umgesetzt werden.

Aber auch hier gibt es einen Punkt der gerne vergessen wird. Der Rechnungshof stellt in seinem Bericht fest, dass Empfehlungen aus früheren Prüfungen bereits aufgegriffen wurden.

Zum Beispiel bei den Anhängen zum Rechnungsabschluss wurden zusätzliche verbale Erläuterungen aufgenommen und auch die Stellungnahme seitens der Landesregierung, die übermittelt wurde, ist auch ein positives Ergebnis davon.

Das heißt, Kontrolle funktioniert. Der Rechnungshof prüft, er empfiehlt, das Land verbessert. Genauso soll öffentliche Finanzkontrolle funktionieren.

Und auch etwas anderes hält der Landes-Rechnungshof ausdrücklich fest, es gab keine Prüfungsbehinderung und genau das ist die dementsprechende Transparenz die auch gelebt werden soll. *(Abg. Bernd Strobl: Das ist selbstverständlich so.)*

Der Landes-Rechnungshof warnt vor der weiteren finanziellen Entwicklung und genau da sind wir am richtigen Punkt. Auch diese Warnung nehmen wir ernst. Wir werden handeln, wir haben auch bereits gehandelt.

Mit dem Burgenländischen Haushaltsstabilitätsgesetz wurde ein gesetzlicher Rahmen geschaffen, der die weitere Entwicklung von Ausgaben und Verschuldung begrenzen soll. Daher kann niemand behaupten, dass diese Landesregierung diese Entwicklung ignoriert*. (Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Die entscheidende politische Frage lautet nämlich nicht, sparen oder nicht sparen. Sondern, es geht vielmehr um die Frage, wo sparen wir und wo sparen wir nicht. Und auch hier unterscheidet sich der politische Zugang fundamental von jeder anderen Partei.

Wir sagen: Ja zu soliden Landesfinanzen, ja zu effizienter Verwaltung, ja zu Überprüfung von Strukturen. Aber wir sagen auch: Nein zum Kaputtsparen unseres Gesundheitssystems, nein zum Kaputtsparen der Pflege, nein zum Kaputtsparen von Bildung und Kinderbetreuung.

Denn auch Unterlassung von Investitionen haben einen Preis. Eine Straße die heute nicht saniert wird, kostet morgen mehr. Eine Schule die heute nicht modernisiert wird, fehlt unseren Kindern in den folgenden Wochen, Monaten und Jahren.

Ein Pflegeplatz den wir heute nicht schaffen, fehlt einer Familie morgen und vor allem ein Gesundheitssystem in das wir heute nicht investieren, dafür zahlen die Menschen morgen den Preis, mit längeren Wegen und mit einer verschlechterten Versorgung.

Gerade deshalb brauchen wir eine verantwortungsvolle Konsolidierung und zwar mit Augenmaß und nicht auf dem Rücken der Menschen, sondern durch klare Prioritäten.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben nichts davon die Situation schönzureden, aber auch genauso wenig haben die Burgenländerinnen und die Burgenländer etwas davon, wenn wir ihr Land schlechtreden, als es tatsächlich dasteht. Das Burgenland steht wie alle anderen Bundesländer vor finanzpolitischen Herausforderungen.

Deshalb brauchen wir auch auf Bundesebene endlich eine ernsthafte Diskussion über die Finanzierung jener Aufgaben die Länder und Gemeinden für die Menschen erbringen sollen, nämlich in der Gesundheit, in der Pflege, in der Kinderbetreuung und in sozialen Leistungen.

Wir werden dort verbessern, wo Verbesserung notwendig ist und wir werden weiterhin eines tun: Verantwortung für die Menschen in unserem Land im Burgenland übernehmen.

Denn solide Finanzen und ein starker Sozialstaat sind für uns kein Widerspruch. Unsere Aufgabe ist es beides miteinander zu vereinbaren. Ich bin überzeugt, das

Burgenland hat in den vergangen Jahrzenten immer wieder bewiesen, dass es Herausforderungen bewältigen kann, wir werden auch diese bewältigen.

Mit Verantwortung, mit Augenmaß, mit Investitionen in Zukunft, aber vor allem mit einer Politik bei der am Ende nicht nur die Bilanz stimmt, sondern auch die Lebensqualität der Burgenländerinnen und Burgenländer. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Punkt möchte ich auch einen Abänderungsantrag einbringen beziehungsweise die Beschlussformel vorbringen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

- sich im Rahmen der Verhandlungen über den kommenden Finanzausgleich dafür einzusetzen, dass die Verteilung der finanziellen Mittel künftig verstärkt nach dem Prinzip „Geld folgt Leistung“ erfolgt. Länder und Gemeinden übernehmen insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Kinderbetreuung immer mehr Verantwortung, weshalb ihnen im Rahmen des Finanzausgleichs auch die für die nachhaltige Erfüllung dieser Aufgaben erforderlichen finanziellen Mitteln zur Verfügung zu stellen sind;
- den im Burgenländischen Haushaltsstabilitätsgesetz festgelegten Budgetpfad weiterhin konsequent zu verfolgen und die Finanzschulden des Landes sukzessive abzubauen;
- weiterhin die finanzielle Lage des Landes Burgenland inklusive der Landesholding Burgenland GmbH transparent, nachvollziehbar und vollständig darzustellen.

Danke. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN – Der Abgeordnete überreicht der Präsidentin den Abänderungsantrag.)*

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Mag.a Margit Paul-Kientzl, Kolleginnen und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 der GeOLT in die Verhandlung miteinbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Klubobmann Christian Ries das Wort.

Bitte Herr Klubobmann, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Werte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu den Fragen der ÖVP, darauf eingehe, muss man schon auf die Finanzlage des Landes eingehen.

Der Kollege Fürst, mein lieber Freund, ist ja sehr umtriebig auf Facebook und hat vor zwei Tagen, glaube ich, auf Facebook gepostet: Man muss ja auch die Bundesländer untereinander vergleichen.

Das Burgenland hat so eine positive Entwicklung seit 2019 genommen. Und da sagt der Fiskalrat: 2019 betrugen die Schulden 269 Millionen, 2024 waren es 786 Millionen. Das ist ein Anstieg um 192 Prozent.

Jetzt machen wir den Vergleich. Du hast gesagt: Niederösterreich und die Steiermark, wenn ich dieselben Parameter hernehme, dann finde ich Zahlen, dass es in Niederösterreich zwar einen Anstieg gibt, der ist 55 Prozent und in der Steiermark ist er 48 Prozent. Also da ist der Vergleich den Du wolltest, nur ich weiß nicht was Du damit

machen willst, mit diesem Vergleich, denn so positiv schneidet das Burgenland hier nicht ab.

Hier orte ich eine gewisse kognitive Dissonanz und man darf nicht nur auf die unmittelbaren Schulden blicken. Es gibt auch Parameter der ESVG-Betrachtung, dass die gesamtvolkswirtschaftliche Betrachtung dieses Sektors aus einem Land oder einem Staat zugeordnet wird. Da finden wir im Landeshaushalt 29 Prozent der Verschuldung, die restlichen 71 finden wir dann in den Landesunternehmen.

Auch dieses Verhältnis, man kann es nicht 1:1 umlegen, habe ich mir angeschaut, in Niederösterreich ist das 83 Prozent im Landeshaushalt und 17 Prozent in ausgelagerten und in der Steiermark gar nur 94 zu 6. Also soweit einmal dazu.

Und ja, 2026 wurden Nettoschulden abgebaut. Aber man muss auch sehen, wodurch das eigentlich überhaupt erst möglich wurde. Wurde schon angesprochen, die Wohnbaudarlehen, natürlich das kann man machen, ist auch positiv. Es ist kein Problem für uns das zu machen, aber das kann man eben nur einmal machen.

Ebenso wie die Mittel aus dem Athena-Fonds entnehmen, das ist eine einmalige Maßnahme. Das geht ganz einfach kein zweites Mal, das ist so wie, wenn man einen Wechsel einlöst, ist er eingelöst, ist der Wechsel mehr oder weniger wertlos.

Deswegen ist es geradezu unsere Pflicht nach der Finanzlage des Landes zu fragen und das ist keine parteipolitische Folklore bitte, das gehört ganz einfach zu einem Landtag, zu einer Opposition dazu.

Aber vordergründig sollen wir jetzt diese zehn Fragen der ÖVP an den Landeshauptmann beraten und da steht eben die finanzielle Lage des Landes Burgenland im Mittelpunkt. Und wenn man sich die Fragen und dann die Beantwortung durchliest, dann habe ich dazu gelernt. Ich bin jetzt schon einige Zeit Mandatar, war zuvor im Nationalrat und bis jetzt war ich der Auffassung, man stellt konkrete Fragen und bekommt dann auch vom jeweiligen Regierungsmitglied die diesbezügliche Antwort.

Im Burgenland ist diese Definition offenbar überholt. Hier scheint eine Frage an den Herrn Landeshauptmann so eine unverbindliche Einladung zu sein, irgendetwas zu diesem Thema zu sagen. Zahlen braucht man nicht unbedingt, er sagt einfach gern worüber er sprechen möchte und worüber er nicht sprechen möchte.

Für mich hat sich da schon ein Begriff manifestiert aus meiner Sicht. Diese Beantwortung nenne ich für mich „Doskoprosa“ das uns hier zum Besten gegeben wird.

Und wenn man sich diese zehn Fragen ansieht. Schulden, Liquidität, Gemeinden, Bedarfszuweisungen zu den Landesunternehmen und die finanzpolitischen Perspektiven des Landes, da muss man sagen, das sind ja keine exotischen Fragen.

Zu diesen Fragen kann man Zahlen nennen, man kann die Maßnahmen die man getroffen hat darlegen. Oder wenn man dazu keine Antwort hat, dann gibt man keine Antwort, begründet aber, warum man keine Antwort hat.

Aber was kommt zurück. Ein Verweis was alles im Bund oder in anderen Bundesländern vielleicht schiefgelaufen ist. Und in der Analyse gebe ich dem Herrn Landeshauptmann ja recht. Im Bund ist viel schief gelaufen in der letzten Koalition, aber das wurde aber nicht gefragt.

Das wissen wir eh alle selber. Jeder weiß das, dass bei der letzten Regierung einiges oder sehr viel danebengegangen ist. Aber die Frage wäre eine andere gewesen.

Es ist ungefähr so, wie wenn ein Schüler bei einer Schularbeit zehn Fragen bekommt. Er beantwortet keine einzige, schreibt aber auf zwei Seiten dazu, warum sein Sitznachbar noch weit schlechter ist wie er. So in etwa ist das hier, wenn man sich eine Beantwortung des Herrn Landeshauptmannes durchliest. *(Abg. Roman Kainrath: Keine schlechte Idee.)*

Wie soll ich sagen, das Tüpfelchen auf dem i ist ja dann, wenn man am Schluss sagt, er verweist auf eine bewährte parlamentarische Praxis. Das ist aber allerhand. Bewährt ist für mich eine parlamentarische Praxis dann, wenn ich auf parlamentarische Anfragen, parlamentarisch verwertbare Antworten bekomme. Und nicht zwei Seiten wie ich mich gerade fühle und was mir bei anderen nicht passt. Dann ist die Aussage oder das Wort „bewährt“ dazu nicht das erste Wort, das mir dazu eingefallen wäre.

Beim Herrn Landeshauptmann. Er muss ja die Fragen nicht alleine beantworten. Er hat ja ein personell gut ausgestattetes Büro über 20 Mitarbeiter. Da sollte es doch einigermaßen möglich sein, in angemessener Frist diese zehn Fragen und auch andere Anfragen von anderen Abgeordneten zu beantworten.

An personellen Ressourcen fehlt es nicht, am Willen fehlt es. Wir als Freiheitliche oder ich selbst in diesem Fall, haben ja das auch schon zu Genüge zu spüren bekommen.

Ich erinnere an die Neue Eisenstädter, da habe ich die Anfrage gestellt: Was hat die außerordentliche Sonderprüfung des Landes gekostet? Ich bekam ein politisches Statement, die Antwort oder die Quintessenz der Antwort war eigentlich null.

Aber da geht es um öffentliches Geld und wenn ich Externe dazu nehme *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Ihr wolltet´s auch einen Untersuchungsausschuss.)*, Rechtsanwälte, Gutachter, Berater, die werden alle mit Steuergeld bezahlt. *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Wisst Ihr schon noch, dass Ihr einen Untersuchungsausschuss wolltet.)* Das ist daher keine unzulässige Neugier. *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: In Wien habt Ihr drei U-Ausschüsse gerade rennen. Ich sag´s nur.)* Bleiben wir bitte, um das geht es nämlich, das ist der Kern der Sache. Die Antworten die der Herr Landeshauptmann nicht gibt.

Wer öffentliches Geld ausgibt, muss dazu Rechenschaft ablegen, das ist ganz einfach. Das wird überall so gemacht. Ich habe schon an andere Regierungsmitglieder im Nationalrat Anfragen gestellt, so etwas wie im Burgenland habe ich noch nie gesehen. Das ist absolutes Novum.

In der Antwort aus dem Büro des Landeshauptmannes wird dann verwiesen auf Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, Geheimhaltungspflichten und der absolute Notnagel ist immer dann der Datenschutz.

Das nimmt man dann, wenn einem sonst nichts einfällt, aber dann muss mir der Herr Landeshauptmann erklären, welches Geschäftsgeheimnis verletzt wird, wenn ich sage, was hat diese Sonderprüfung gekostet. Oder welche personenbezogenen Daten, Stichwort Datenschutz, verletzt würden, wenn ich die Gesamtsumme nenne. Davon kann keine Rede sein.

Wer diese Beantwortung verfasst hat, hat diese Beantwortung nicht formuliert, er hat etwas zusammen fabuliert, anders kann man das nicht benennen.

Wir werden uns das aber nicht gefallen lassen, wir werden durch alle Instanzen gehen und ich bin überzeugt davon, dass wir Recht behalten werden und dass wir diese Antwort bekommen werden. Und wenn es sein muss, spielen wir das jetzt bei jeder Anfrage. Wenn es die SPÖ so will, dann werden wir das so machen.

Und schade, dass der Herr Landeshauptmann jetzt nicht da ist. Er war ja Polizeibeamter, wie Du medial zum Ausdruck gebracht hattest, er kennt sich aus.

Da bringe ich jetzt noch ein Beispiel aus der Polizei. Wenn ich jemand bei einer Befragung frage: Wo warst du gestern? Der sagt mir drauf: Mein Nachbar ist auch kein Guter. Dann hat er etwas gesagt, aber nicht was man verwerten kann. Wenn ich ihn frage: Haben Sie ihr Fahrzeug gestern benutzt? Ja warte, mein Freund fahrt noch viel schneller als ich. Bei der dritten Frage antwortet er dann: Ich verweise auf meine bewährte Antwortpraxis, dann ist aber ganz der Ofen aus.

Ich würde mich nicht damit zu Frieden geben. Ich glaube auch der Herr Landeshauptmann hätte sich damit nicht zufriedengegeben in seiner Zeit bei der Polizei. Aber es ist gar nicht entscheidend ob ich damit zufrieden bin. Entscheidend ist, ob die Geschäftsordnung des Landtages damit zufrieden ist und sie ist es nicht.

Den § 29 der GeOLT sagt nicht, der Befragte hat binnen sechs Wochen irgendetwas zum Thema zu sagen, sondern er hat zu antworten. Wenn er die Antwort nicht geben kann, dann hat er das zu begründen. Das ist bewährte parlamentarische Praxis *(Zwischenruf des Abg. Mag. Dr. Roland Fürst.)* und das ist auch das, das ist auch das, was bei uns in der Geschäftsordnung steht.

Da wundere ich mich schon und mache mir Gedanken darüber welchen Stellenwert der Herr Landeshauptmann dem Landtag eigentlich beimisst. *(Beifall bei der FPÖ und der ÖVP)*

Eine Frage würde ich noch an die GRÜNEN gerne richten. Seid Ihr eh noch da? *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten - Abg. Mag.a Margit Paul-Kientzl: Immer.)* Also Transparenz und Informationsrechte und ein starkes Parlament, das waren Grundsätze die Ihr immer wie eine Monstranz vor Euch hergetragen habt.

Aber liebe GRÜNE, zehn konkrete Fragen, da wird man doch mit zehn konkreten Antworten rechnen dürfen. Oder hat sich Eure Meinung seither geändert, seit Ihr hier sitzt in der Regierung. Ist das jetzt auch Euer Stil?

Eine Anfrage soll Transparenz über die Gebarung und politische Entscheidungen bringen. Wenn Sie so wollen, ist eine Anfrage eine politische Lupe die man vorhält, aber die Transparenz, die hier gelebt wird, ist ein Milchglas.

Das heißt, man sieht, es ist irgendetwas darunter, man kann es aber nicht entziffern. Von der Lupe seid Ihr weit weg. Sie ist stark beschlagen.

In der Zeit, wo Ihr in der Regierung seid. Ihr seid Euren Grundsätzen im Grunde völlig untreu geworden. Auch in der Umweltpolitik. Das ist dann ein anderes Thema. Da kommen wir ein anderes Mal darauf zu sprechen.

Vom Landeshauptmann verlangt niemand, dass er das gut findet, was in der Anfrage steht. Die politische Bewertung, die wir darauf treffen, das ist völlig uninteressant. Da kann er ruhig ein politisches Statement abgeben, aber zuvor ist die Anfrage zu beantworten.

Konkrete Fragen. Konkrete Antworten. Wie es eben unsere Geschäftsordnung vorsieht.

Es geht nicht an, dass die Kontrollrechte so gelebt werden, dass der Kontrollierte entscheidet, was kontrolliert werden darf.

Beim Landes-Rechnungshof war es zum Beispiel so. Da wird nachher eine Kritik daran geübt, na das darf er sich eigentlich nicht anschauen. Wenn er das sagt, dann muss er das mit dem vergleichen.

Der Rechnungshof weiß schon, was er tut. Der braucht diese Anweisungen von Ihnen nicht. Der Herr Landeshauptmann sollte auch zur Kenntnis nehmen. Wir freuen uns, dass er wieder da ist und mit einigermaßen guter Gesundheit, aber er steht nicht über dem Landtag.

Der Landtag kontrolliert die Landesregierung. Daran wird sich in Zukunft, so hoffe ich auch, nichts ändern.

Wird eine Frage gestellt, so ist sie zu beantworten, denn so will es unsere Geschäftsordnung.

Bevor ich schließe, will ich noch kurz zum Dringlichkeitsantrag, zum Abänderungsantrag der SPÖ Stellung nehmen.

Wir werden ihm nicht zustimmen. Denn im letzten Punkt, das ist ja fast ein Hohn, wenn man sich diese Beantwortung des Herrn Landeshauptmannes ansieht, steht da bei Ihnen im letzten Punkt: Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, weiterhin die finanzielle Lage des Landes Burgenland inklusive der Landesholding Burgenland GmbH transparent, nachvollziehbar und vollständig darzustellen.

Das ist nämlich genau das, *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Wenn Ihr Schwierigkeiten damit habt, dann ist das Euer Problem.)* was Ihr macht. Wie Ihr auf diesen Antrag überhaupt kommt, ist für mich ohnehin verwunderlich. *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Das glaube ich Dir schon.)* Danke. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)*

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Als nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Carina Laschober-Luif zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Dipl.Päd.DI Carina Laschober-Luif (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Landesrätin und Landesräte! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechnungshofbericht zeigt eine finanzielle Entwicklung, die ernst ist. Die Zahlen sind alarmierend und wir müssen daraus Konsequenzen ziehen.

Natürlich ist Kritik nicht angenehm. Natürlich ist es politisch schwierig, wenn ein Bericht zeigt, dass das Geld nicht mehr für alles reicht, was man sich vorgenommen hat.

Was ich aber für falsch halte, ist, wenn plötzlich nicht mehr über Feststellungen gesprochen wird, sondern über die Person, die an der Spitze dieses Kontrollorgans steht.

Genau das erleben wir leider auch in der öffentlichen Debatte, wenn versucht wird, den Rechnungshofdirektor nicht fachlich, sondern persönlich anzugreifen.

Man kann dem Rechnungshof widersprechen, man kann Zahlen hinterfragen, man kann auch andere Schlussfolgerungen daraus ziehen und darüber diskutieren, aber ein Rechnungshofdirektor muss seine Arbeit machen können, ohne persönlich unter Druck zu geraten.

Viel wichtiger wäre es, über die Zahlen zu reden. Fehler aufzuzeigen, Lösungen zu finden und auch hart miteinander zu diskutieren.

Denn am Ende verbindet uns, glaube ich, alle eines: Das Burgenland lebenswert zu erhalten und das Burgenland und die Menschen mit dem zu versorgen, was sie im täglichen Leben brauchen.

Genau deshalb möchte ich nun einen anderen Punkt in den Mittelpunkt stellen.

Ja, wir müssen sparen, aber wir müssen auch wissen, wo wir nicht sparen dürfen. Für mich sind das klar zwei Bereiche: unsere Lebensmittelversorgung und unsere Familien.

Wenn wir über Landwirtschaft reden, reden wir nicht über irgendeine kleine Gruppe. Im Burgenland gibt es rund 5.000 landwirtschaftliche Betriebe. Mehr als 16.000 Menschen arbeiten auf diesen Betrieben, und unsere Landwirtschaft erzeugt jährlich Produkte und Leistungen von mehr als einer halben Milliarde Euro. Das ist wirtschaftliche Leistung, aber vor allem ist es Versorgungssicherheit.

Gerade in einer Zeit mit Kriegen, internationalen Konflikten und unsicheren Lieferketten müssen wir uns fragen: Können wir das Notwendigste im Land produzieren?

Denn, wenn Betriebe einmal zusperren, wenn Verarbeitung verschwindet und Produktionsstrukturen verlorengehen, dann können wir das im Krisenfall nicht von heute auf morgen wieder hochfahren.

Rund 420 Millionen Euro unseres landwirtschaftlichen Produktionswertes stammen aus dem Pflanzenbau. Das sind fast vier Fünftel. Und genau deshalb trifft die aktuelle Dürre auch das Burgenland besonders stark.

Wenn der Niederschlag ausbleibt, dann trifft uns das nicht am Rand unserer Landwirtschaft, sondern mitten im Kern unserer Produktion.

Deshalb ist es richtig, dass die Bundesregierung mit einem Dürrepaket reagiert und die Risikovorsorge stärkt. Denn Lebensmittelversorgung ist keine Selbstverständlichkeit.

Versorgungssicherheit beginnt nicht im Supermarkt; sie beginnt auf unseren Feldern, in unseren Weingärten, in unseren Ställen und bei jenen Betrieben, die unsere Lebensmittel auch verarbeiten. Und damit komme ich zur Hagel- und Mehrgefahrenversicherung.

Im Rechnungshofbericht werden für 2023 8,42 Millionen Euro ausgewiesen. Diese Position wird dort nicht kritisiert und auch nicht als Einsparung empfohlen. Sie wird als Transferleistung dargestellt. Und man muss auch die Größenordnung sehen.

Im selben Bericht finden sich etwa 54,08 Millionen Euro für Altenheime, 19,51 Millionen Euro für den Verkehrsverbund Ost-Region und 43,12 Millionen Euro für die Gesundheit Burgenland.

Ich spiele diese Leistungen ausdrücklich nicht gegeneinander aus, aber wenn immer wieder gefragt wird, warum unsere Bauern diese Unterstützung auch brauchen, dann sage ich ganz klar, weil es für unsere Lebensmittelversorgung geht und unsere Lebensmittelsicherheit auch sicherstellt.

Die Bauern zahlen selbst einen erheblichen Teil ihrer Versicherungsprämie. Rund acht von zehn Ackerbaubetrieben im Burgenland sind gegen die Wetterrisiken abgesichert.

Damit übernehmen die Betriebe Selbstverantwortung und schützen sich gegen Risiken, die sie nicht beeinflussen können, wie Hagel, Frost, Dürre oder Sturm.

Wir müssen auch weiterdenken. Gerade weil das Burgenland so stark vom Pflanzenbau geprägt ist, sollten wir gleichzeitig die Tierhaltung stärken.

Hier hätten wir wesentlich mehr Potential. Aber dafür muss es auch möglich sein, Investitionen zu tätigen. Genau hier haben wir auch ein Problem.

Stallbauten werden durch die Raumordnung, durch lange Verfahren und viele Auflagen erschwert. Gleichzeitig geht natürlich die Tierhaltung zurück. Wir können nicht über Regionalität, Herkunft und Tierwohl sprechen und gleichzeitig moderne Stallbauten verhindern. Ohne Produktion gibt es keine regionale Herkunft.

Der zweite Bereich, den wir schützen müssen, sind unsere Familien. Ich glaube, da sind wir uns grundsätzlich alle einig. Auch hier gilt: In schwierigen Zeiten dürfen Familien nicht die ersten sein, bei denen Leistungen zurückgenommen werden.

Der Rechnungshofbericht weist in etwa 42,73 Millionen Euro für Kindergärten und 20,41 Millionen Euro für Jugendwohlfahrt aus. Diese zwei möchte ich herausstreichen.

Gerade bei der Kinderbetreuung darf man nicht vergessen, diese Leistung wird zu einem großen Teil auch von unseren Gemeinden erbracht. Die Gemeinden stellen die Einrichtungen bereit, beschäftigen Personal und sorgen dafür, dass die Kinderbetreuung vor Ort auch funktioniert, und das kostet natürlich alles Geld.

Durch die hohen finanziellen Belastungen und Abzüge des Landes bleibt vielen Gemeinden kaum noch Spielraum. Umso wichtiger ist es, dass diese Unterstützung des Landes auch erhalten bleibt.

Denn wenn diese Mittel gekürzt werden, trifft das nicht irgendeinen abstrakten Budgetposten, sondern das trifft die Gemeinden und am Ende die Familien.

Diese Transferleistungen sorgen dafür, dass Kindergärten und -krippen offenbleiben, dass Familien entlastet werden und dass Eltern Familie und Beruf vereinbaren können.

Dasselbe gilt für die Schulassistenz, wo es eigentlich keinen Ausbau, sondern Kürzungen gegeben hat. Für betroffene Kinder und Familien ist das keine Luxusleistung, sondern eine notwendige Unterstützung im Alltag. Gerade deshalb sind Kürzungen in diesem Bereich besonders sensibel.

Ja, wir müssen sparen.

Ja, wir müssen Strukturen überprüfen.

Aber Konsolidierung heißt nicht nur, zu wissen, wo man kürzt. Konsolidierung heißt auch zu wissen, was man schützt.

Mit meiner Wortmeldung ist mir genau das wichtig.

Wir dürfen nicht dort sparen, wo wir unsere Versorgungssicherheit gefährden oder Familien jene Leistungen wegnehmen, die sie im Alltag brauchen. Für mich sind das unsere Lebensmittelversorgung und unsere Familien. Denn ohne Betriebe keine Versorgungssicherheit und ohne starke Familien keine Zukunft. Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Als nächster Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Christian Sagartz zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Am 3. Dezember 2000 wurde eine Wahl im Burgenland geschlagen und die GRÜNEN haben es nach mehreren erfolglosen Anläufen in den Burgenländischen Landtag geschafft.

Im November 2001 wurde aus dem Burgenländischen Kontrollamt als Vorgängerinstitution des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes eine eigenständige

und vor allem nicht mehr weisungsgebundene Institution, die am 7. Feber 2002 ihren Betrieb aufnahm.

Warum sage ich Ihnen das?

Dass das so ausgeformt war, dieses Gesetz, dass dieser Rechnungshof auch für damalige Verhältnisse massiv modern und zukunftsfähig war. Wissen Sie, wer da eigentlich eine Triebfeder war? Ich war nicht live dabei, aber Grete Krojer. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich schon.)*

Ja, der Thomas Steiner hat wahrscheinlich die Anträge im Hintergrund geschrieben. Aber die Grete Krojer und der Joško Vlasich, die haben sich massiv dafür eingesetzt.

Ich hätte heute gerne ihre Gesichter gesehen. Was jene, die ihnen nachgefolgt sind, oder auch die Regina Petrik, die uns damals als Regierungsfraktionen vorgeworfen hat, dass wir kein Interesse haben an einem starken Landes-Rechnungshof. Die Gesichter hätte ich gerne heute gesehen, was die heutigen GRÜNEN und Margit, ich bin Dir dankbar, dass Du zumindest ein bisschen über den Schatten gesprungen bist und ein bisschen eine leise Kritik und Rechtfertigung gegenüber den massiven Attacken der SPÖ durchscheinen hast lassen, dass Ihr das nicht einfach so durchgehen lässt und kommentarlos einfach zur Tagesordnung geht, wenn der Landes-Rechnungshofdirektor zur politischen Zielscheibe im Burgenland gemacht wird.

Da hätte ich mir viel mehr von den GRÜNEN erwartet. Das ist eine massive Enttäuschung gegenüber dem, was Ihr Jahrzehnte in diesem Landtag vorgelebt habt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Damit wir gleich ganz persönlich bleiben. Ja, ich habe auch den Herrn Landes-Rechnungshofdirektor einmal persönlich attackiert. Den Franz Katzmann in einer Presseaussendung, dann in einer Pressekonferenz. Der Roland Fürst hat es mir vorgezeigt. Der Jürgen Dolesch hat es irgendwie am Rande erwähnt, aber dann doch nicht ausformuliert. Ich stehe dazu, was ich damals gesagt habe.

Aber wissen Sie, werte Kollegen, was spannend ist? Niemand hat damals den Franz Katzmann verteidigt.

Was war da? Was war da los? Scheinbar gibt es ja doch dann Fälle, wo jemand parteipolitisch agiert. Wo sich jemand zum Spielball der Politik machen hat lassen. Konnte man damals nicht belegen, aber auch nicht widerlegen. Es ist alles im Raum stehen geblieben und der Schaden war dann doch da.

Ich war froh, dass mit dem Andreas Mihalits und jetzt mit dem René Wenk Rechnungshofdirektoren gekommen sind, die Rechnungshofberichte gebracht haben, die mir manchmal gar nicht geschmeckt haben.

Ich war Landesgeschäftsführer meiner Partei und Klubobmann. Jeder, der so eine Funktion innehat, der weiß, wenn niemand mehr reden möchte zu einem Tagesordnungspunkt, dann rücken die zwei aus.

Damit möchte ich nur sagen, aber diese Institution an sich hat niemand versucht, kleinzureden.

Heute hat der Herr Landeshauptmann etwas gesagt, was ich nicht nachvollziehen kann. Der Landeshauptmann hat gesagt: Politiker entscheiden und nicht der Landes-Rechnungshofdirektor.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Wo hat denn der René Wenk irgendwas entschieden? Wer hat dem irgendwo Macht in diesem Raum gegeben, mitzuentscheiden?

Er hat analysiert. Er hat gerechnet und er hat sich dann eine Meinung erlaubt. So. Die steht jedem anderen auch zu.

Wenn ich mir denke, dass heute gesagt wurde, so was ist völlig undenkbar, der Thomas Steiner hat schon ein Beispiel gebracht. Wir haben vorher kurz den Doktor Google befragt.

Mein Lieblingsbeispiel ist: Die Margit Kraker hat etwas gemacht, was ich wirklich spannend finde. Die hat ja nicht nur die Politiker kritisiert und die Regierenden, die hat sogar noch Folgendes gesagt: Wenn man die Universitäten kürzen kann, dann kann man auch gleich bei der Parteiförderung kürzen.

Das heißt, die ist sogar so weit gegangen, dass sie völlig aus der Luft gegriffen sagt, ich verteidige das Budget der Universitäten und sprich die Förderung der Parteien und Klubs im Gegenzug die Legitimität ab.

Da hätte ich jetzt allen Grund gesehen, dass man sagt: Naja, das ist jetzt schon übertrieben.

Wenn man zu wenig Geld für die Universitäten hat, dass man dann zu wenig Geld woanders hingibt, das ist politische Meinung. Aber wissen Sie, was bei dem ganzen Presseartikel fehlt? Niemand, kein einziger Politiker hat was kritisiert. Niemand hat sie dafür in die Pfanne gehauen und gesagt, die gehört weg. Das ist ein Wahnsinn.

So kann man doch mit denen nicht umgehen.

Und was ich Ihnen schon heute vorwerfe, ist, werte Kolleginnen und Kollegen der SPÖ, vor allem dem Roland Fürst, der versucht hier, die persönliche Integrität des Rechnungshofdirektor zu untergraben. Warum tut man das?

Ich bin jetzt ein Schelm, der Böses denkt in dem Fall. Der hat noch eine lange Zeit vor sich, bestellt für zehn Jahre bis 2032, ist scheinbar René Wenk und sein Team schonungslos daran gegangen, Dinge aufzuweiten in unserem Land. Rechnungshofberichte zu liefern, die wahrscheinlich noch vielen von uns harte Nüsse zum Knacken aufgeben und das hoffe ich mir und das erwünsche ich mir und das ist auch die Aufgabe, manchmal wird mir dieser Bericht persönlich gefallen, manchmal werde ich politisch unzufrieden sein.

Aber eines haben wir alle 36 hier als Aufgabe: Unser Kontrollorgan, unser Hilfsorgan des Landtages können und dürfen regierende und andere politische Akteure nicht schlechtreden und damit Demokratie und Kontrolle in diesem Haus gefährden. *(Beifall bei der ÖVP)*

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hans Unger.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Hans Unger (ÖVP): Vielen Dank geschätzte Frau Präsidentin. Werte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer und Zuseher! Wie kann man den Grund der heutigen Sitzung in einem Satz zusammenfassen?

Das Land steht vor dem finanziellen Ruin oder anders gesagt, die Kassen des Landes sind leer.

Die Zahlen, die uns der Landes-Rechnungshof vorgelegt hat, sind alarmierend. Das Vermögen des Landes schwindet, die Schulden steigen, die liquiden Mitteln gehen zurück.

Was ist die Antwort dieser Landesregierung? Neue Einnahmen, neue Abgaben, neue Belastungen.

Wenn die Ausgaben davonlaufen, kann die Lösung aber nicht darin bestehen, immer neue Möglichkeiten zu suchen, den Menschen und den Unternehmen noch mehr Geld abzunehmen.

Die entscheidende Frage lautet: Warum wird nicht endlich auf der Ausgabenseite angesetzt? Wo kann gespart werden, welche Ausgaben sind tatsächlich notwendig und welche politischen Prestigeobjekte kann sich das Land in dieser finanziellen Situation schlicht nicht mehr leisten?

Genau diese Fragen müssen wir stellen.

Herr Klubobmann Fürst, den nächsten Satz meiner Rede richte ich vor allem an Sie.

Der Landes-Rechnungshof ist nicht das Problem. Deshalb möchte ich auch eines klar sagen, die Kritik der Landesregierung am Landes-Rechnungshof ist nicht gerechtfertigt. Der Landes-Rechnungshof hat die finanzielle Situation des Burgenlandes nicht verursacht. Er hat sie nur aufgezeigt.

Wenn der Rechnungshof feststellt, dass das Vermögen zurückgeht, die Verschuldung steigt und die Liquidität des Landes zunehmend angespannt ist, dann sollte die politische Reaktion nicht darin bestehen, den Überbringer der schlechten Nachricht anzugreifen.

Die richtige Reaktion wäre: Danke für den Hinweis und jetzt handeln wird.

Stattdessen erleben wir persönliche Angriffe und politische Schuldzuweisungen. Das bringt keinen einzigen Euro in die Landeskassa zurück.

Es löst auch kein einziges finanzielles Problem. Wir brauchen keine Angriffe auf unabhängige Kontrollorgane. Wir brauchen Konsequenzen aus deren Feststellungen.

Und was passiert stattdessen? Wir erleben seit Jahren Maßnahmen, bei denen zunächst große Ziele angekündigt werden, aber am Ende niemand wirklich sagen kann, was sie konkret gebracht haben.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Baulandabgabe.

Sie wurde mit großen Erwartungen verbunden, Bauland sollte mobilisiert werden, Bauen sollte billiger werden, es sollte Bewegung in den Grundstücksmarkt kommen.

Aber heute müssen wir ganz nüchtern fragen? Wie viele zusätzliche Bauplätze wurden dadurch tatsächlich mobilisiert? Wie viele Grundstücke *(Landesrat Mag. Heinrich Dorner: 300.)* sind aufgrund dieser Maßnahmen tatsächlich auf den Markt gekommen? 300.

Und vor allem, spannende Frage: Ist das Bauen dadurch für die Burgenländerinnen und Burgenländer tatsächlich günstiger geworden?

Ich glaube, das ist nicht der Fall. Und genau das ist das Problem.

Es wird viel angekündigt, viel kommuniziert und viel politisch verkauft. Am Ende des Tages muss eine politische Maßnahme daran gemessen werden, was sie tatsächlich bewirkt.

Wenn niemand seriös sagen kann, wie viele Bauplätze - wir haben gerade gehört, 300 - dadurch mobilisiert wurden und ob dadurch, aber wichtigerweise das Bauen günstiger geworden ist, dann bleibt am Ende aber vor allem eines übrig und das ist heiße Luft.

Genau das darf sich jetzt bei der geplanten LKW-Maut nicht wiederholen.

Denn nun soll mit der LKW-Maut die nächste Belastung kommen.

Wieder wird eine neue Einnahmenquelle geschaffen, wieder wird argumentiert, dass damit ein bestimmtes Problem gelöst werden soll.

Aber bevor wir eine neue Belastung beschließen, müssen wir doch eine ganz einfache Frage stellen?

Was bringt diese Maut tatsächlich? Wie hoch sind die Einnahmen, welche Kosten entstehen für die Verwaltung, welche Auswirkungen hat sie auf unsere heimischen Unternehmen und wer bezahlt sie letztendlich?

Denn eines ist klar, ein LKW fährt nicht zum Spaß durch die Gegend. Ein LKW bringt Baustoffe für eine Baustelle, ein LKW transportiert Lebensmittel, ein LKW liefert Waren zu unseren Betrieben, ein LKW bringt Produkte von unseren Unternehmen zu ihren Kunden.

Gerade im Burgenland sind viele Unternehmen auf Landesstraßen eben auch angewiesen.

Nehmen wir eine ganz normale Baustelle. Dort wird Schotter benötigt, Beton muss angeliefert werden, Aushub muss verbracht werden, Baustoffe müssen transportiert werden und diese Transporte verschwinden nicht nur, weil das Land eine Maut einführt.

Die Kosten werden weitergegeben - an das Bauunternehmen, an den Auftraggeber, an den Häuslbauer, an den Betrieb, der investiert.

Letztendlich an die Menschen, die müssen diese Leistungen dann auch bezahlen.

Gerade in einer Zeit, in der ohnehin alles teurer geworden ist, brauchen wir nicht noch eine zusätzliche Kostenbelastung.

Deshalb gilt für unsere Nahversorgung, ein Lebensmittelgeschäft in einer kleinen Gemeinde kann nicht einfach auf die Autobahn ausweichen. Die Ware muss dorthin gebracht werden, wo sie die Menschen vor Ort brauchen.

Frische Lebensmittel müssen regelmäßig geliefert werden, Getränke, Kühlware und Waren des täglichen Bedarfs müssen transportiert werden.

Gerade im ländlichen Raum sind Landstraßen deshalb unverzichtbar.

Wenn der Transport teurer wird, wird auch die Versorgung teurer. Am Ende zahlt es wieder der Konsument.

Die Kritik der Industriellenvereinigung und des Lebensmittelgroßhandels ist daher ernst zu nehmen.

Sie warnen davor, dass eine zusätzliche LKW-Maut die Transportkosten erhöht, den Wirtschaftsstandort Burgenland schwächt und letztlich auch die Bevölkerung belastet.

Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir brauchen.

Meine Damen und Herren! Wenn die Landesfinanzen tatsächlich so angespannt sind, wie uns der Landes-Rechnungshof das aufzeigt, dann muss die Konsequenz eine andere sein. Wir müssen bei den Ausgaben zu sparen beginnen, nicht bei den Menschen, nicht bei den Familien, nicht bei den Unternehmen und nicht bei den Frächtern und nicht bei den Konsumenten.

Wir müssen uns fragen, welche Projekte noch finanzierbar sind. Wir müssen Prioritäten setzen, wir müssen Doppelgleisigkeiten vermeiden und wir müssen Verwaltungsstrukturen hinterfragen.

Wir müssen auch den Mut haben, politische Projekte zu stoppen, wenn sie sich das Land schlicht nicht mehr leisten kann. Denn eines kann nicht sein, dass auf der einen Seite Milliarden an Schulden aufgebaut werden und auf der anderen Seite ständig neue Einnahmequellen gesucht werden, um diese Entwicklung irgendwie weiter zu finanzieren.

Deshalb sage ich ganz klar: Wir dürfen bei der LKW-Maut nicht denselben Fehler wiederholen wie bei der Baulandabgabe.

Wir wollen keine Maßnahme, die groß angekündigt wird und am Ende aber hauptsächliche zusätzliche Bürokratie und zusätzliche Kosten verursacht und bei der niemand seriös sagen kann, was sie tatsächlich bewirkt.

Wir wollen keine politischen Maßnahmen nach dem Motto „Hauptsache man kann sie ankündigen“.

Wir wollen Maßnahmen, die am Ende des Tages auch nachvollziehbar sind.

Was kosten sie, was bringt sie und wen belastet sie? Welches konkrete Problem soll damit gelöst werden?

Diese Fragen müssen vor jeder neuen Abgaben beantwortet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die zehn Fragen, die wir gestellt haben, sind deshalb völlig berechtigt.

Der Landes-Rechnungshof hat Probleme aufgezeigt. Wir wollen wissen, welche Konsequenzen daraus gezogen werden und ob die Landesregierung bereit ist, ihre Ausgabenpolitik zu verändern.

Denn politische Verantwortung bedeutet nicht nur, neue Einnahmen zu beschließen. Politische Verantwortung bedeutet vor allem, mit dem vorhandenen Geld auszukommen.

Wenn das nicht möglich ist, dann muss man zuerst die Ausgaben reduzieren, bevor man die Hand noch tiefer in die Tasche der Burgenländerinnen und Burgenländer steckt.

Zu diesem Thema darf ich noch aus einem Artikel der heutigen „Kronen Zeitung“ zitieren. Der Titel des Artikels „Mautpläne könnten Reisegruppen vertreiben“. Der deutsche Bundesverband der Omnibusunternehmen warnt in seinem Brief an Landeshauptmann Doskozil, dass das Burgenland künftig aus Reiseprogrammen gestrichen werden kann. Warum?

Weil auch Busse von der neuen Maut betroffen sind.

Und jetzt frage ich die Landesregierung: Ist Ihnen das alles klar?

Monatlich werden Tourismuszahlen präsentiert, monatlich wird darauf hingewiesen, wie wichtig der Tourismus für das Burgenland ist. Und dann soll so was kommen?

Es wurde bereits die Ortstaxe massiv erhöht, wo Urlauber mich fragen, was das denn soll. Und nun das.

Das Vorgehen verstehe ich nicht. Ich bin auch gespannt, ob auch dann die Burgenland-Busse Maut dann bezahlen müssen.

Abschließend gefällt mir in diesem Artikel der Vorschlag des steirischen Kammerpräsidenten. Er möchte, dass die neue Maut auf Rechnungen als „Doskozil-Aufschlag“ ausgewiesen wird. Damit wäre einmal transparent dargestellt, warum alles teurer wird.

Unsere Botschaft ist klar: Keine neuen Belastungen, bevor nicht die Ausgaben in Ordnung geschafft wurden.

Keine LKW-Maut, die unsere Wirtschaft, unsere Baustellen, unsere Nahversorgung und auch den Tourismus schwächt.

Keine Abgaben ohne nachweisbaren Nutzen und vor allem keine heiße Luft mehr, sondern konkrete Ergebnisse.

Das Burgenland braucht einen Kurswechsel: weniger Belastung, weniger Prestige, weniger Ausreden. Dafür mehr Transparenz, mehr Verantwortung und endlich eine nachhaltige Finanzpolitik.

Denn die Rechnung, die heute gemacht wird, bezahlen nicht wir Politiker, die Rechnung bezahlen am Ende alle Burgenländerinnen und Burgenländer. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerald Handig.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerald Handig (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, ganz spontan melde ich mich zu diesem Tagesordnungspunkt und möchte wirklich kurz bleiben.

Als Opposition kritisieren wir natürlich und stellen fest, dass sich die Verschuldungen und die Verbindlichkeiten dramatisch erhöht haben, die liquiden Mittel aufgebraucht sind, Tafelsilber oder Familiensilber, je nachdem, wie man es nennt, verkauft und veräußert wird, letztendlich die Finanzstabilität gefährdet ist.

Das sagen nicht nur wir, sondern das sagt der Burgenländische Landes-Rechnungshof, der davor warnt, dass die Verschuldung zunehmend und mehr wird.

Auch das hat seine Begründung und die findet sich in diesem Rechnungshofbericht, sodass der Burgenländische Rechnungshof als Kontrollorgan angestellt hat, geprüft hat und vor etwa zwei Monaten, Anfang Juli, veröffentlicht hat. Darin finden sich 47 Empfehlungen.

Genau deshalb ist dieser Prüfungsbericht für uns wesentlich und wichtig, er ist nicht nur öffentlich interessant.

Ich glaube, viele von Euch sind in den letzten Wochen auf irgendwelchen Festen oder auf der Straße angesprochen worden, wie schaut es mit der finanziellen Situation wirklich aus, was macht ihr dagegen. Deswegen ist er ja auch politisch immens brisant und natürlich auch medial.

Das ist natürlich heute ein Instrument, das sich die Opposition nützt, um hier auch medial Aufmerksamkeit zu zeugen.

Vielleicht auch deswegen, um jemanden oder zumindest der Landesregierung ein wenig auf die Zehen zu steigen. Das hat man auch gespürt, wie manche da sehr, sehr empfindlich reagieren, und das ist gut so.

Vielleicht wird man dann doch ein wenig mehr wach und übernimmt Verantwortung.

Genau das wollten wir mit diesen zehn Fragen, die wir auch gestellt haben, vor drei Wochen, dass jemand, sprich der Landeshauptmann und in seiner Funktion auch als Finanzlandesrat, Verantwortung übernimmt.

Das war ja die erste Frage: Übernehmen Sie die Verantwortung über diese Misere?

Im Wort Verantwortung steht alleine schon, Antworten.

Wir wollten Antworten, und es würde den heutigen Sonderlandtag nicht geben, hätten wir schlüssige Antworten erhalten. Dem war aber nicht so.

Der Kollege Ries hat schon ein Beispiel gebracht mit dem Lehrer und mit dem Schüler, so ähnlich denke ich es auch und zwar, wenn jetzt ein Elternsprechtag ist und der Papa kommt mit dem Sohn zum Klassenvorstand und der Klassenvorstand sagt, der Bub tut nichts, da kommt nichts, der hat nur Vierer und Fünfer. Also, ich empfehle ihnen, ich lege ihnen ans Herz, tut etwas, denn ansonsten wird sich das bis zum Jahresende, bis zum Schulzeugnis, nicht ausgehen.

Wenn jetzt ich als Vater verantwortungsvoll bin, dann rede ich mit meinem Sohn, dann rede ich ihm ins Gewissen und versuche hier, dass er Vokabeln lernt, dass er die Grundrechnungsarten lernt und was weiß ich noch alles, damit diese Situation eben verbessert wird.

Nichts anderes erwartet sich der Landes-Rechnungshof mit diesem Bericht und nichts anderes erwarten uns wir. Nämlich, dass diese Situation eben verbessert wird. Eine Frage dieser zehn Fragen war, es war die Frage Nr. 8: Welche Empfehlungen werden Sie, Herr Landeshauptmann, bis zur Vorlage des Budgets 2027 konkret umsetzen?

Ja, eine Antwort, das haben wir auch schon mehrfach gehört, ist natürlich keine gekommen oder jedenfalls nicht eine, mit der man etwas anfangen kann. Also, die parlamentarische Praxis wurde hier weit umschifft und weit umgegangen.

Ich darf daher die Landesregierung auffordern, insbesondere den Finanzlandesreferenten, hier diese Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes ernst zu nehmen und diese so weit wie möglich und so schnell wie möglich und so gut wie möglich zu reparieren.

Ich schließe aber mit einer Nichtempfehlung: Bitte, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, reparieren Sie diese Misere, aber stopfen Sie die finanziellen Löcher nicht auf Kosten der Gemeinden, nicht mit den Ertragsanteilen, nicht mit den Bedarfszuweisungen und jedenfalls nicht auf den Rücken der Bürgerinnen und Bürger. *(Beifall bei der ÖVP)*

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Als nächstes ist Herr Abgeordneter Markus Ulram zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Danke schön Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder, nämlich, diejenigen die von der Regierung zumindest da sind!

Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Ich darf einmal mit ein paar Feststellungen beginnen. Seit 14:38 Uhr ist der zuständige Landeshauptmann und Finanzreferent nicht mehr im Raum.

Offensichtlich hat er irgendwie den Willen verloren, *(Abg. Fabio Halb: Ist logisch.)* heute bei dieser Sitzung, wo es eigentlich hauptsächlich um seine Person geht, als Finanzreferent dieses Landes hier dabei zu sein.

Das zweite ist: Er hat heute behauptet, dass der Landes-Rechnungshof die Genossenschaften geprüft hätte und dabei nichts Auffälliges gefunden hat.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich darf Sie korrigieren, denn der Landes-Rechnungshof hat nicht die Genossenschaft geprüft, sondern die Vergabe der Wohnbauförderungsmittel an die Genossenschaften, sprich, das Land Burgenland.

In weiterer Folge darf ich festhalten, an den Kollegen Fürst gerichtet: Er sich darüber medial, also sogar öffentlich, beschwert, dass der Landes-Rechnungshof so viel Geld kostet. Sie selbst waren es, meine sehr geschätzten Damen und Herren, die dafür bei der Beschlussfassung des Landesbudgets aufgestanden sind und somit das Budget für den Landes-Rechnungshof beschlossen haben.

Das nur zum einen. Zum anderen wäre es die gute Arbeit des Landes-Rechnungshofes auch wert, diese Mittel und personellen Dinge hier anzupassen und aufzustocken. Dann komme ich noch zu einer Korrektur, die mich besonders geärgert hat, weil sie von Herrn Landesrat Schneemann zum wiederholten Male stattgefunden hat.

Er hat zum wiederholten Male hier behauptet, es ist in diesem Bereich in seinem Ressort hier nicht gespart worden. Das Gegenteil ist der Fall. Der Herr Landesrat Schneemann ist gemeinsam mit dem Landeshauptmann dafür verantwortlich, dass bei den Schwächsten in dieser Gesellschaft gespart wird. Nämlich, in der Schulassistenz, die für diejenigen Personen hier vorgesehen sind, die beeinträchtigte Personen im Schulalltag begleiten.

Ich darf Ihnen das aus seiner eigenen Anfragebeantwortung zitieren. Auf die Frage, wie hoch das Vollzeitäquivalent der Mitarbeiter aktuell ist, hat er zu Weihnachten des Vorjahres, nämlich, am 23. Dezember 2025, geantwortet, dass es defacto um 33 Personen Vollzeitäquivalenz geht. Das heißt, dass hier die Anzahl der Köpfe, viel höher war, die aus den Schulen abgezogen sind, als aus dem Vorjahr. Er hat weiters mitgeteilt, dass es im Bezug und im Vergleich auf das Jahr 2024 im Jahr 2025 nur zehn Neuzugänge gegeben hat, aber 54 Abgänge, die heute noch in den Schulen fehlen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Er hat seinerzeit in dieser Anfragebeantwortung weiters mitgeteilt, das ist ja noch nicht so lange her, dass die Anzahl der Schüler, die hier Unterstützung brauchen jedes Jahr defacto gestiegen ist. In diesem Fall vom Schuljahr 2024/2025. Im Schuljahr 2025/2026 war die Prognose von 683 Schülerinnen und Schüler auf 704 steigend.

Jetzt sage ich Ihnen das Gravierendste dabei, wo diese Aussage mit nichts stimmt und eigentlich eine Verhöhnung ist, nicht nur hier, vor allen Abgeordneten und dem Landtag, sondern vor all jenen, die diese Hilfe benötigen. Er selbst hat in dieser Beantwortung geschrieben, dass die Gesamtstundenanzahl, die das Land bezahlt und aufwendet, von 8.143 Stunden im Jahr auf 6.500 gekürzt wird. Das sind 20 Prozent, wo bei den Schwächsten hier im Burgenland gespart wird.

Das ist eigentlich eine Geschichte, da kann man sich eigentlich schämen, wenn man sich so herstellt und man sagt, man spart nicht und hat bei den Schwächsten in der Gesellschaft 20 Prozent eingespart. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Aber, wenn man schon bei den Wahrheiten ist, so hat der Herr Kollege Fürst schon eine Wahrheit gesagt, wie er nämlich die Dinge oft sieht und gegen die er eigentlich etwas hat, eine eigene Wahrheit aufbaut und wo alle anderen dazu applaudiert haben.

Man braucht nur in Bezug auf die Gemeinden ein paar Dinge festhalten. Da nehme ich teils die Regierung selbst zu 100 Prozent, aber auch die Kolleginnen und Kollegen in den Abgeordnetenbänken sprich, der SPÖ und der GRÜNEN, dazu.

In Bezug auf die Gemeinden ist heute fälschlicherweise von Herrn Landesrat Schneemann auch behauptet worden, sie werden so toll unterstützt, aber mit 1.1.2026 ist die Güterwegforderung eingestampft worden. Verantwortlich dafür ist diese Rot-Grüne Regierung.

Mit 1.1.2026 ist das Schulbauprogramm eingestellt worden. Verantwortlich dafür ist diese Rot-Grüne Landesregierung. Es ist der Kindergartenpersonalförderungsanteil seit 2024 eingefroren und nur mit den Geldern des Bundes wird das fälschlicherweise dargestellt, wie wenn das steigen würde, obwohl das nicht der Anteil der Länder oder des Landes ist.

Der Krankenanstaltenabgangsbetrag ist 23 Jahre falsch berechnet und in drei Jahren aufgerollt worden. Das hat zu massiven Belastung der Gemeinden geführt. Die Sozialhilfe ist hier im Hohen Haus beschlossen worden, Sozialhilfe Neu, mit den Regierungskolleginnen und -kollegen, mit den Abgeordneten der SPÖ vor allem, wo 50 Prozent den Gemeinden angelastet wird.

Die Pflegestützpunkte, die gebaut werden, werden 50 Prozent von den Gemeinden mitfinanziert und dann stellt sich der Landeshauptmann auf der anderen Seite immer hin, das ist besonders verwerflich, und sagt, Richtung Bund: Derjenige, der etwas anschafft, soll zahlen. Ja, genau so schaut es im Bundesland Burgenland auch aus, wenn sich die Regierung so etwas wünscht, dann soll sie es auch zahlen, aber dann kann ich nicht die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, die eine hervorragende Arbeit leisten, in Mitleidenschaft ziehen bei den Budgets, wo sie 50 Prozent bei ein jedem Stützpunkt mitzahlen.

Die Tourismusabgabe – und das ist gar nicht so lang her: Nicht nur, das von 2,50 auf 4,50 Euro erhöht worden ist, sondern auch der Verteilungsanteil ist verändert worden. Von 50:50 auf 80:20.

Das sind viele tausende Euro, die den Gemeinden einfach abgehen. Tourismusförderung. Das ist, wie ich schon mal gesagt habe, wie im alten Rom.

Entsprichst du der Parteilinie hier im Hohen Haus, dann bekommst du eine Förderung, ein paar Tausend Euro. Entsprichst du nicht, bekommst du nichts für deinen Tourismus in der Ortschaft.

Die Auszahlung von Geldern, die den Gemeinden zustehen, die Baulandsteuer, die man eingeführt hat, das ist ja auch so toll, Herr Landesrat. Jetzt sind die ersten Einnahmen geflossen, die Auszahlungen an die Gemeinden sind nicht erfolgt. Wieso erfolgt das nicht?

Weil man offensichtlich das Hütchenspiel in den Finanzbereichen weiter betreibt. Das gleiche passiert natürlich in vielen anderen Bereichen, wo die Gelder einfach nicht ausbezahlt werden.

Wenn heute hier von der Regierungsbank behauptet worden ist, die Gemeinden werden alle so toll unterstützt und die Sonderprojekte im Bereich der Feuerwehr und der Volksschule dann ist das falsch, dass jede Gemeinde gleichbehandelt wird. *(Abg. Fabio Halb: Neuhaus am Klausenbach!)*

Sondern, es wird nur subjektiv nach subjektiven Kriterien hier gehandelt. Die Schulbauprogrammförderung und Unterstützung des Vorjahres ist bis heute noch nicht an alle Gemeinden ausbezahlt, obwohl bald Weihnachten näher ist, als der Genehmigungsbeschluss von manchen Projekten.

Raumplanungsgesetz, Sie sind dafür verantwortlich für die Änderung des Raumplanungsgesetzes. Insofern das Sie nicht mehr zulassen, dass Gemeinden für Ihre Einnahmen schauen können und privatrechtliche Vereinbarungen treffen dürfen und können.

Sie haben eine PV-Abgabe und eine Windkraftabgabe eingeführt und, Gott sei Dank, ist der Bund jetzt mit ihrer Regierungsbeteiligung mit der SPÖ die gerade einen Gesetzentwurf auf dem Weg bringt, wo auf Bundesebene das wieder möglich gemacht werden soll.

Das ist überhaupt eine interessante Geschichte, aber das Sie da nervös werden Herr Landesrat, das verstehe ich. *(Landesrat Mag. Heinrich Dorner: Ich bin nicht nervös! Keine Sorge!)* Straßengesetz, da gibt es eine Gesetzesmaterie schon seit ewigen Zeiten.

Das Land wehrt sich, diese anzuwenden, denn da geht es um 100.000 Euro pro Gemeinde und man treibt es sogar soweit, dass die Gemeinden hergehen müssen und das Land für diese Gelder, die ihnen zustehen, per Gesetz einklagen müssen.

Eine Gemeinde hat es Ihnen schon vorgezeigt, wie es geht. Alle anderen Gemeinden werden es genauso machen. Wenn Sie schon von Wahrheiten reden, wenn sich da ein Bürgermeister in Nickelsdorf bemüht und sagt, ich weiß ja selber nicht was auf meinen eigenen Hotter passieren soll, weil da wird mir das und das nicht gesagt.

Sie behaupten, das Rechnungszentrum, das ist ja nicht so. Dann gibt es per BH-Aushang eine Kundmachung für eine Verhandlung eines Großspeichers, der einen Nutzen hat, das effektiv in dieser Verhandlungsniederschrift sich widerspiegelt und wiederfindet, dass er ein Großspeicher sein soll - auch unter anderem für das Rechenzentrum. Bedarfszuweisungen, na sagen Sie Ihren eigenen SPÖ Kolleginnen und Kollegen im Land, dass die meisten nicht alle Abgeordneten Kolleginnen und Kollegen der SPÖ, die auch gleichzeitig Bürgermeister sind, mehr bekommen vom Kuchen, wie die anderen SPÖ Bürgermeister. Sagen Sie Ihnen das.

Da wird der Beliebtheitsgrad auf Ihrer Regierungsbank steigen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das glaube ich auch.)* wenn Sie das alles wissen, wie subjektiv Sie Gelder einfach verteilen, dass manche für kein Projekt 400.000 Euro bekommen, dass manche für kein Projekt einfach eine hohe Summe an Unterstützung bekommen.

Da bin ich noch gar nicht bei den Unsinnigkeiten, die Sie in der Vergangenheit ja, ich will nicht sagen, „verbrochen“, das würde jetzt zu einem Ordnungsruf führen, sondern einfach sehr salopp umgegangen ist mit Geld, das, was jetzt den Gemeinden fehlt.

Wie, zum Beispiel, diese 200.000 Sektflaschen, wie, zum Beispiel, um 20 Millionen Euro „abgehauste“ Zuckerfabrik in Siegendorf, die bis heute als Ruine noch dort steht.

Dann ist einmal kurzzeitig erklärt worden, dass wird das Landesarchiv. Na, das wäre ein schönes Landesarchiv geworden und die Wirtshäuser, die gekauft werden und so weiter.

Tatsache ist, dass dieser Rechnungshofbericht eindeutig unter Beweis stellt, dass Sie sorglos mit Geldern umgehen, dass Sie nicht alle gleichbehandeln und dass hier ein erhöhter Bedarf an Gerechtigkeit in diesem Land da ist.

Zu guter Letzt darf ich schließen damit, dass vor kurzem, Ende August war es, die Landesregierung, eine Abteilung ausgeschickt, den mittelfristigen Finanzplan der Gemeinden, der an den Bund übermittelt wird, wo eindeutig seitens des Landes mit Briefkopf des Landes festgestellt wird, dass es den Gemeinden zunehmend schlechter geht.

Sie getrauen sich heute da in einer Landtagssitzung, wo es um Gelder geht, um die Wirtschaft im Land geht, herstellen und sagen, den Gemeinden geht es so super und wir unterstützen die Gemeinden.

Das ist eine Verhöhnung aller Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, besonders diejenigen, die Sie mit nichts bedenken bei Ihrer Aufteilung, sondern manche andere massiv bevorzugen und das gehört unbedingt abgestellt.

Das wäre auch schön gewesen, wenn der Herr Landeshauptmann das persönlich gehört hätte. Vielleicht richtet es ihm irgendwer aus oder er liest es im Protokoll. Jedenfalls müssen diese Machenschaften, muss diese Politik im Land einfach ein Ende finden. *(Beifall bei der ÖVP)*

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Als nächster Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Herr Patrik Fazekas, BA zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Johann Tschürtz: Sind wir dann durch? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Schlussredner der ÖVP möchte ich diese Debatte, die wir heute geführt haben, zusammenfassen. Dieser heutige Sonderlandtag war mehr als notwendig, weil er ans Licht gebracht hat, was der Landeshauptmann mit aller Kraft versucht hat, zu verschweigen und zu verstecken.

Man hat sich heute wieder hierhergestellt und spricht von soliden, von gesunden Finanzen, wo der Rechnungshof sagt, diese Finanzsituation ist besorgniserregend. Irgendeiner von den beiden muss die Unwahrheit sagen und es ist nicht der Rechnungshof, meine geschätzten Damen und Herren.

Das, was Sie in den letzten Jahren den Burgenländerinnen und Burgenländern als Hochglanzbild verkauft haben, wurde heute als Röntgenbild gezeigt, nämlich, nicht von der Opposition, sondern vom unabhängigen Rechnungshof.

Ein Bild, dass sich seit Jahren, und so auch heute, verfestigt hat, ist die Tatsache, dass wenn es eng wird, immer alle anderen schuld sind.

Es ist Wien schuld, wie wir heute gehört haben, es ist die Krise schuld, es ist die Inflation schuld, es sind die Prüfer schuld und nur einer, der ist nie schuld, wenn es um das Budget geht, nämlich der, der es eigentlich unterschreibt, der Finanzreferent und Landeshauptmann Doskozil.

Meine geschätzten Damen und Herren! Ihre Erfolgsgeschichte, von der Sie seit Jahren und auch heute hier predigen, die hat ein Kleingedrucktes, und der Rechnungshof

hat das auch jetzt deutlich bestätigt und in diesem Kleingedruckten steht: eine Milliarde Euro Verlust.

Ich stelle heute klar: Verantwortlich, meine geschätzten Damen und Herren, ist nicht die Bundesregierung. Verantwortlich ist nicht die Opposition und auch nicht der Rechnungshof.

Verantwortlich für diesen eine Milliarde Euro hohen Verlust ist ein Mann, nämlich der Landeshauptmann Hans Peter Doskozil. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn heute von einem Vermögen gesprochen wird, das hat ja auch der Landeshauptmann zum Besten gegeben, dann frage ich mich, wie Sie Straßen, wie Sie Krankenhäuser und so weiter zu Geld machen können?

Diese Werte, die zahlen die Rechnungen nicht, die zu bezahlen sind und sind damit auch keine Reserven. Wenn die GRÜNEN heute von Krisen sprechen, die verantwortlich sind für diese Situation, ja, die Krisen gelten für alle Bundesländer gleich, Frau Kollegin.

Die gelten für alle gleich, Frau Kollegin, aber die Ergebnisse sind unterschiedlich. Wer so schlecht da steht, wie das Burgenland, meine geschätzten Damen und Herren von den GRÜNEN, kann nicht dauerhaft die Krise für diesen Zustand verantwortlich machen.

Meine Damen und Herren! Die Finanzen, und ich bin jetzt auch schon einige Jahre in diesem Hohen Haus, waren in der Vergangenheit oft ein Thema und ich möchte heute ganz bewusst in Erinnerung rufen, was der eine oder andere Abgeordnete beziehungsweise ein Regierungsmitglied zu den Finanzen gesagt haben.

Landesrat Leonhard Schneemann, der ja mehrmals den Landeshauptmann bei der Budgetrede vertreten hat, hat im Oktober 2024 gesagt: Keine neuen Schulden, keine Darlehen.

Was sagt der Landes-Rechnungshof? Der Landes-Rechnungshof sagt, dass sich die Darlehen fast verdreifacht haben. Nämlich, von 236 Millionen auf über 610 Millionen Euro. Die Haftungen liegen bei 1,5 Milliarden Euro. Das ist so viel, wie ein ganzer Jahresertrag.

Der Kollege Hergovich, der heute nicht anwesend sein kann, dem ich die besten Genesungswünsche auch von hier aus übermittle, hat das Burgenland zum Musterschüler beim Schuldenabbau erklärt.

Musterschüler nannte man sich also selbst. Der Landes-Rechnungshof nennt den richtigen Namen, nämlich, durchgefallen - und das auf ganzer Linie. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Finanzreferent Landeshauptmann Doskozil hat im Dezember 2022 davon gesprochen, dass man Reserven in Massen habe. Ja, was sagt denn der Rechnungshof zu diesen Reserven?

Der sagt, dass die von 300 Millionen Euro auf 17,7 Millionen Euro geschrumpft sind. Im Jahr 2024 und 2025 musste die Bank mit 50 Millionen Euro einspringen, um die Liquidität zu sichern.

Meine geschätzten Damen und Herren! Der Landeshauptmann und die SPÖ hat den Burgenländerinnen und Burgenländern einen Polster versprochen und ihnen in Wahrheit ein Loch hinterlassen.

Das nur dazu, weil der Kollege Klubobmann Fürst ja heute wieder versucht hat, mit unterschiedlichen Techniken diese Situation zu beschönigen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Der wirtschaftliche Erfolg und der wirtschaftliche Verlust wird im Ergebnishaushalt gemessen und dort stehen eben diese Verluste in Höhe von einer Milliarde Euro.

Das ist Tatsache und, Kollege Fürst, wenn diese Milliarde Euro nur eine Buchungsgröße wäre, warum sind dann alle Reserven weg? Warum musste die Bank im Jahr 2025 einspringen?

Der Rechnungshof hat das auch ordentlich dargestellt, nämlich, dass diese Reserven ordentlich, nämlich auf 17,7 Millionen Euro, geschrumpft sind.

Jahrelang, und das ist ein weiterer sehr spannender Aspekt, weil auch das habe ich sehr oft im Hohen Haus gehört, war Standard & Poor´s, die Ratingagentur, ihr Kronzeuge.

Der Kollege Hergovich hat als Klubobmann über diese Ratingagentur gesagt, das ist der objektive Schiedsrichter. Der Landesrat Schneemann hat im Jahr 2024 gesagt, das Rating bestätige gesunde Landesfinanzen.

Wissen Sie, was fünf Monate später, nach diesen gesunden Landesfinanzen passiert ist? Dieser objektive Schiedsrichter, von dem der Kollege Hergovich gesprochen hat, hat den Ausblick auf negativ gesetzt und die Landesregierung hat das in der eigenen Budgetbroschüre verschwiegen.

Nämlich, solange, bis der Rechnungshof dieser Wahrheit aufgezeigt hat. Ihr eigener Schiedsrichter, meine geschätzten Damen und Herren der SPÖ, hat abgepfiffen.

Sie haben versucht, zu verschleiern, Sie haben versucht, zu verstecken und genau das decken wir heute auf, meine geschätzten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Was Sie heute geliefert haben, ist keine widerlegte Zahl, keine Erklärung, wie es finanziell mit dem Burgenland weitergehen soll, kein Plan, sondern nur Nebel. Aber Nebel, meine geschätzten Damen und Herren, ist kein Budgetprogramm.

Was wirklich verstörend ist, und es ist heute mehrmals betont worden und ich möchte es ganz bewusst wiederholen, weil es beschämend und verstörend ist, ist der Umgang mit dem Rechnungshof.

Wenn Sie, Herr Klubobmann Fürst, den Rechnungshof und diesen unabhängigen Prüfbericht als spekulativ abtun, wenn Sie die Prüfer öffentlich abkanzeln, dann ist das, aus meiner Sicht, letztklassig, denn der Rechnungshof ist das Kontrollorgan des Landtages, es ist unser aller Frühwarnsystem.

Ihn zu verhöhnen, ihn zu diffamieren, weil er seine Pflicht tut, meine geschätzten Damen und Herren, wozu er gesetzlich verpflichtet ist, ist eines Landeshauptmannes und auch eines Landtagsabgeordneten nicht würdig.

Meine geschätzten Damen und Herren! Wer den Feuerwehrmann beschimpft, weil er das Feuer meldet, der lenkt nur davon ab, dass er selbst gezündelt hat.

Jetzt aber zu jenen, meine geschätzten Damen und Herren, die diese Rechnung zahlen werden.

Das ist nicht der Landeshauptmann, das sind nicht die restlichen Regierungsmitglieder, die auf der Regierungsbank sitzen und es sind auch nicht die Abgeordneten der Koalitionsparteien.

Diese Rechnung, meine geschätzten Damen und Herren, die zahlt die junge Generation, nämlich diejenigen, die nicht mitreden dürfen.

Diejenigen, die vielleicht heute auch noch nicht wählen dürfen, über die wird verfügt, Reserven aufgebraucht und was heißt das, nämlich, dass jedes Kind, dass jetzt am Montag eingeschult wird, schon verschuldet ist, bevor es noch das erste Wort schreiben kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist Ihre Bilanz, geschätzte Damen und Herren! Sie verkaufen das Familiensilber, nämlich, die Wohnbauförderungen mit einem Viertel Verlust, um die laufenden Kosten zu zahlen und feiern sich, weil kurz Bargeld in die Kasse gespült wird. Das ist kein Wirtschaften, geschätzter Landesrat Dorner, dass was Sie tun, ist Räumungsverkauf.

Man saniert, meine geschätzten Damen und Herren, kein Haus, in dem man die Möbel verheizt. Aber genau das tun Sie mit dem burgenländischen Landesvermögen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Abschließend dazu: Sie können den Rechnungshof angreifen, Sie können die Opposition beschimpfen, Sie können mit dem Finger nach Wien zeigen, so oft Sie wollen, aber, was Sie nicht können, ist eines zu verschweigen, nämlich, die Wahrheit.

Aber, ich garantiere Ihnen heute, so lange Sie zudecken, werden wir als Volkspartei aufdecken - für die Menschen in diesem Land und für die Generationen, die Ihre Rechnung sonst allein bezahlen müssen.

Zum Abänderungsantrag, ich meine, es ist ein Satz drin, der spricht, aus meiner Sicht, angesichts dieses desaströsen Rechnungshofberichtes Bände, nämlich, dass der Budgetpfad weiterhin zu verfolgen ist.

Angesichts dieses desaströsen Rechnungshofberichtes, meine geschätzten Damen und Herren, wir brauchen da nicht weiterreden, es kann nicht so weitergehen.

Es braucht einen Kurswechsel bei den Finanzen im Burgenland. Deswegen werden wir diesem Abänderungsantrag auch nicht zustimmen.

Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da Niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Es liegt nun ein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse vorerst über den von der SPÖ eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Der Abänderungsantrag ist somit mehrheitlich angenommen.

Die Entschließung betreffend „Landesfinanzen am Abgrund: Rot-Grün muss endlich handeln“ ist somit mit den beantragten Abänderungen mehrheitlich angenommen.

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Mag.a Margit Paul-Kientzl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Klares Nein zu einem höheren gesetzlichen Pensionsantrittsalter“ (Zahl 2100-0572) (Beilage 0808)

†Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf|: Hohes Haus! Wir kommen nun zur Behandlung des zweiten Antrages. Es ist der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Mag.a Margit Paul-Kientzl, Kolleginnen und

Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Klares Nein zu einem höheren gesetzlichen Pensionsantrittsalter“, Zahl 2100-0572, Beilage 0808.

Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Christian Drobits das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Zuseherinnen und Zuseher! Nun, ich darf seitens meiner Fraktion und auch seitens der GRÜNEN diesen Dringlichkeitsantrag begründen.

Eigentlich hat mir bei der Begründung die vorige des Kollegen Klubobmann Bernd Strobl einiges vorweggenommen.

Er hat vorhin erwähnt, dass dieser Dringlichkeitsantrag eine Nebelgranate, ein Ablenkungsmanöver sei.

Er hat gesagt, dass zurück zu den Zahlen, ist ein Zitat von ihm und Herr Landeshauptmann, kommen Sie zurück zu den Zahlen, erklären Sie sie.

Kollege Klubobmann Strobl! Eine Zahl hat immer einen Wert, aber jeder Mensch muss mehr wert sein, als eine Zahl und in diesem Antrag geht es um den Menschen vor der Zahl.

Das ist unser Gebot bei diesem Antrag, denn wir wollen haben, dass die Menschen, die fleißig arbeiten, die ihre Arbeit zur Verfügung stellen, die Beiträge zahlen, im Pensionsalter und im Fall der Pensionierung nicht schlechter gestellt werden.

Wir wollen haben, dass sie respektvoll behandelt werden und dass der Respekt für diese Lebensleistungen, sprich arbeiten, Beiträge zahlen, gerade im Pensionsalter auch entsprechend honoriert wird.

Wenn Sie davon sprechen, dass dieser Respekt, den wir einfordern, grundsätzlich eine Nebelgranate ist und wenn Sie die Zahlen vor den Menschen stellen, dann sage ich Ihnen offen und ehrlich, dann ist das genau das, warum wir diesen Dringlichkeitsantrag gestellt haben.

Weil, wir wollen heute zeigen, wer ist für die Menschen da, wer ist für die Burgenländerinnen und Burgenländer da und wer ist nur für die Zahlen da. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Damit aber sind Sie nun in einer Debatte, wo es auch Ihre Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP und auch die NEOs liefern, Herr Kollege Strobl. Nämlich, genau diese Debatte, wo Sie wollen beziehungsweise die ÖVP will, dass das Pensionsantrittsalter erhöht wird, obwohl die Menschen eigentlich schon bis zum Umfallen arbeiten.

Sie wollen, dass das weiter erhöht wird. Angefangen hat diese Debatte, im Jahr 2025. Der ehemalige Finanzminister, den wir in Brüssel alle getroffen haben, hat gesagt: Ich habe mich leider geirrt, durch einen Sachverständigen oder durch einen Wissenschaftler, und dadurch ist das Budget so schlecht ausgefallen.

Genau dieser Finanzminister hat im Jahr 2025 erstmalig erwähnt, ich war in Dänemark, wir müssen das Pensionsalter auf 67 Jahre anheben.

Daraufhin sind einige ÖVP-Politiker angetreten, um Meldungen zu machen.

Gerade in den letzten Tagen war es so und deshalb auch die Dringlichkeit dieses Antrages, als der Landeshauptmann von Tirol, der Herr Mattle, gesagt hat, mit 65, aber, wenn sie 45 Arbeitsjahre haben.

Wissen Sie, was das ist? Eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters in dem Sinn, dass die Hacklerregelung in der Hintertür demontiert wird.

Wissen Sie, was das bedeutet? Dass ist noch ärger, wenn man gleich offen sagt, mit 67 Jahren.

Ich finde, dass diese Diskussion, diese Debatte, wichtig ist, weil genau diese Lebenshaltung, diese Lebenseinstellung und auch die Lebensleistungen der Menschen damit torpediert werden.

Ich kann Ihnen das offen und ehrlich sagen, weil ich nicht von Statistiken rede, sondern vielfach aus Beratungen das mitbekomme.

Herr Kollege Strobl! Wenn Sie sich distanzieren wollen, dann werden Sie auch heute zeigen können, dass Sie auch für die Menschen und nicht für die Zahlen sind.

Ich bin auch der Meinung, dass die NEOs, Kollegin Meinl-Reisinger, vor Kurzem im Sommerjournal oder in der Sommer-Fernsehsendung gesagt hat, 67 Jahre muss das Pensionsalter sein.

Immer dann, wenn das Budget zwickt, kommt als erstes, wir fahren da drüber, Pensionsantrittsalter wird angehoben.

Das ist so wie der Schnupfen verlässlicherweise im November kommt.

So macht es die ÖVP und so machen es die NEOs.

Wir sind für das nicht zu haben, wir lehnen das strikt ab und wir sagen klipp und klar, ein klares „NEIN“ zu der Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters.

Ich möchte auch begründen warum? Stellen Sie sich vor, Sie arbeiten jahrzehntelang am Bau, im Handel, in der Pflege, in der Produktion oder in sonstigen körperlich belastenden Berufen. Dann wird Ihnen ausgerichtet, die Statistiken sagen, wir müssen das Pensionsantrittsalter heben, sie müssen länger arbeiten. Auch bei belastenden und psychisch belastenden Berufen. Dann wird Ihnen ausgerichtet, die Statistiken sagen, wir müssen das Pensionsantrittsalter heben, sie müssen länger arbeiten. Wissen Sie, was sie denken? Die denken sich: Eigentlich habe ich meine Beiträge brav eingezahlt. Eigentlich habe ich brav gearbeitet und gleichsam wird mir jetzt eine Karotte vorgehalten und weggezogen und gesagt: Du arbeitest jetzt aber länger.

Das ist nicht die Linie die wir wollen. Wir wollen die Verlässlichkeit. Wir wollen klar sagen. Ihr habt Eure Leistungen erbracht, Eure Lebensleistungen und dafür sollt Ihr die Regeln, die aufgestellt waren, auch zukünftig erhalten. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Und wo wir uns noch unterscheiden ist Folgendes: Vielfach wird die Pension als Sozialleistung, Almosen oder manche sagen sogar Geschenk, dargestellt.

Wissen Sie, das stimmt nicht. Das ist diese Pension, ist auch damit, weil sie keine Sozialleistung ist, nicht kürzbar und nicht hinaufschiebbar, sondern sie ist das, was sich die Menschen verdient haben, wenn sie gearbeitet haben und wenn sie im Endeffekt auch ihre Beiträge jahrelang, jahrzehntelang geleistet haben. Das ist das Ergebnis dieser harten Arbeit und dafür werden wir als SPÖ, und wir werden heute auch mit diesem Antrag kämpfen.

Ich bitte Sie auch zukünftig, unterstellen Sie nicht, dass das Nebelgranaten sind. Sie unterstellen damit, dass diese Menschen nicht respektvoll behandelt werden. Sie unterstellen damit auch, dass diese Menschen es nicht verdienen, in Würde in die Pension gehen zu können und verlässlich in die Pension gehen zu können, was im Moment, momentan sowieso schwierig ist.

Also ein klares Signal von der Landesseite, von unserer Seite, auch mit den GRÜNEN gemeinsam. Wir sagen ein klares Nein. Gerade in Zeiten hoher Inflation mit 3,2 Prozent und hoher Lebenserhaltungskosten. Ein klares Nein zur derzeitigen und gänzlichen Erhöhung des Pensionsantrittsalters, weil es nicht momentan zeitgemäß ist. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Wir sagen das aber auch für die Zukunft, weil es andere Methoden gibt. Es gibt andere Möglichkeiten. Und die eine Möglichkeit ist die, dass wir grundsätzlich meinen, dass bereits im Vorfeld Regelungen getroffen werden müssen, damit die Menschen länger arbeiten können und vor allem länger gesund arbeiten können. Und ich sage Ihnen Beispiele, die ich in den letzten Tagen erlebt habe.

Eine Firma, Fleischbetrieb im Rahmen eines Konzerns, eines großen Konzerns. Da sind drei Mitarbeiterinnen, die über 24 Jahre dort sind, knapp vor den 25 Jahren. Alle drei wurden nach Graz geholt und Ihnen wurde mitgeteilt, wir müssen leider das Dienstverhältnis auflösen. Es ist nicht mehr zeitgemäß, dass wir sie bezahlen können.

Wissen Sie was war? Die eine hat unterschrieben, die andere kämpft um ihr Recht, dass sie eventuell die Abfertigung von 25 Jahre erhält, wenn sie nächstes Jahr noch 77 Tage arbeiten darf. Das sind nicht die Menschen, die nicht arbeiten wollen. Die Menschen werden derzeit auch ausgeekelt. Aus diesem Dienstfeld herausgeholt und die haben niemals die Chance, dass sie das, was sie wollen, durch die Anhebung des Pensionsantrittsalters zu erreichen.

Die sind in einem Vakuum drinnen, wo sie keine Chance haben nein zu sagen. Sie können nur hoffen, dass sie die Abfertigung für 25 Jahre erhalten. Und das ist kein Einzelfall. Ich rede da momentan von mehreren Fällen, wo diese Altersdiskriminierung und das altersgerechte Arbeiten erschwert wird.

Da gehören Lösungen her. Vielleicht ist es wieder der besondere Kündigungsschutz für ältere Menschen über 50 oder 55 wie es früher war.

Wenn wir das nicht haben, wenn wir diese Menschen nicht schützen, sind sie Freiwild in Arbeitsverhältnissen und sie können sich selbst nicht wehren. Aber gleichsam: Heute kommt eine Meldung, dass beim AMS eine Steigerung, starke Steigerung der Arbeitslosenzahlen ist.

Wissen Sie welche Gruppe am meisten gestiegen ist? Die über 50-Jährigen. Und diese über 50-Jährigen macht mittlerweile ein Drittel aller Arbeitslosen aus. Die haben keine echte Chance momentan am Arbeitsmarkt. Sie wollen das Pensionsantrittsalter erhöhen. Nein. Wir sind dafür, dass sehr wohl das altersgerechte Arbeiten kommt. Wir sind dafür, dass echte Arbeitsmarktchancen gibt und im Endeffekt damit die Menschen gesund arbeiten können bis zu einem Pensionsantrittsalter und sie dann in Würde in Pension gehen können.

Und ein Punkt, der mir schon wichtig ist: Ich behaupte, wir haben momentan auch im gewissen Ausmaß eine Pensionslotterie. Pensionslotterie heißt: Momentan entscheiden, nicht Regeln und einheitliche Grundlagen darüber, ob ich in Pension gehen kann, sondern entscheiden darüber, bei welchem Arbeitsplatz in welchem Arbeitszimmer ich lande, mein Akt landet.

Ich kann Ihnen ein Beispiel erzählen, wo vielleicht der Kollege Halb, weil es ein Jennersdorfer Akt ist, zuhören wird. Eine diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegerin aus Minihof Liebau hat angesucht um Schwerarbeitspension. Sie hat in Feldbach im Krankenhaus gearbeitet.

Jetzt stellen Sie sich vor. Diese Frau hat im Gegensatz zu fünf anderen, die in der Steiermark wohnen, aufgrund Ihres Antrages auf die Schwerarbeitspension eine Ablehnung erhalten. Das kann doch nicht sein, dass sie als einzige, nur weil sie im Burgenland wohnt, das nicht bekommt. Nur weil wir keine einheitlichen Regeln haben.

Es kann doch nicht sein, dass diese eine, im Verhältnis zu den anderen jetzt warten muss. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist unfair. Das ist eine Abhängigkeit von der Postleitzahl und das ist entscheidend, wo ich wohne, ob ich eine Pension erhalte oder nicht.

Das gleiche Beispiel ist, Kollege Strobl, ein Betrieb in Oberwart. Zwei Monteure arbeiten nebeneinander viele Jahre. Der eine kriegt sie, der andere nicht. Beide haben gleichzeitig Anträge gestellt. Der eine hat den Antrag gestellt, er ist am Arbeitsplatz der Person Sowieso gelandet und der andere dort.

Der eine hat es gekriegt, der andere nicht. Der muss eine Klage machen, kriegt sie nicht. Keiner versteht das.

Diese Pensionslotterie ist deshalb zustande gekommen, weil wir ein System haben, das es erlaubt, dass willkürlich gehandelt wird. Wir wollen das nicht. Wir wollen haben, dass Fairness besteht. Wir wollen haben, dass Menschen und Burgenländerinnen und Burgenländer nicht benachteiligt werden, egal wo sie wohnen.

Das ist ein Punkt, wo wir sagen, wenn wir schon von Erhöhung des Pensionsantrittsalter sprechen, dann sage ich Ihnen offen und ehrlich: Bereinigen wir mal diese einheitlichen unterschiedliche Merkmale. Machen wir eine einheitliche Beschwerdestelle. Machen wir eine einheitliche Beurteilungsschiene. Machen wir einheitliche Regeln. Momentan gibt es sie nicht.

Kollege Strobl, Sie können zu mir kommen. Ich kann Ihnen diese Leute auch bringen. Wir müssen da was machen. Wir müssen einfach schauen, dass die Pension wiederum für die Menschen da ist, die fleißig gearbeitet haben und im Endeffekt auch fleißig eingezahlt haben.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zum Abschluss kommend. Ich hoffe auch, dass seitens der ÖVP auch so viele zahlreiche Redner sind, wie beim anderen Thema.

Aber ich möchte nur sagen, wir als SPÖ wollen ein klares Signal geben. Ein klares Signal, dass wir dieser Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters widersprechen und dagegen sind und wir wollen haben, dass auch auf Ebene der Arbeitsplätze und auch auf Ebene des Arbeitsmarktes echte Chancen bestehen. Und eines muss sein, Kollege Strobl: Der Mensch muss im Vordergrund bleiben und nicht die Zahl und dafür werden wir einstehen. Danke fürs Zuhören. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

†Zweiter Präsident Johann Tschürtz (der den Vorsitz übernommen hat)**|:** Danke Herr Abgeordneter. Geschäftsordnungsgemäß gehen wir wiederum in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Als erster Rednerin erteile ich Frau Klubobfrau Mag.ª Margit Paul-Kientzl das Wort.

Bitte Frau Klubobfrau.

Abgeordnete Mag.a Margit Paul-Kientzl (GRÜNE): Vielen Dank Herr Präsident. Sehr geschätzter Herr Landesrat! Werte Kolleginnen und Kollegen, ZuschauerInnen und ZuhörerInnen auf der Tribüne und zu Hause vor den Screens!

Eine Nebelgranate wurde dieser Dringlichkeitsantrag genannt. Das hat mich auch sehr betroffen gemacht, muss ich ehrlich sagen, weil ich habe natürlich diese Brille auf, wie geht es damit, mit der gewünschten Pensionsantrittserhöhung den Frauen vor allem.

Da sage ich jetzt einmal: Das passt wieder zur ÖVP. Die Frauen verbringen ja eh quasi ihre Zeit mit ich weiß nicht was. Jedenfalls Kindererziehung ist ja keine Arbeit. Und mit Kehrarbeit, die unentgeltlich erbracht wird, mit Pflege von Angehörigen, das ist nämlich so der typische Verlauf. Und haben dann ein Erwerbsleben, das unterbrochen ist, aber dafür kriegen sie dann auch noch oder sollen sie auch noch später in Pension gehen und wenn man den Herrn Landeshauptmann Mattle folgt, sollen´s auch noch 45 Arbeitsjahre zusammenbringen.

Das ist irgendwie sehr kurios und es ist eigentlich absolut abzulehnen. Das tun wir auch. Wir sind für ein klares Nein zu einem höheren gesetzlichen Pensionsantrittsalter. Denn in dem Fall sind es auch wieder die Frauen, die am meisten davon betroffen sind und schlechter aussteigen. Haben die Frauen sowieso schon im Erwerbsleben eine Lohnlücke, dann haben sie im Alter auch noch eine Pensionslücke und die Altersarmut ist in Österreich weiblich.

Die konservativen Kräfte in diesem Land und Neoliberale verlangen wie gesagt, wie der Vorredner schon gesagt hat, seit längerem oder immer wieder mal, wenn irgendwie Budgetthemen aufpoppen, die halt zu finanzieren sind.

Ja diese Pensionszahlungen sind einfach zu hoch, da müssen wir schauen, dass wir mehr Leute, mehr Menschen in Arbeit bringen. Teilzeitarbeit ist natürlich auch immer wieder ein Angriffspunkt, ist auch weiblich. Teilzeitarbeit in Österreich ist weiblich. Warum? Es fehlt, wie wir alle wissen, in der Realität an den Betreuungseinrichtungen. Es fehlt an Arbeitszeitkompatibilität mit den Betreuungspflichten. Das will man ausblenden, aber dann die Pensionsarbeitszeiten noch hinaufsetzen. Dass ist mit uns nicht machbar.

Es ist auch wirtschaftlich absolut nicht sinnvoll, weil wenn man sich anschaut, wie sich die Pensionszahlungen gemessen am BIP entwickeln, dann sieht man, dass sie bis 2070 um 0,4 Prozent steigen. Das ist ja eigentlich total, es ist nicht eigentlich, es ist stabil. Das ist ein stabiles System. Das sagt auch der Report der EU, der heißt Ageing Report, der stellt uns da ein Zeugnis aus, dass lautet: Es gibt keine Kostenexplosion wie so oft behauptet.

Österreich steht im europäischen Umfeld im Vergleich, ist es eines der stabilsten Systeme. Also auch wirtschaftlich eigentlich nicht zu argumentieren, weil wir hier ein stabiles System haben. Die Krise wird immer nur herbeigeschworen von eben diesen Kräften, die uns da weismachen wollen, geht´s länger arbeiten, wir brauchen Menschen als Beitragszahler.

Vorher hatte das mein Kollege schon angesprochen, ja wie denn? Wie soll ich bitte ab 55 einen Job finden? Wir wissen genau, das hat auch der Herr Drobits schon gesagt. Die Arbeitslosigkeit bei der älteren Generation ist im Steigen, ab 55 findet man als Frau auch fast keinen Job mehr. Also wer das mal erlebt hat, jemanden zu begleiten, der mit 55 einen Job sucht, dem wünsche ich alles Gute.

Meine Erfahrung ist die und ich habe etliche Frauen darin auch bestärkt, nicht aufzugeben. Die sind ja auch im AMS. Sie müssen sich immer wieder melden.

Aber es schaut momentan wirklich ganz schwer bis aussichtslos aus.

Dann noch zu fordern, Pensionsalter rauf. 67 oder sogar was Mattle will, mit 45 Arbeitsjahren, das ist sowas von, eigentlich beschämend, muss ich jetzt wirklich sagen. Und es ist ein Schlag ins Gesicht für die Frauen in diesem Land. Daher wundert es mich wirklich, dass noch jemand weiblicher die FPÖ oder ÖVP wählen kann, das ist mir wirklich schleierhaft, wenn sie die Lebensrealität der Frauen so missachten. Und auch ihre Tätigkeit als Erzieherin, als pflegende Angehörige so missachten und nicht wertschätzen. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

Zusammengefasst: Ich möchte zur Schlussformel noch kommen. Wir fordern jetzt den Bundeskanzler Christian Stocker auf, dieser möge eine Garantie abgeben, dass das gesetzliche Pensionsantrittsalter nicht erhöht wird, damit die erwerbsfähige Bevölkerung nach jahrzehntelanger Arbeit einen Lebensstandard sichernde Pension erhalten und ihren Ruhestand in Würde verbringen kann.

Des Weiteren wird die Burgenländische Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten. Diese möge gezielte Maßnahmen zur besseren Integration von älteren Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt setzen, um die Beschäftigungschancen nachhaltig zu verbessern. Da gibt es einige Vorschläge, da könnte man sich einmal damit beschäftigen.

Und wir fordern auch eine bundesweit einheitliche transparente und nachvollziehbare Beurteilungsstandardform für Anträge auf Invaliditätspension. Es kann nicht sein, dass wir in unterschiedlichen Bundesländern unterschiedliche Standards haben oder dass es sogar von der Person des Begutachters abhängig ist.

Ich ersuche, dass sie diesen Antrag unterstützen. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

†Zweiter Präsident Johann Tschürtz|: Danke Frau Klubobfrau. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Bernd Strobl.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Bernd Strobl (ÖVP): Dankeschön Herr Präsident. Geschätztes Mitglied der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eigentlich verwundert es mich ja nicht, dass hier eine gewisse Nervosität herrscht von den Vorrednern. In Anbetracht der Tatsache, was wir heute alles gehört haben und die Fakten, die auf dem Tisch liegen, ist schon eine gewisse Nervosität angebracht. Ich hoffe nur, dass sie vielleicht nicht noch größer wird, denn ich muss wirklich sagen, dass wir heute aus einem ganz anderen Grund hier zusammengekommen sind und dieser Antrag eine Nebelgranate ist.

Wir haben nämlich diesen Sonderlandtag einberufen, weil wir über die finanzielle Situation unseres Landes sprechen müssen. Über steigende Schulden. Über Verluste. Über sinkende Liquidität. Aber vor allem über die Frage, wie es mit den Burgenländischen Landesfinanzen weitergehen soll.

Das wäre das eigentliche Thema dieses Tages gewesen. Aber wie wir es von der SPÖ und den GRÜNEN gewohnt sind, immer wenn es eng wird und wenn es um unangenehme Dinge geht, dann möchte man lieber über etwas anderes sprechen und eine sogenannte Nebelgranate zünden.

Ein Ablenkungsmanöver, in diesem Fall ist es relativ leicht, zu durchschauen. Aber sei es drum. Wir weichen dieser Diskussion nicht aus.

Das unterscheidet uns vielleicht auch von SPÖ und GRÜNEN hier im Burgenland. Denn wenn es um unangenehme Fragen zu den Landesfinanzen geht, dann erleben wir von dieser Landesregierung seit Monaten eine bemerkenswerte Vogel-Strauß-Taktik:

Zuerst kommt der Kopf in den Sand. Dann werden die Probleme kleingeredet. Dann wird Verantwortung abgeschoben. Und dann wird gehofft, dass das finanzpolitische Debakel irgendwann von selbst verschwindet. Wenn jedoch jemand kommt, der das aufzeigt, dann wird dieser attackiert. Ich bin neugierig, wie lange diese Taktik noch funktioniert.

Und deshalb und genau deshalb haben wir heute sehr ausführlich über die Landesfinanzen gesprochen. Aber wenn die SPÖ heute zusätzlich über Pensionen sprechen möchte, dann sprechen wir natürlich auch über Pensionen.

Ich hoffe jetzt, dass die Nervosität nicht noch größer wird, denn ich sage gleich zu Beginn: Für uns steht eine Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters überhaupt nicht zur Debatte.

Denn wer jahrzehntelang gearbeitet und Beiträge geleistet hat, der muss sich darauf verlassen können, dass die Regeln gelten. Insofern ist die große Aufregung, die die SPÖ mit diesem Antrag erzeugen möchte, zumindest teilweise künstlich hervorgerufen.

Denn wenn man sich die Beschlussformel anschaut, dann findet man dort einiges, dem wir durchaus zustimmen können. Die Landesregierung soll an den Bundeskanzler herantreten und eine Garantie gegen eine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters verlangen.

Es werden Maßnahmen gefordert, um ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser in Beschäftigung zu halten und damit das faktische Pensionsantrittsalter zu erhöhen. Und es werden einheitliche und nachvollziehbare Standards bei Invaliditätspensionen gefordert.

Das sind Punkte, über die man absolut vernünftig diskutieren kann.

Was wir allerdings nicht mittragen, und deshalb habe ich den Ausdruck Nebelgranate verwendet, das ist die politische Inszenierung rundherum.

Denn im Antrag werden einzelne Aussagen von Politikern herausgegriffen, miteinander vermischt und daraus wird der Eindruck konstruiert, als würde unmittelbar eine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters bevorstehen.

Das ist schlicht nicht die politische Position, die wir vertreten. Deshalb sage ich noch einmal: Nicht das gesetzliche Pensionsantrittsalter wollen wir erhöhen. Wir müssen aber dafür sorgen, dass das faktische Pensionsantrittsalter näher an das gesetzliche herankommt. Auch im Interesse unserer Nachfolgegeneration.

Und interessanterweise fordert genau das die SPÖ am Ende ihres eigenen Antrags ebenfalls. Da stellt sich also die Frage: Wie erreichen wir das?

Sicher nicht, indem wir Menschen mit Zwang länger arbeiten lassen. Sondern indem wir dafür sorgen, dass Menschen, die länger arbeiten wollen und es auch können, davon auch etwas haben.

Genau deshalb halte ich die Aktivpension für einen richtigen und auch wichtigen Schritt. Denn ab 2027 soll es einen steuerlichen Freibetrag von bis zu 15.000 Euro pro

Jahr für Menschen geben, die nach Erreichen des Regelpensionsalters weiterarbeiten. Zusätzlich entfällt für Erwerbstätige im Regelpensionsalter der Dienstnehmerbeitrag zur Pensionsversicherung.

Die Grundidee dahinter ist einfach: Wer freiwillig länger arbeitet, soll dafür nicht bestraft werden. Leistung muss sich nämlich auch im Alter lohnen.

Und ich halte diesen Zugang für wesentlich vernünftiger als die ewige Debatte darüber, ob wir das gesetzliche Pensionsalter um ein oder zwei Jahre verschieben.

Wir müssen vielmehr fragen: Warum gehen Menschen heute früher aus dem Erwerbsleben? Was können wir tun, damit ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tatsächlich eine Chance am Arbeitsmarkt haben? Wie schaffen wir Arbeitsbedingungen, unter denen Menschen länger arbeiten können? Und wie schaffen wir Anreize für jene, die länger arbeiten möchten?

Da bin ich übrigens bei einem Punkt des SPÖ-Antrags ausdrücklich dabei.

Es ist natürlich zu wenig, den Menschen zu sagen: Arbeitet länger, wenn Unternehmen Menschen ab 55 oder 60 gleichzeitig kaum noch einstellen.

Der Antrag verweist selbst darauf, dass ältere Arbeitssuchende erhebliche Schwierigkeiten haben, wieder Beschäftigung zu finden. Genau dort müssen wir ansetzen.

Die Bundesregierung tut das unter anderem mit zusätzlichen Mitteln für die Beschäftigung Älterer. Parallel zur Aktivpension sollen zusätzliche Mittel in Qualifizierung und Beschäftigungsförderung fließen.

Ich behaupte nicht, dass damit jedes Problem unseres Pensionssystems gelöst ist.

Natürlich nicht.

Aber es ist ein Zugang, den ich für richtig halte: Nämlich Anreize statt Zwang. Beschäftigung ermöglichen statt Pensionsalter hinaufschrauben. Und eines gehört zu einer ehrlichen Pensionsdebatte ebenfalls dazu: Wir müssen darüber sprechen, wie wir unser Pensionssystem langfristig absichern. Nicht nur bis zur nächsten Wahl.

Nicht nur für jene, die in fünf oder zehn Jahren in Pension gehen.

Sondern auch für jene, die heute 20, 30 oder 40 Jahre alt sind.

Denn auch sie haben einen Anspruch darauf, dass ihnen die Politik eine Perspektive gibt. Deshalb finde ich den Vorschlag von Bundeskanzler Christian Stocker für einen Zukunftsfonds zur Absicherung der Pensionen richtig und auch spannend.

Die Idee ist, einen Teil der Erträge aus staatlichen Beteiligungen nicht einfach Jahr für Jahr im Budget verschwinden zu lassen, sondern langfristig zu investieren.

Wenn beispielsweise rund die Hälfte der entsprechenden Erträge – derzeit wäre von ungefähr 700 Millionen Euro jährlich die Rede – über Jahrzehnte investiert wird, kann dadurch ein erheblicher Kapitalstock entstehen. Andere Länder zeigen uns ja vor, dass solche Modelle funktionieren können. Und natürlich wird so ein Fonds nicht morgen unser gesamtes Pensionssystem finanzieren.

Das behauptet auch niemand.

Unser Umlagesystem ist und bleibt die Grundlage. Aber warum sollten wir nicht zusätzlich Vermögen aufbauen? Warum sollten wir nicht heute damit beginnen, Vorsorge

für morgen zu treffen? Und warum sollen immer nur die nächsten ein, zwei oder drei Budgetjahre zählen?

Und Generationenpolitik braucht einen Horizont von 20, 30 oder 40 Jahren.

Und Pensionspolitik ist Generationenpolitik. Ich finde deshalb, dass Christian Stocker hier einen wichtigen Denkanstoß gegeben hat. Nicht als Ersatz für unser bestehendes Pensionssystem, sondern als zusätzliche langfristige Absicherung.

Vielleicht wäre gerade das auch für das Burgenland eine interessante Lektion:

Dass man Erträge aus öffentlichem Vermögen nicht immer sofort wieder ausgeben muss. Sondern dass man Vermögen auch erhalten und aufbauen kann.

Dass Politik nicht immer bedeuten muss: kurzfristig Geld hereinzuholen und langfristig damit Substanz zu verlieren.

Aber das will man in diesem Land und von dieser Landesregierung nicht hören. Meine Damen und Herren!

Einen Punkt möchte ich der SPÖ aber schon noch mitgeben.

Wir hören von der SPÖ Burgenland immer wieder, dass wir im Gesundheitsbereich möglichst alles selbst machen sollen.

Wenn wir Kooperationen mit anderen Bundesländern ansprechen, wenn wir über gemeinsame Strukturen, Spezialisierungen oder Zusammenarbeit reden, dann heißt es sehr schnell:

Nein, das Burgenland braucht seine eigenen Lösungen. Wir brauchen einen burgenländischen Weg.

Da wird die Eigenständigkeit des Burgenlandes plötzlich zum höchsten politischen Gut erklärt.

Aber bei den Pensionen fordert derselbe Antrag ausdrücklich bundesweit einheitliche Standards. Also was jetzt? Bei der Gesundheit darf man nicht einmal darüber nachdenken, mit Wien, Niederösterreich oder der Steiermark stärker zusammenzuarbeiten. Aber bei den Pensionen erkennt man plötzlich völlig richtig:

Es kann durchaus sinnvoll sein, über Bundesländergrenzen hinweg einheitliche Lösungen zu schaffen. Das ist schon einigermaßen doppelzüngig.

Ich sage ausdrücklich: Bundesweit einheitliche und nachvollziehbare Standards bei Invaliditätspensionen sind sinnvoll.

Aber dann sollte man bitte auch bei anderen Themen ideologische Scheuklappen ablegen und dort zusammenarbeiten, wo Zusammenarbeit für die Menschen bessere Leistungen bringt.

Meine Damen und Herren!

Wir werden die Herausforderungen unseres Pensionssystems nicht mit Schlagzeilen lösen. Und wir werden sie auch nicht lösen, indem wir Menschen Angst machen, dass sie plötzlich bis 67 oder sogar noch länger arbeiten müssen. Wir brauchen eine sachliche Debatte.

Unsere Linie dabei ist klar: Keine Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters.

Aber sehr wohl Maßnahmen, damit das faktische Pensionsantrittsalter näher an das gesetzliche herankommt. Wir wollen ältere Menschen besser in Beschäftigung halten. Wir wollen mit der Aktivpension einen echten Anreiz schaffen, freiwillig länger zu arbeiten.

Und wir wollen mit neuen Ideen wie einem Zukunftsfonds heute Vorsorge treffen, damit auch die nächste und übernächste Generation auf ein stabiles Pensionssystem vertrauen kann. Das ist für mich verantwortungsvolle Pensionspolitik.

Deshalb sage ich zu SPÖ und den GRÜNEN: Die Begründung dieses Dringlichkeitsantrags ist über weite Strecken parteipolitisch aufgeblasen. Das Timing heute war und ist durchschaubar. Und die Absicht, damit von der finanziellen Situation des Burgenlandes abzulenken, ebenso.

Aber wenn man sich diesen Antrag genauer durchliest, dann wird es eigentlich noch bemerkenswerter.

Da wird seitenlang ein Bedrohungsszenario aufgebaut. Da werden Aussagen einzelner Politiker zusammengesucht, miteinander vermischt und daraus wird dann konstruiert, als stünde eine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters unmittelbar vor der Tür. Nur eines, eines fehlt in dieser ganzen Geschichte:

Es gibt keinen Beschluss der Bundesregierung dazu. Und es steht auch nicht im Regierungsprogramm dieser Bundesregierung. Und vielleicht sollte man die SPÖ daran erinnern: Diese Bundesregierung ist nicht irgendeine Bundesregierung. Das ist auch eine Bundesregierung mit Beteiligung der SPÖ.

Die SPÖ sitzt mit am Ministerratstisch. Sie hat dieses Regierungsprogramm mitbeschlossen und mitverhandelt. Und in diesem Regierungsprogramm steht eines nicht: Wir erhöhen das gesetzliche Pensionsantrittsalter auf 67.

Das findet man dort nicht. Ganz im Gegenteil: Die Bundesregierung setzt darauf, das faktische Pensionsantrittsalter an das gesetzliche heranzuführen – durch bessere Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere und auch Anreize, freiwillig länger zu arbeiten.

Jetzt wird es wirklich kurios: Genau das fordert die SPÖ Burgenland in ihrem eigenen Antrag ebenfalls. Auf der einen Seite wird also seitenlang der Eindruck erweckt, die Bundesregierung plane eine Erhöhung des gesetzlichen Antrittsalters. Und am Ende fordert man von genau dieser Bundesregierung Maßnahmen ab, die sie längst auf den Weg gebracht hat.

Man warnt vor einem Regierungsprogramm, das es nicht gibt, und fordert gleichzeitig Maßnahmen aus dem Regierungsprogramm, das es tatsächlich gibt. Das muss man auch einmal zusammenbringen. Und noch absurder wird es, wenn man sich anschaut, gegen wen sich dieser Antrag eigentlich richtet.

Denn offenbar ist sich die SPÖ nicht einmal mit sich selbst einig, wo hier überhaupt das Problem liegt.

Die Bundes-SPÖ selbst sagt ganz ausdrücklich: Das gesetzliche Pensionsantrittsalter wird nicht erhöht. Auch die SPÖ auf Bundesebene erklärt als Ziel, das faktische an das gesetzliche Pensionsantrittsalter heranzuführen.

Also entweder vertraut die burgenländische SPÖ ihren eigenen Leuten in der Bundesregierung nicht. Durchaus denkbar, oder sie glaubt selbst nicht an die Gefahr, die sie uns heute hier seitenlang schildert. Und beides wäre sehr bemerkenswert.

Deshalb mein Vorschlag an die SPÖ: Vielleicht zuerst innerhalb der eigenen Partei klären, wovor man eigentlich Angst hat, bevor man dazu einen Dringlichkeitsantrag in den Burgenländischen Landtag einbringt.

Wir jedenfalls stehen zu dieser Bundesregierung. Das heißt nicht, dass wir jede Diskussion innerhalb der Bundesregierung oder jede Wortmeldung eines Politikers verteidigen müssen. Natürlich kann und soll über die langfristige Absicherung unseres Pensionssystems diskutiert werden. Aber entscheidend ist, was vereinbart ist. Und unsere Position ist dabei glasklar:

Eine generelle Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters steht für uns nicht zur Debatte.

Deshalb brauchen wir auch keine künstliche Aufregung und keine parteipolitischen Schreckgespenster.

Wir brauchen vielmehr eine vernünftige Antwort auf tatsächlich entscheidende Fragen: Wie schaffen wir es, dass mehr Menschen gesund in Beschäftigung das gesetzliche Pensionsalter erreichen?

Und genau dort setzen Aktivpension, bessere Beschäftigungschancen für Ältere und die Heranführung des faktischen an das gesetzliche Pensionsantrittsalter an.

Die Begründung dieses Antrags können wir daher getrost als das einordnen, was sie ist: Nämlich ein ziemlich durchschaubarer Versuch, heute eine bundespolitische Scheindebatte zu führen, damit wir möglichst wenig über die tatsächlichen Probleme der burgenländischen Landesfinanzen reden, also eine sogenannte Nebelgranate.

Aber die Beschlussformel ist eine andere Frage.

Weil wir nicht so arbeiten, dass wir etwas nur deshalb ablehnen, weil es von der Landesregierung kommt, können wir dieser Beschlussformel zustimmen. Denn wir stehen zu einem gesetzlichen Pensionsantrittsalter von 65 Jahren. Also eine sogenannte Nebelgranate.

Aber die Beschlussformel ist eine andere Frage und weil wir nicht so arbeiten, dass wir etwas nur deshalb ablehnen, weil es von der Landesregierung kommt, können wir dieser Beschlussformel zustimmen.

Denn wir stehen zu einem gesetzlichen Pensionsantrittsalter von 65 Jahren. Wir stehen dazu, ältere Menschen besser in Beschäftigung zu bringen, und wir stehen zu fairen und einheitlichen Standards.

Meine Damen und Herren! Bei den Pensionen geht es um Vertrauen, um das Vertrauen jener, die jahrzehntelang gearbeitet und Beiträge geleistet haben und um das Vertrauen der jüngeren Generation, dass unser Pensionssystem auch in 20, 30 oder 40 Jahren noch funktioniert.

Dieses Vertrauen schaffen wir nicht mit künstlichen Bedrohungsszenarien, vor allem nicht mit politischer Panikmache. Wir schaffen es mit einer klaren Linie: keine generelle Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters, aber sehr wohl Anreize für jene, die freiwillig länger arbeiten wollen.

Mehr Chancen für ältere Menschen am Arbeitsmarkt und neue langfristige Instrumente wie ein Zukunftsfonds, damit wir heute schon Verantwortung für die Pensionen für morgen übernehmen.

Das ist der Unterschied, wir wollen nicht Angst vor der Zukunft machen, wir wollen die Zukunft unseres Pensionssystems absichern.

Weil für uns am Ende nicht entscheidend ist, wer einen Antrag einbringt, sondern was tatsächlich beschlossen wird, stimmen wir der Beschlussformel zu. Nicht wegen der politeipolitischen aufgeblasenen Begründung von SPÖ und GRÜNEN, schon gar nicht wegen der eingänglichen Nervosität vom Kollegen Drobits, sondern weil unsere Position klar ist und bleibt.

Wer ein Leben lang gearbeitet hat, der muss sich auf seine Pension verlassen können, und wer heute arbeitet, der muss darauf vertrauen, dass das auch morgen noch gilt. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

†Zweiter Präsident Johann Tschürtz|: Danke Herr Klubobmann.

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rudolf Smolej.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Rudolf Smolej (FPÖ): Danke Herr Präsident. Herr Landesrat! Liebe Kollegen! Ich hoffe, es schaut noch jemand zu. Ich grüße auch unsere Burgenländer. Wer spart zur rechten Zeit, der hat Not nicht, sondern etwas in der schweren Zeit. Das ist ein Spruch, der gilt auch natürlich gerade, Du hast es erwähnt, beim Generationenkonflikt, mit den Pensionen, Generationenvertrag, ein altes Schlagwort.

Wir sehen, die Debatte ist nicht nur emotional, ich gebe Dir vollkommen recht, wenn man sich das durchschaut und wenn man sich die Redner vorher anhört, man glaubt, man ist irgendwo.

Es gibt natürlich ein allgemeines Sozialversicherungsrecht, es gibt Pensionsgrundlagen, es wird einheitlich Recht gesprochen, dass ein Richter Ermessensrecht hat, dass ein Sachverständiger beurteilen kann, dass bitte ich doch zu akzeptieren, hier eine Verschwörung zu sehen oder hier eine Verschwörung zu konstruieren, verstehe ich, wenn man als Politiker da sitzt und man braucht ein Thema, nachdem man das Familiensilber verscherbelt hat, der Kollege Fürst ist leider Gottes nicht da, sonst hätte ich ihm gesagt, dass es ein Zitat von Franz Fiedler ist, unserem Rechnungshofpräsidenten im Bund.

Das heißt, auch hier bitte keine Verschwörung zu sehen, sondern einfach zur Kenntnis nehmen, dass das vielleicht ein Begriff ist, den man gebraucht hin und wieder. Punkt aus - fertig!

Wenn gesagt wird, man soll das Erwerbsalter nicht erhöhen, so ist das richtig. Man soll schauen, dass die Rechtsprechung relativ im Einklang ist, auch das ist richtig, auch da werden wir zustimmen.

Nur was vorher inszeniert worden ist, da kann ich nur sagen, ja, der Kollege Strobl hat in vielen Teilen recht, in weiten Teilen recht, aber es ist so schön, ich bin kein Mediziner, ich möchte das nicht beurteilen, aber meine Tante hat immer gesagt, wenn du schizophren bist und du bist dir in der Sache einig, ist das auch in Ordnung.

Also, das soll so sein und die Leute links von der SPÖ und rechts von der SPÖ werden sich schon einigen auf etwas, sie haben es ja gemeinsam erarbeitet.

Ich darf nur daran erinnern, 1985 die erste Pensionsreform, dann hat es geben - ich weiß jetzt nicht, war es - Vranitzky oder Klima die Rürup-Studie 1997, wo man dann erarbeitet hat, was können wir tun, damit eben das Erwerbsalter einerseits höher wird, auf der anderen Seite langfristig gesichert ist.

Wir haben dann 2005 - das war die Pensionsreform in unserer Ägide - etwas geschaffen, von dem wir heute noch zehren, letztlich noch immer zehren, das ist das Pensionskonto.

Das heißt, es sind nicht mehr die letzten 15 Jahre oder die besten 15 Jahre, was halt der Pension, die man nicht mehr so abgesichert hat, schwer finanzierbar machen, nein, es ist ein Lebenskonto.

Wir haben zwei Sachen damit erreicht - und es bitte auch zu akzeptieren -, wir haben gerade für die Frauen eine Anhebung der Pensionsleistung erreicht, das ist dieser Durchrechnungszeitraum. Warum ist das erreicht worden? Weil endlich einmal, Du hast es vorhin auch erwähnt, die Familien berechnet werden.

Das heißt, die Familienleistung berechnet wird, die Frau und die Familie als Wert auch im Pensionssystem eingebracht wird. Das heißt, es ist sehr wohl eine Arbeit. Wir könnten jetzt polemisch werden, aber, das ist nicht so. Was wir noch geschafft haben - und das ist auch entscheidend - die Pensionserwerbsquote ist gestiegen.

Wir haben eine durchschnittliche Erwerbsquote gehabt von ursprünglich nicht einmal 66 Prozent im Jahr 2004, wir haben 2024 24 Prozent, wir haben im Durchschnitt fast 77 Prozent.

Ein Bundesland hat ein Problem, da geht die Erwerbsquote retour und wenn mich wer fragt oder wenn ich eine Wette abschließen möchte, Sie können gleich draufkommen, welches Land es ist. Es ist hier das Burgenland.

Es wurde erwähnt die Arbeitslosenzahlen, die steigen hier exorbitant. Wir haben auch hier ein grobes Problem. Das ist natürlich etwas, wenn die Landesregierung kein Geld mehr hat, das gegenwirken kann, dann muss ich es woanders hinschieben, dann ist das Florianiprinzip gut: Der soll schuld sein, der soll machen, der soll es tun.

Nur im Grundsatz gehen wir da mit, wir sagen, ja, es soll etwas kommen, es soll bleiben, so wie es ist, es soll nicht länger das Arbeiten sein, wenn jemand arbeiten will und das kann ich von meiner Branche sagen, aus dem HR-Bereich, man sucht ältere Leute, die etwas haben, die ein Wissen haben, die Erfahrung haben.

Was wir nicht brauchen, das ist eh gesagt worden, wir brauchen nicht 100.000 Leute, die kommen, so wie es 2015 war, die Willkommensklatscher, wo die ganzen Doktoren, die Physiotechniker und was weiß ich alles daherkommen, die keine Leistung bringen für unser Pensionssystem, die uns nur kosten, na das sollte man sich zweimal anschauen, ob die reinkommen oder ob man die finanziert.

Wenn ich dann jetzt ein Defizit habe im Pensionssystem und drüber diskutieren muss und gleichzeitig von 2015 bis 2025, Zahlen lügen nicht, so wurde es gesagt. Ich habe ein Defizit in diesem Bereich von zehn Milliarden in diesen zehn Jahren, da muss ich mir auch etwas anderes überlegen.

Das Pensionssystem ist ein Generationensystem, das Pensionssystem funktioniert auf 20 Jahre. Wir zehren jetzt noch aus der Reform 2050, wir müssen uns vielleicht etwas überlegen, das kann sein, aber wir haben ein etwas anderes Problem. Wir haben zirka einen Zuschuss von 15 Milliarden und das ist eben die Scheinheiligkeit, die Ihr habt. Ihr sagt, das System ist stabil.

Nein, das ist so nicht stabil. Wir zahlen. *(Zwiegespräche in den Reihen)* Ja, nur wie viel ist denn das? Das waren mal fünf Milliarden und jetzt sind es 15 Milliarden, 16 Milliarden und die Ausgleichszulagen sind von 0,7/0,8 Milliarden auf über eine Milliarde gestiegen.

Das muss ich auch einmal sagen und dass ich mir dann noch überlege, was passiert denn dann. Ich habe zwar 2015 Leute hereinimportiert, ich habe nicht die Akademiker, die eine Arbeitsleistung bringen, ich habe Sozialhilfeempfänger da, ich habe Leute, die im Niedriglohnsegment arbeiten.

Das heißt, was habe ich denn in 25 Jahren/in 20 Jahre? Da wird unser Sozialsystem, da wird auch unser Pensionssystem an die Grenzen kommen und dass ich mir da etwas gemeinsam überlegen muss, nicht auf Kosten von den Burgenländern, nicht auf Kosten von den Österreichern, dafür stehen auch wir, soziale Heimatpartei.

Und ich sage, den Antrag werden wir unterstützen, nur die Probleme sind nicht zu diskutieren. Danke. *(Beifall bei der FPÖ)*

†Zweiter Präsident Johann Tschürtz|: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordneter Sandro Waldmann.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Sandro Waldmann (FPÖ): Danke Herr Präsident. Geschätzte Kollegen! Werte Zuschauer! Wer ein Leben lang gearbeitet hat, der hat sich seine Pension verdient. 45 Jahre beziehungsweise bis zum 65. Lebensjahr „hackeln“, aufstehen, einzahlen. Dann soll man länger dranhängen.

Wir sagen klar: kein höheres Pensionsantrittsalter!

Reden wir über die Menschen, um die es geht. Der Maurer, der mit 15 angefangen hat und 40 Jahre auf der Baustelle steht. Der hat Ziegel geschlichtet, Beton getragen, den ganzen Tag Säcke und Steine gehoben. Der steht um fünf in der Früh auf - bei jedem Wetter. In Winter friert er, im Sommer brennt ihm die Sonne auf den Rücken. Mit 60 kann er die Knie nicht mehr durchdrücken, das Kreuz macht nicht mehr mit, vom Heben, vom Tragen, vom Schlichten. Der hat seine 45 Jahre voll. Soll der mit 65 noch Ziegeln heben? Der gehört in Pension und nicht auf die Baustelle.

Oder der Elektriker, der über 40 Jahre auf den Knien unter den Verteilern hängt. Tausende Adern angezogen, im Dreck, im Keller, im Dachboden. Der kennt die Farben der Adern nicht mehr so genau und eine verwechselte Ader kann auf der Baustelle das Leben kosten. Der hat seine 45 Jahre voll. Auch der soll plötzlich länger für was? Der gehört in Pension und nicht mehr unter dem Verteiler.

Oder die Pflegerin, die ein Leben lang Nachtdienste geschoben hat. Die hat Menschen mitgetragen, gewaschen, gehalten und dabei den eigenen Körper aufgebraucht. Sie hat geholfen, wenn andere nicht mehr konnten. Auch Sie soll plötzlich länger - für wen, für eine Statistik in Wien arbeiten?

Oder der Busfahrer, der seit Jahrzenten unsere Leute und Kinder in der Früh zur Arbeit und zur Schule bringt und am Abend wieder heim. Jede Schicht, ein Bus voller Verantwortung, für jeden, der einsteigt. Der hat nicht nur seine Stunden gemacht, der hat für die anderen die Straße im Griff gehabt. Auch der hat seine 45 Jahre voll. Soll der länger hinters Steuer? Der gehört in Pension und nicht mehr auf die Straße.

Oder die Verkäuferin, die 40 Jahre im Geschäft gestanden ist, auf den Beinen, sechs Tage pro Woche immer freundlich für einen kleinen Lohn. Die hat ihr Leben lang geschuftet und bekommt trotzdem keine große Pension. Ausgerechnet die soll jetzt auch noch länger? Die gehört in Pension und nicht mehr zur Kassa.

Oder die Kellnerin, die 40 Jahre lang das Servierbrett getragen hat. Das volle Tablett hat sie sich auf die Schulter gewuchtet, durchs ganze Lokal, gebückt, für jeden

Gast. Jetzt ist die Schulter kaputt, der Rücken hin. Die war auf den Beinen, wenn andere gesessen sind und am Ende soll sie auch noch Nacht-, Samstags- und Sonntagsschichten machen. Die gehört in Pension und nicht mit dem Tablett durch die Reihen.

Oder die Reinigungskraft, die ein Leben lang dort geputzt hat, wo andere ihre Arbeit machen, um halb fünf in der Früh durch die leeren Büros, jeden Tag, für einen Lohn, von dem man nicht reich wird. Den Fetzen ausgedrückt hat Sie jeden Tag, die Hände wund davon, die Knie kaputt am Boden. Am Ende steht Sie trotzdem mit fast nichts da, auch sie soll jetzt länger. Die gehört in Pension und nicht mehr auf die Knie, auf den Boden. *(Abg. Gerhard Bachmann: Wer hat das abgeschafft? Weißt Du das noch?)*

Das sind keine Zahlen, das sind unsere Leute. Wer sein Leben lang „hacklt“, gehört in Pension, wenn er sie verdient hat. Nicht ein Jahr später, weil sich irgendwo ein Budget nicht ausgeht. Das ist der Wahnsinn!

Die haben ein Leben lang geschuftet und stehen am Ende mit einer Pension da, von der man in diesem Land kaum leben kann.

Ausgerechnet die sollen jetzt länger? Nicht die, die sich‘s richten können, sondern die, die eh schon am wenigsten haben.

Was macht jetzt die SPÖ? Sie bringt einen Antrag mit einem schönen Titel „Klares Nein zu einem höheren Pensionsantrittsalter“. Hört sich gut an. Aber ich habe mir angeschaut, was dieselbe SPÖ mit Eurem eigenen Bundesminister in Wien schon beschlossen hat.

Die Korridorpension, der Weg mit 62 Jahren und 40 Arbeitsjahren in Pension zu gehen, wird angehoben. Von 62 auf 63, in Zwei-Monats-Schritten ab dem 1. Jänner 2026.

Die Altersteilzeit wird gekürzt, von fünf Jahren auf drei Jahren schrittweise bis 2029.

Das Beste - es steht schwarz auf weiß in Eurer eigenen Regierungsvorlage. Ich zitiere: „Die Regierungsparteien haben sich im Pensionsbereich auf einen Maßnahmenmatrix verständigt, der das faktische Pensionsantrittsalter und die Beschäftigungsquote rasch erhöhen soll.“

Das ist nicht meine Behauptung, das ist Euer eigenes Papier. Für den Maurer mit 62 heißt es, er kommt nicht mehr in die Korridorpension. Er kriegt keine fünf Jahre Altersteilzeit mehr, er „hacklt“ länger, nicht weil Ihr es ehrlich sagt, sondern durch die Hintertür und mit einem neuen Namen.

Auf dem Papier ein Nein. Im Gesetz ein Ja. Das ist Euer Antrag. Ein Papier für die Galerie, während dieselbe Partei in Wien genau das beschließt, was sie hier so laut ablehnt.

Jetzt schauen wir, wer in Wien die Pensionen in der Hand hat. Andreas Babler als Vizekanzler. Korinna Schumann ist die Ministerin für Arbeit und Soziales. Das ist das Ministerium, unter dem die Pensionen hängen.

Die Ministerin, die die Korridorpension erhöht und die Altersteilzeit kürzt, ist Eure eigene Ministerin. Der Vizekanzler, der das im Ministerium mitträgt, ist Euer eigener Minister.

Ihr seid nicht die Opposition, Ihr seid die Regierung. Die SPÖ hat das alles zu verantworten.

Und jetzt der eigentliche Hammer: Die SPÖ Burgenland hat eigene Leute in Wien sitzen und die haben für genau dieses Gesetz gestimmt. Thomas Schmid und Mario Trinkl, beide SPÖ, beide Bürgermeister im Burgenland, beide im Bundesrat!

Am 17. Juli hat der Bundesrat namentlich abgestimmt, 40 dafür, 19 dagegen.

Und in der Ja-Liste stehen Eure zwei Burgenland-Bundesräte wörtlich drinnen. Schmid, Trinkl, beide haben laut Ja gesagt, für das Korridorpensionsalter rauf, für eine kürzere Altersteilzeit, und Euer Nationalrat Maximilian Köllner, er war im Plenum, und bei der Abstimmung ist er aufgestanden - für die Teilpension, für das Korridorpensionsalter rauf, für eine kürzere Altersteilzeit.

Jetzt kommt Ihr hier ins Landhaus und tut, als wärt Ihr die Beschützer der Pensionisten. Eure eigenen Leute haben in Wien das Gesetz durchgewunken, dass den Maurer und all die anderen länger „hackeln“ lässt.

Die SPÖ hat das alles zu verantworten. Auch die SPÖ Burgenland.

Der Maurer, der Elektriker, die Pflegerin, der Busfahrer, die Verkäuferin, *(Abg. Mag. Christian Drobits: Nein, das ist falsch.)* die Kellnerin, die Reinigungskraft und alle „Hackler“.

Die wollen keine schönen Worte auf Papier, die wollen ihre Pension, wenn sie sie verdient haben. Nicht ein Jahr später, nicht durch die Hintertür.

Wer 45 Jahre „hacklt“, dem steht die Pension zu. Als Garantie, nicht als Versprechen. Dafür stehen wir. Danke. *(Beifall bei der FPÖ)*

†Zweiter Präsident Johann Tschürtz|: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gerhard Hutter. Dann voraussichtlich als Letzter kommt Mario Jaksch.

Bitte Herr Bürgermeister.

Abgeordneter Gerhard Hutter (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren zu Hause am Live-Stream! Wenn Sie uns verfolgen, also wenn ich mir die Debatte hier jetzt so angehört habe, dann könnte ich eigentlich sagen, ich lese die Beschlussformel vor und wir stimmen das Ganze ab, denn es dürfte eine Einigkeit hier herrschen.

Ein klares Nein zu einem höheren gesetzlichen Pensionsantrittsalter.

Also meiner Meinung nach ist eine Erhöhung eines gesetzlichen Pensionsantrittsalters für unsere Arbeitnehmerinnen und für unsere Arbeitnehmer ein Thema, das über alle politischen Lager hinweg, von Arbeitnehmer*innen und von unserem arbeitenden Volk gleich gesehen wird und zwar mit genug ist genug.

Jetzt kann man darüber diskutieren, wann ist wo, was, wem genug?

Ich denke, der Kollege Drobits hat das heute hier sehr ausführlich und sehr gut begründet, diesen Dringlichkeitsantrag, den wir heute hier eingebracht haben.

Denn wenn wir alle der gleichen Meinung sind, dann können wir das ja auch klar deklarieren.

Man kann in diesem sehr heiklen Bereich nicht alles über einen Kamm scheren - das haben wir jetzt auch schon gehört hier -, dazu sind die körperlichen Anforderungen in den verschiedensten Berufsgruppen viel zu different. Das hat der Herr Kollege gerade auch ausführlich dargebracht. Bauarbeiter, Pflegepersonal, Exekutive, und, und, und,

kann man halt mit anderen Berufsarten, die im administrativen Bereich tätig sind, nicht eins zu eins vergleichen.

Ich persönlich glaube nicht, dass die Erhöhung des Pensionsantrittsalters generell von 65 auf 67 Jahren, wie es hier mehrfach kolportiert wurde, auf Bundesebene, der richtige Schritt ist. Vor allem, wenn wir bedenken, dass wir aktuell noch immer einiges von dem gesetzlichen Antrittsalter entfernt sind.

Wir wissen alle, das wird auch mehrfach gehört, bei den Männern ist das 65 Jahre und bei den Frauen ist das mit einer Einschleifregelung bis 2032 werden die genauso bei 65 Jahren landen. Da gibt es mit Kindererziehungszeiten und Betreuungszeiten immer noch relativ große Baustellen, die hier zu bearbeiten sind.

Ein ganz wichtiger Faktor für die Absicherung unseres Pensionssystems für die Zukunft liegt aber auch, meiner Meinung nach, in der Harmonisierung dieser Pensionssysteme.

Da wird in Zukunft kein Weg daran vorbeiführen, da wird man sich etwas überlegen müssen.

Wenn ich meine persönliche Situation kurz darstellen darf, so sieht die folgendermaßen aus:

Ich bin hier im Landtag, meines Wissens nach, nach dem Herrn Präsidenten der Drittälteste, glaube ich, hier herinnen, und ich habe mit 14 Jahren und acht Monaten eine Lehre begonnen und habe heuer das 46. Arbeitsjahr begonnen.

Ich werde heuer, in zwei Monaten, 61. Das heißt, bis ich beim normalen Pensionsantrittsalter, wo ich berechtigt bin, das wäre der 1.11.2030, habe ich 50 Jahre und vier Monate gearbeitet.

So geht es nicht nur mir, sondern so geht es ja vielen Österreicherinnen und Österreichern, die jetzt arbeiten und die sagen, hier mit Recht, also genug ist genug.

Auf eines dürfen wir nicht vergessen: Es gibt hier schon auch in dieser Konstellation der Bundesregierung einen Nachhaltigkeitsmechanismus, der mitdefiniert und beschlossen wurde.

Da kann man ohne Weiteres hergehen und kann bis zum Jahr 2032 auch dieses Pensionsantrittsalter jederzeit erhöhen.

Daher ist, glaube ich, unser Dringlichkeitsantrag, wir sind nicht die Bundesregierung, das ist schon klar, wir sind die Landesregierung, aber wir deklarieren uns hier ganz klar, und wir wollen auch hier eine ganz klare Botschaft Richtung Bundesregierung schicken.

Ich habe das eingangs gesagt und dass wir hier relativ gleicher Meinung sind, darf ich noch einmal unseren Dringlichkeitsantrag, den Beschluss vorlesen, und ich hoffe, dass wir dann auch hier gemeinsam beschließen können.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bundeskanzler Christian Stocker heranzutreten, dieser möge eine Garantie abgeben, dass das gesetzliche Pensionsantrittsalter nicht erhöht wird, damit die erwerbstätige Bevölkerung nach jahrzehntelanger Arbeit eine lebensstandardsichernde Pension erhalten und ihren Ruhestand in Würde verbringen kann.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- gezielte Maßnahmen zur besseren Integration von älteren Arbeitnehmer*innen und Arbeitsuchenden in den Arbeitsmarkt setzen, um deren Beschäftigungschancen nachhaltig zu verbessern, die Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe zu senken und dadurch zu einer Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters beitragen;
- bundesweit einheitliche, transparente und nachvollziehbare Beurteilungsstandards für Anträge auf Invaliditätspension schaffen und damit sicherstellen, dass Anträge unabhängig von der zuständigen Landesstelle sowie von der Person des Begutachters beziehungsweise Begutachterin nach denselben Kriterien beurteilt werden.

Wir werden diesem Antrag natürlich zustimmen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

†Zweiter Präsident Johann Tschürtz|: Danke Herr Abgeordneter. Mit dem tollen Szene-Applaus. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mario Jaksch.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mario Jaksch, B.A. (FPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werter Herr Landesrat! Geschätzte Zuschauer via Live-Stream und in den Galerien! Ja, ich tue mir da jetzt wirklich etwas schwer, denn grundsätzlich muss man ja dem heutigen Dringlichkeitsantrag der SPÖ im Burgenland in der Sache recht geben.

Gleichzeitig muss man Euch aber auch fast schon zum parlamentarischen Kabarettstück gratulieren.

Ihr schafft es nämlich tatsächlich, uns allen Ernstes einen Antrag als dringlich zu verkaufen, einzubringen, dessen Kernforderung dieser Burgenländische Landtag bereits zweimal beschlossen hat.

Am 20. März 2025 forderte die SPÖ hier im Hohen Haus eine klare Absage an jede Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters, und am 18. September 2025 beschloss der Landtag dieselbe Kernforderung erneut.

Und heute, meine Damen und Herren, entdecken die Sozialdemokraten und ihr Klubobmann Roland Fürst dieselbe Dringlichkeit bereits zum dritten Mal.

Das ist ungefähr so, als würde die Feuerwehr dreimal zu einem Einsatz gerufen werden, jedes Mal ein schönes Foto machen für Social Media, aber jedes Mal vergessen, das Wasser mitzunehmen.

Besonders erfreulich ist ja, dass die SPÖ die Widerlegung ihrer eigenen Dringlichkeit gleich schriftlich mitgeliefert hat. Auf Seite zwei Eures eigenen Antrages steht ausdrücklich, dass der Burgenländische Landtag bereits 2025 von der Bundesregierung eine Garantie gegen die Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters verlangt hat.

Mit anderen Worten, Ihr erklärt uns auf vier bedruckten Seiten, warum Ihr heute dringend noch einmal etwas beschließen müsst, was wir eigentlich schon längst beschlossen haben.

Das ist keine Dringlichkeit, das ist billigstes, parlamentarisches Recycling für die eigene Parteizentrale.

Wir Freiheitliche sagen das in aller Deutlichkeit: Finger weg vom gesetzlichen Pensionsantrittsalter, keine Pension mit 67, und 45 Jahre harte Arbeit sind genug.

Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet, Steuern gezahlt und unser Land aufgebaut haben, dürfen nicht zur Reparaturkolonne für eine gescheiterte Budgetpolitik gemacht werden.

Wer mit 15 Jahren eine Lehre begonnen hat, wer bei Wind und Wetter am Bau steht, wer in der Pflege schuftet, in der Produktion schwitzt oder jahrzehntelang im Schichtdienst seine Knochen hinhält, dem kann man nicht vom klimatisierten Regierungsbüro aus erklären, er müsse eben noch ein paar Jahre länger durchhalten und bis 67 „weiterbuckeln“.

Unsere Pensionen sind keine Almosen und sie sind auch kein Gnadenbrot des Staates. Sie sind das hart erarbeitete Ergebnis jahrzehntelanger ehrlicher Arbeit und eingezahlter Beiträge.

Unsere Pensionisten haben Sicherheit, sie haben Respekt und sie haben Verlässlichkeit verdient.

Aber die entscheidende Frage lautet eigentlich. Warum erzählt uns das der Kollege Fürst hier im Burgenländischen Landtag? Warum führt die SPÖ dieses Sommertheater ausgerechnet in Eisenstadt auf? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Sommer ist vorbei.)*

Die SPÖ sitzt in der Bundesregierung. Die SPÖ stellt den Vizekanzler. Die SPÖ stellt die Sozialministerin. Die SPÖ stellt den Finanzminister.

Die SPÖ verfügt über eigene Abgeordnete im Nationalrat auch aus dem Burgenland.

Wenn Ihr wirklich eine rote Linie ziehen möchtet, dann findet Ihr den passenden Platz am eigenen Regierungstisch in Wien. Dazu braucht Ihr keinen dritten Schaufensterantrag im Burgenländischen Landtag.

Kollege Fürst, ein wehleidiger Protestbrief an die eigene Regierung ist noch kein Widerstand.

Eine rote Linie, die niemand in Wien durchsetzt, ist am Ende nur verpatzte rote Tinte auf geduldigem Papier, mehr ist es nicht.

Vielleicht erklärt das aber diese ständige Resolutionstherapie oder schreibt Ihr deswegen nur ständig Resolutionen, weil außerhalb des Burgenlandes niemand mehr Doskozil und seinen politischen Atlanten zuhören will.

Also schreibt man Anträge an die eigene Bundesregierung gegen die eigene Bundesregierung, und nachher feiert man sich für den heldenhaften Widerstand gegen sich selbst.

Während der SPÖ-Landtagsklub im Burgenland den roten Robin Hood spielt, schafft Euer Parteifreund Finanzminister Markus Marterbauer in Wien eiskalte Tatsachen gegen die Bürger.

Die maßgebliche Inflation beträgt 3,4 Prozent, die Grenzen der Lohn- und Einkommenssteuer werden aber nur um 2,7 Prozent abgegolten.

Das sogenannte variable Drittel wird aus Spargründen einbehalten.

Die kalte Progression wird damit auch 2027 nicht vollständig ausgeglichen.

Das heißt, Arbeitnehmer und steuerpflichtige Pensionisten werden damit gegenüber einer vollständigen Inflationsanpassung real belastet, und das ist nichts anderes als eine Belastung durch die Hintertür.

Dagegen gibt es aber keinen Dringlichkeitsantrag von Euch. Dabei müsste dafür nicht einmal der Landtag beschäftigt werden. Ihr könntet einfach Euren Parteifreund Marterbauer anrufen; schließlich kennt man sich gut genug für einen konstruktiven Austausch auch im Eisenstädter Klubobmann-Büro.

Aber offenbar wird in der SPÖ Burgenland gegen Interviews und Forderungen von anderen Parteien mit dem Landtag demonstriert. Wenn der eigene Finanzminister tatsächlich in die Taschen der Bürger greift, herrscht plötzlich betretenes Schweigen im Walde.

Ein Nein der SPÖ im Ministerrat würde vollkommen genügen. Ohne die SPÖ besitzt diese Bundesregierung im Nationalrat keine Mehrheit.

Die Sozialdemokraten könnten handeln. Stattdessen tragen sie in Wien die Belastungen mit und bestellen im Burgenland die Kulisse für den Schaukampf.

Dafür wird dieser Landtag beschäftigt, dafür werden Mitarbeiter gebunden, dafür wird Sitzungszeit blockiert und dafür wird Steuergeld verbrannt.

Nicht um ein echtes Problem zu lösen, sondern damit sich die Doskozil-SPÖ als Opposition gegen die eigene Bundesregierung inszenieren kann und, um natürlich vom eigenen massiven Versagen abzulenken, das eigene Budget unter Kontrolle zu halten, wie wir gerade zuvor noch diskutiert haben.

Das ist kein Kampf gegen den Sozialabbau. Das ist billigste rote Showpolitik auf Kosten der Steuerzahler.

Wir Freiheitliche brauchen keinen dritten Showantrag, um unsere Haltung zu kennen. Das faktische Pensionsantrittsalter heben statt Altersdiktate verhängen.

Dafür braucht es echte Arbeitsplätze für ältere Menschen. Altersgerechte Arbeitsbedingungen und wirksame gesundheitliche Prävention, nicht Politiker in klimatisierten Büros, die zusätzliche Arbeitsjahre aufbürden wollen.

45 Beitragsjahre sind genug. Wer 45 Jahre gearbeitet und eingezahlt hat, muss sofort und ohne einen einzigen Cent Abschlag in Pension gehen können.

Schutz vor Belastungswellen, Schluss mit dem Einhalten von Inflationsanpassung und Steuererhöhungen durch die Hintertür.

Das Geld der fleißigen Menschen gehört den Bürgern und nicht den Schuldenmachern.

Herr Kollege Fürst! Der Landtag hat Ihre Forderungen bereits zweimal beschlossen. Dringlich ist dieser Antrag daher nicht.

Dringlich wäre, dass die SPÖ endlich beginnt, ihre eigene Bundesregierung von ihrer Politik zu überzeugen.

Unsere Haltung gilt felsenfest - hier im Burgenland als auch im Bund.

Keine Pension mit 67! 45 Arbeitsjahre sind genug und drei rote Showanträge sind es endgültig auch. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ)*

†Zweiter Präsident Johann Tschürtz|: Danke Herr Abgeordneter. Da Niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse über den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst und Mag.a Margit Paul-Kientzl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Klares Nein zu einem höheren gesetzlichen

Pensionsantrittsalter“, Zahl 2100-0572, Beilage 0808, abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Dringlichkeitsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Danke. Die Entschließung betreffend „Klares Nein zu einem höheren gesetzlichen Pensionsantrittsalter“ ist somit einstimmig gefasst.

Sehr geehrter Damen und Herren! Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für 24. September 2026 vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet im Anschluss im Büro der 1. Landtagspräsidentin statt.

Ich erkläre damit die heutige Sitzung für geschlossen und schließe damit auch die außerordentliche Tagung.

Schluss der Sitzung: 17 Uhr 15 Minuten